



DEMOKRATIE 4.0

Über die Erneuerungsnotwendigkeit
eines Grundprinzips

Wirtschaft

Außenwirtschaft:
Iran, Russland, VAE, Donauraum

Ökologie

Best Practice aus Österreich

Bildung

Die Sprache der Kultur
Ausbildungsanforderungen
Sicherheit als Bildungsfrage

Gesundheit

Das System braucht
RulebreakerInnen

Demokratie im Licht aktueller
Handlungsnotwendigkeiten,
Digitalisierung, Kultur, Jugend,
Unternehmen und Ethik

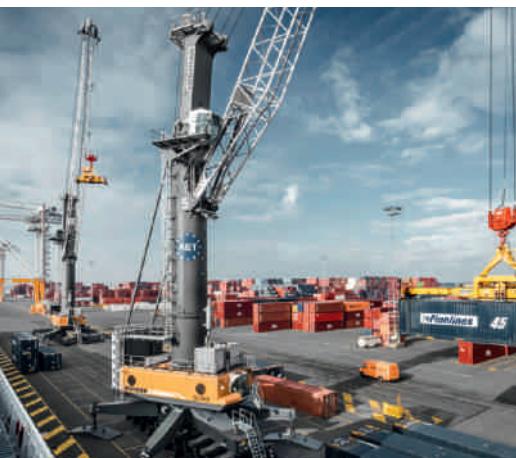


SENAT DER
WIRTSCHAFT



Den Fortschritt erleben.

© Airbus



Spitzenleistungen dank Spitzentechnik

Liebherr ist faszinierende Technik. Seit Jahrzehnten stehen wir für Spitzenqualität in vielen Bereichen. Ob Turmdrehkrane oder Fahrzeugkrane – ob Hydraulikbagger oder Radlader – ob Planier- und Laderaupen oder Maschinen für die Betontechnik.

Mit Liebherr erleben Sie den Fortschritt. Neben Baumaschinen entwickelt, konstruiert und fertigt Liebherr Kräne für den Hafenumschlag, hochwertige Kühl- und Gefriergeräte,

Werkzeugmaschinen, entscheidende Komponenten für die Luftfahrt und den Schienenverkehr sowie Lösungen für die mechanische, hydraulische und elektrische Antriebs- und Steuerungstechnik. Sechs Hotels in Irland, Österreich und Deutschland gehören ebenfalls zur Firmengruppe. Rund 42.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in über 130 Gesellschaften weltweit sorgen dafür, dass Liebherr auch in Zukunft Ihr verlässlicher Partner bleibt.

LIEBHERR

WOLLEN WIR DEMOKRATIE? WENN JA: WIE?

Wir haben es bereits am Beginn des Jahres gahnt und man brauchte keine großartigen prophetischen Begabungen, um es vorherzusehen: Österreich wird im Herbst 2017 wählen. Was uns auch bewusst war: Das wird kein Fest des Anstands und der Ethik! Daher war uns klar: Wir werden zum Jahresende eine Diskussion darüber führen müssen, wie wir Demokratie in Wahrheit gelebt haben wollen und selbst leben wollen! Das Thema dieser Ausgabe wurde daher bereits am Beginn des Jahres in den SENATE-Mediadaten angekündigt: „Demokratie 4.0 – Über die Erneuerungsnotwendigkeit eines Prinzips“

Noch immer herrscht Entsetzen über den Schmutz, den wir als StaatsbürgerInnen über uns in den letzten Monaten ergehen lassen mussten. Insbesondere die Unternehmerschaft des Landes, diejenigen, die den Großteil der Steuereinnahmen bewirken, sahen sich mit Diffamierungen ungeahnten Ausmaßes konfrontiert: Mit infernalen Klassenkampf-Videos und Politikeraussagen wie z. B. „Ich habe 50.000 Jobs geschaffen“ – ein Schlag ins Gesicht für alle UnternehmerInnen, die das in Wahrheit trotz grenzwertigster Rahmenbedingungen geschafft haben! Die politische Diskussion konnte keine ethischen Grenzen mehr – maßgebliche wie nebensächliche Äußerungen wurde sofort in die größtmöglichen Extreme eingeordnet, von „kommunistische Denkweise“ bis zum „dramatischen Rechtsruck“ am anderen Ende des politischen Spektrums - vom „dramatischen Sozialabbau“ bis zur „Verteilung verantwortungloser und unfinanzierbarer Wahlgeschenke“. Eine Diskussion mit Außenmaß um relevante Inhalte fand und findet nicht statt.

Wollen wir, dass das so bleibt? Nein! Was ist dann nötig? Haben wir als UnternehmerInnen eine Rolle wahrzunehmen? Der SENAT sagt: Ja, wir alle haben als LeistungsträgerInnen, und als Mitglieder der Gesamtgesellschaft den Auftrag, etwas zur Verbesserung beizutragen. Wir müssen die Stimme erheben, um Fehlentwicklungen aufzuzeigen, um klarzumachen: „Nein, so wollen wir das nicht!“ Das bedeutet unter anderem, auch im eigenen Unternehmen verhaltensbildend zu wirken und auch mal zu sagen: „So gehen wir in diesem Unternehmen nicht miteinander um!“

Der SENAT DER WIRTSCHAFT hat die Aufgabe, im Namen des österreichischen UnternehmerInnenschaft, im Dialog mit politischen EntscheidungsträgerInnen, einerseits Sachthemen auf die Agenda zu bringen, die jetzt endlich eine wesentliche Verbesserung der Rahmenbedingungen bringen müssen. Andererseits ist es auch unsere Aufgabe, klar Stellung zu beziehen und zu sagen: So wollen wir Demokratie nicht! So wollen wir den Umgang miteinander nicht vorgelebt bekommen, weil ihr so zu den Totengräbern eines Instruments werdet, das zur Sicherung der Werte Frieden und Freiheit mehr als 70 Jahre lang mehr als tauglich war!

Die vorliegende Ausgabe unseres Wirtschaftsmagazins rückt die Bedeutung der Demokratie daher in den Kontext der Digitalisierung, der Kultur, der Unternehmerschaft, der Jugend, der Moral und dessen, was sofort angegangen werden muss. Dabei finden wir klare und aufrüttelnde Worte und wünschen Ihnen viel Freude und angeregte Diskussionen über das Prinzip Demokratie, an deren Erneuerung wir alle Anteil haben müssen!

Hans Harrer
Geschäftsführender Vorstand,
SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich





SCHWERPUNKTTHEMA

DEMOKRATIE 4.0



06 DEMOKRATIE, DIE VOLLKOMMEN UNVOLLKOMMENE

Zur Dialektik eines perfekt imperfekten Systems /
Univ.Prof. Anton Pelinka

08 WAS DIE DEMOKRATIE JETZT BRAUCHT

Die Inhalte der Demokratie sind gefordert /
Vizekanzler a.D. Dr. Erhard Busek

12 DEMOKRATIE UND DIGITALISIERUNG

Erweiterung der Demokratie oder Einschränkung? /
Andreas Kovar

16 KUNST UND KULTUR:
DIE GRENZEN DER DEMOKRATIE

Wenn nicht-demokratische Strukturen auf demokratische EntscheiderInnen treffen / Christian Birnbaum

20 UNTERNEHMERINNEN
UND DIE DEMOKRATIE

Über die Rolle der Unternehmerschaft für die Zukunft der Demokratie / Hans Harrer

24 GEBT DER JUGEND ENDLICH EINE
DEMOKRATIE-BILDUNGSSCHANCE!

Über den Willen junger Menschen, Demokratie zu verstehen / Karl Kaiblinger

28 DEMOKRATIE UND DIE JUGEND

Der JUNGE SENAT DER WIRTSCHAFT

30 DIE WAHRHEIT UND NICHTS ALS DIE
WAHRHEIT

Demokratie braucht Ethik / Patricia Staniek

32 WAS ÖSTERREICH S NEUE REGIERUNG
GLEICH ANGEHEN SOLLTE!

Vier Empfehlungen / Dr. Franz Schellhorn

WIRTSCHAFT

36 UNTERNEHMENSSANIERUNG
ALS CHANCE

Von der tiefsten Krise zum unternehmerischen Neustart / Dr. Michael Kropounig

38 DER SDG-AWARD

Exzellenz bei der Umsetzung der UN Sustainable Development Goals / Dr.ⁱⁿ Ursula A. Vavrik – Mag.^a Karen Wendt

AUSSENWIRTSCHAFT

43 WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN
ÖSTERREICH / IRAN

S.E. Botschafter Dr. Ebadollah Molaei

46 WAS WIR IN RUSSLAND
ERWARTEN KÖNNEN

Eine diplomatische Retrospektive /
S.E. Botschafter Dr. Emil Brix

50 ADVANTAGES OF DOING BUSINESS
IN THE UNITED ARAB EMIRATES

Mag. Markus Stender

53 DER DONAUARAUM:
EUROPA AM FLUSS – EUROPA IM FLUSS!

Die gewaltigen Potenziale der Region jetzt nutzen /
Jochen Ressel

57 DER DONAUARAUM:
DAS ZEITFENSTER JETZT NUTZEN!

Warum es sinnvoll ist, jetzt im Donauraum aktiv zu werden / Mag. Dr. Andreas Strasser

MITTELSTANDS-ALLIANZ



61 NACH GEWINN STREBEN UND TROTZDEM SOZIAL VERANTWORTLICH HANDELN:

Ein Widerspruch in Österreich? / Rainer Schultheis

63 GEHT STARTUP AUCH NACHHALTIG?

Über Best-practices und notwendige Änderungen der Rahmenbedingungen / Mag. Michael Moll & Dr. Thomas Nennadal, MBA

68 MEINE MIGRATION UND UNTERNEHMENSGRÜNDUNG

Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis/ Miroslav Drmesic

ÖKOLOGIE



BEST-PRACTICE KREISEL ELECTRIC: 69 ALLE FACETTEN DER ELEKTROMOBILITÄT

Ein Unternehmen auf kräftigem Wachstumskurs / Markus Kreisel

BILDUNG



72 WAS NÜTZT DIE SPRACHE DER KULTUR, WENN SIE KEINER SPRICHT?

Die Sicht eines engagierten Kultur-Managers auf aktuelle Herausforderungen / Dir. Dr. Gerhard Vitek

75 EIN ÖFFENTLICH-RECHTLICHER TV-SENDER FÜR KINDER MUSS HER!

Wie im Zuge einer ORF-Reform der Bildungsauftrag wahrgenommen werden muss / Dipl.-Pol. Anja Linhart & Gollie Marboe

78 AUSBILDUNGSANFORDERUNGEN DER WIRTSCHAFT VON HEUTE

Über aktuelle Veränderungen bei ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen / Johannes Gschwandtner

81 SICHERHEIT IN UNTERNEHMEN ALS ENT- WICKLUNGS- UND BILDUNGSFRAGE

Im Rahmen der IKT-Sicherheitskonferenz wurde Bewusstsein geschärft / DI Johannes Göllner, MSc & Jochen Ressel

GESUNDHEIT



DAS GESUNDHEITSSYSTEM BRAUCHT RULEBREAKERINNEN! 84

Verkrustete Systeme brauchen innovative medizinische Behandlungslösungen / Mag. Brigitte Rumpold

SENATS-AKTIVITÄTEN



87 SENATS-AKTIVITÄTEN

Rück- und Ausblicke

WIRTSCHAFTS-NEWS



98 WIRTSCHAFTS-NEWS

Top-Informationen aus Top-Unternehmen



Univ.Prof. Anton Pelinka / Politologe

DEMOKRATIE, DIE VOLLKOMMEN UNVOLLKOMMENE

ZUR DIALEKTIK EINES PERFEKT IMPERFEKTEN SYSTEMS

Die Demokratie war noch nie so erfolgreich, wie im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. In Europa erfüllen die meisten Staaten die Minimalkriterien, die nach herrschender Auffassung eine Demokratie ausmachen: Politischer Pluralismus, ausgedrückt in einem Mehrparteiensystem; freie und faire Wahlen, die darüber entscheiden, wer – auf Zeit – regiert; und ein System rechtsstaatlicher Kontrollen, die – unabhängig von herrschenden politischen Kräften – die Selbstbindung der Politik sicherstellen. In Asien sind Indien und Japan lebendige Beispiele dafür, dass Demokratie nicht einfach ein Privileg des „Abendlandes“ ist. In Amerika südlich des Rio Grande, gehört der Typus der Militärdiktatur der Geschichte an – und nördlich davon gibt es zwei Demokratien, die in wechselvoller und konflikträchtiger Geschichte die Entwicklungsfähigkeit der Demokratie vorleben. In Südafrika hat das unsägliche Apartheid-Regime einem demokratischen System Platz gemacht. Dort, wo es eindeutig nicht Demokratie gibt, etwa in China, ist Demokratie heute weniger weit entfernt als noch vor dreißig, vierzig Jahren.

Und dennoch – die Demokratiedebatte heute erweckt den Eindruck, als wäre die Demokratie im Abstieg, als hätte sie den „Zeitgeist“ gegen sich, als müssten energische Rettungsexpeditionen organisiert werden, um die Demokratie vor dem Verfall zu bewahren. Die Krise der Demokratie, die beschworen wird, steht im Widerspruch zu der – erwiesenen – Erfolgsbilanz einer politischen Ordnung, die im historischen Vergleich ein Maximum an individueller Freiheit zu garantieren vermag.

Ausdruck dieser Widersprüchlichkeit zwischen einem empirisch gestützten Befund und der gefühlten demokratischen Endzeitstimmung

ist, dass der real existierenden Demokratie die verschiedensten Träume, Utopien, Visionen entgegengestellt werden – Vorstellungen von einer perfekten Ordnung, die sich von den Niederungen der alltäglich erlebten politischen Defizite klar abhebt. Für die Robustheit der Demokratie spricht freilich schon, dass die am Jahrmarkt der politischen Phantasien gehandelten Systeme einander vollständig widersprechen: Die Ideen von einer Umkehr des Weges „in die Knechtschaft“, die in einem starken Staat den Kern alles Übels sehen – und die Ideen von einem sozialen „Gerechtigkeit“ garantierenden Regierungsapparats, stehen einander viel schärfer, unversöhnlicher gegenüber

als sich jede dieser Ideen sich von der existierenden Demokratie abhebt. Die real erfahrbaren Antithesen zur Demokratie sind in der schrecklichen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gescheitert: Eine „klassenlose“, auf eine von allen „primären“ Widersprüchen befreite Gesellschaft, war 1990 in den dem Marxismus-Leninismus verpflichteten Staaten, auch Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution, ganz einfach nicht erkennbar; und das Konzept von Nationalstaaten, die – losgelöst von jeder Bindung an universelle Werte – in voller Souveränität agieren, war schon davor in zwei Weltkriegen und im Holocaust in furchtbarer Weise gescheitert.



Das Wesen der Demokratie

Demokratie ist kein Traum, der - in die Zukunft projiziert - sich von der hier und jetzt erfahrbaren Unvollkommenheit prinzipiell unterscheidet. Demokratie ist auch nicht die „Herrschaft des Volkes“ - über wen sollte das Volks auch herrschen, über sich selbst? Und wer gehört zu diesem Volk - wer ist in dieses Volk ein-, wer ist von ihm ausgeschlossen? Demokratie ist die Balance zwischen Inhalt und Form. Zum Inhalt zählt der Mix aus individueller Freiheit und sozialer Gleichheit - ausgedrückt in den auf verschiedenen Ebenen kodifizierten, universellen Menschenrechten und Grundfreiheiten, über die politisch nicht verfügt werden darf. Zum Prozess zählt der Wettbewerb um Stimmen, die freie und faire Wahl - Kernstück des politischen Pluralismus, das sich im Zentralort der Demokratie manifestiert, in einem Parlament, in dem die Gegensätze der Interessen und Meinungen öffentlich aufeinander treffen. Das alles - in immer wieder zu thematisierender Widersprüchlichkeit - schafft eine Ordnung, die Wächter braucht: unabhängige Höchstgerichte, deren Aufgabe auch und vor allem der Schutz der Demokratie ist.

Robert Dahl hat die Demokratie als „Nicht-Tyrannie“ definiert: Sie ist nicht die Tyrannie einer Person (eines sich messianisch gebenden „Führers“), nicht die Tyrannie einer Minderheit (des Politbüros einer Monopolpartei), aber auch nicht die

Tyrannie der Mehrheit. Denn jeder Mehrheit sind in der Demokratie Grenzen gesetzt - in Form der garantierten Minderheiten- und Individualrechte. Demokratie ist Mehrheitsherrschaft plus X, und dieser Faktor X besteht in eben diesen Garantien. Was konkret zu diesen Garantien zählt, verändert sich im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung ständig - und bedarf immer wieder einer neuen Definition. Deshalb braucht es auch die ständige Reform der Demokratie. Vor allem Widerspruch zwischen einer staatlich territorial begrenzten Ordnung und dem territoriale Grenzen aufhebenden Prozess der Globalisierung, zwingt zum Nachdenken über die Weiterentwicklung der Demokratie. Das ist die große Herausforderung der Demokratie heute und morgen: Wie kann sie, für ein begrenztes, staatlich definiertes Territorium entwickelt, Antworten auf die allmähliche Aufhebung staatlicher Grenzen Antworten finden, die den inhaltlichen und formalen Vorgaben der Demokratie entsprechen? Darauf gibt es keine perfekten Antworten. Die europäische Integration ist aber ein Schritt in die Richtung einer Antwortsuche.

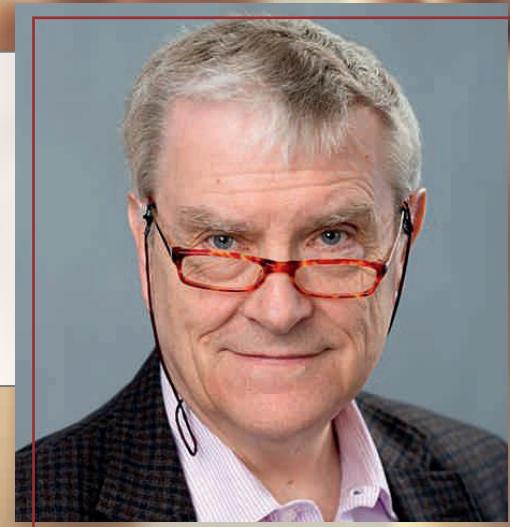
Aus der Geschichte der Katholischen Kirche ist der Leitspruch überliefert: „Ecclesia semper reformanda“. Das gilt auch für die Demokratie: Diese ist nie an einem Punkt Omega angelangt. Demokratie muss sich, ge-

rade auch um das bisher Erreichte zu sichern, weiter entwickeln. Zum Wesen der Demokratie gehört auch die Demokratiereform. Und hier ist vieles angesagt, vieles möglich, vieles wohl auch notwendig - im Interesse der Demokratie. Freilich: Man muss sich vor Perfektionsansprüchen hüten. Die direkte Demokratie etwa kann verstärkt werden; sie ist aber keine Alternative zur bestehenden Demokratie, die primär eine repräsentative ist. Die Transparenz demokratischer Prozesse kann - etwa durch eine Reform der Parteienfinanzierung - verbessert und das Wahlrecht kann durch verstärkte Personalisierung weiterentwickelt werden. Aber dass Demokratie Parteien braucht, das lehrt die Erfahrung: Die Demokratie entwickelte sich aus dem Widerspruch zwischen Whigs und Tories, zwischen „rechten“ und „linken“ Parteien - denn erst dieser Widerspruch gab dem „Volk“ die Möglichkeit, eine Regierung auszuwählen.

Von Winston Churchill wissen wir, dass er die Demokratie als schlechte Regierungsform bezeichnet hat - aber besser als jede andere bekannte Ordnung. Und von Churchills Leben wissen wir, dass er fähig war, zu lernen, sich zu ändern. Die Demokratie existiert - und sie ist lebendiger denn je. Ihre Lebendigkeit erweist sich in ihrer Fähigkeit zur Reform.

Univ.-Prof. Anton Pelinka

war 1975 bis 2006 o.Univ.Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, 2006 bis 2018 Professor of Nationalism Studies and Political Science an der Central European University, Budapest und veröffentlichte eine Vielzahl von Publikationen zur Theorie der Demokratie, zur europäischen Integration und zum politischen System Österreichs. Zuletzt erschien sein Buch „Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich, 1918 - 1938“ (Wien 2017)





Vizekanzler a.D. Dr. Erhard Busek / Präsident, SENAT DER WIRTSCHAFT

WAS DIE DEMOKRATIE JETZT BRAUCHT!

DIE INHALTE DER DEMOKRATIE SIND GEFORDERT

Der Ausgang der Wahlen in Tschechien und in Österreich, die Protestbewegungen gegen die traditionellen politischen Parteien, das Auftauchen von Milliardären und Wunderwuzzis in der Politik verlangt eine kritische Betrachtung. Damit meine ich weniger diesen Vorgang, als die Ursachen, die dazu führen. Offensichtlich ist die Art und Weise, wie Demokratie heute in Europa präsentiert wird, nicht überzeugend. Auch die Art und Weise, wie die demokratische Öffentlichkeit damit umgeht, darf ruhig in Zweifel gezogen werden.

Fragen, die gestellt werden müssen

Die Auseinandersetzung mit den Inhalten ist längst der Äußerlichkeit gewichen. Wir nennen das dann Populismus, verfallen aber genau diesem, wenn wir nur nach der Fassade urteilen und nicht ernstere Fragen stellen. Welche Werte entscheiden heute in der Politik? Warum ist der Horizont so begrenzt, angesichts ei-

ner globalisierten Welt? Wie kann die Demokratie wieder ein Nähe-verhältnis zu ihren Bürgerinnen und Bürgern gewinnen? Gäbe es diese Nähe, dann gäbe es keine regionalen Distanzbewegungen, wie in Katalonien, Schottland, Norditalien und sonst wo. Wie steht es um die Offenheit der Demokratien für die Probleme

in der jeweiligen Nachbarschaft? Wie sehen die Instrumente aus, um sich mit der Medienlandschaft und Internet auseinanderzusetzen und durch entsprechende Fragestellungen zu erreichen, dass sie die wirklichen Probleme behandeln?

Demokratie und Solidarität

In dieser Art ließe sich die Liste beliebig fortsetzen, wobei man durchaus auch die Frage aufbringen kann, ob wir uns überhaupt noch für die Nachbarn interessieren, oder nur an uns selber denken? Mich begeistert seit langer Zeit der alte Satz in meiner Heimatstadt Wien: „Jeder denkt

an sich, nur ich denk an mich!“ Begriffe wie Nächstenliebe und Solidarität kommen in den Diskussionen kaum vor, wobei gerade die in der Öffentlichkeit stehenden Fragen wie Migration, Arm und Reich und Diskriminierungen der verschiedensten Art sehr deutlich die Auseinanderset-

zung unter diesen Gesichtspunkten verlangen!

Wenn wir uns nicht bemühen, das Wesen der Demokratie wieder zu entdecken, wird uns diese abhandenkommen, denn es ist ein gehöriges Ausmaß an Faszination notwendig,



um demokratische Prinzipien zu leben und umzusetzen. Die Ersatzhandlungen, wie die Verankerung von mehr direkter Demokratie, oder des Verlangens nach starken Führungspersönlichkeiten, lösen das Problem nicht. Zum Glück ist es der Demokratie oder das, was wir dafür

halten, lange Zeit gelungen, in Europa dominant zu sein. Es hat keinen Sinn, Länder wie Polen und Ungarn zu verdammnen, weil da und dort der Eindruck entsteht, dass sie auf Distanz zur Demokratie gehen (illiberale Demokratie, wie z. B. in Ungarn). Hier muss vielmehr die grundsätzli-

che Auseinandersetzung kommen, wie es um die Willensbildung und ihre Gestaltung damit, bzw. wie es auch mit der Qualität der handelnden Personen in der Politik, bestellt ist.

Demokratie und Verfassung

Die beschriebenen Ereignisse in einzelnen Ländern sind ein mahnen des Zeichen - zwar kein Grund zur Katastrophenstimmung, sehr wohl aber zum Erkennen der Herausforderung, sich hier für die Demokratie zu engagieren. Es darf in Erinnerung gerufen werden: Der Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung beschreibt uns als eine demokratische Republik: „Ihr Recht geht vom Volke aus.“ Da kann man schon mit der Verfassung selber beginnen. Zahllose Änderungen und Verfassungsbestimmungen haben heute die Österreichische Bundesverfassung zu einem fast unlesbaren Dokument

gemacht. Das widerspiegelt das Bestreben, dass die jeweils Mächtigen versucht haben, sich die Dinge zu richten und zu vermeiden, dass eben der Verfassungsgerichtshof manche Gesetze aufhebt.

Es ist von einer neuen Regierung zu hoffen, dass sie einmal mit dem Unsinne, alles im Verfassungsrang abzusichern und damit der Diskussion zu entziehen, aufhört. Ein weiterer Schritt wäre in der Lesbarkeit der Gesetze zu sehen, wobei ich mit einem relativ einfachen Beispiel aufwarten kann. Eines der Grunddokumente unseres zivilen Lebens ist das ABGB,

das zuerst das Westgalizische Gesetzbuch zum Ende des 18. Jahrhunderts getestet wurde, um zu Beginn des 19. Jahrhunderts die rechtlichen Beziehungen der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Wer den alten Text liest, wird fasziniert sein von der Klarheit der Worte und der Regelungen. Alle anderen späteren Einfügungen werden, je näher ihre Ursprünge unserer Zeit kommen, immer unlesbarer. Alle Versuche, hier im Wege von Wiederverlautbarungen und ähnlichen, eine Klärung der Gesetzestexte vorzunehmen, ist gescheitert.





Demokratie und Verwaltung

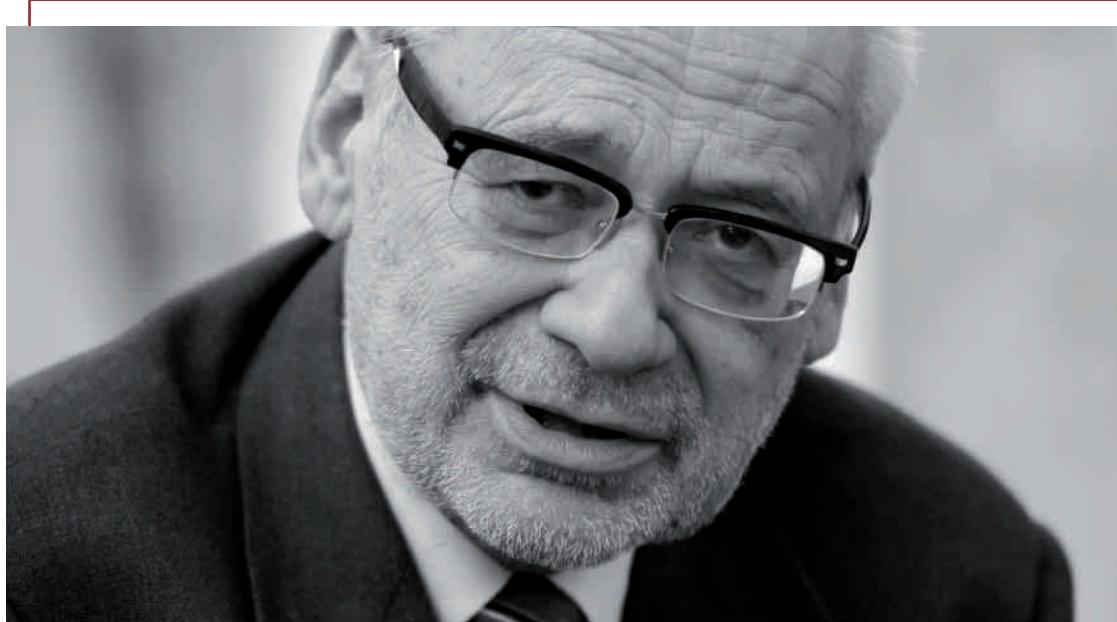
Dieses Scheitern trifft auch auf die Verwaltungsreform zu, die inzwischen, wann immer sie verkündet wird, zum kürzesten Witz der Zweiten Republik wurde. Dabei sind ausgezeichnete Dokumente, etwa vom Verfassungskonvent, verabschiedet worden, doch niemand hat sich interessiert, das wirklich durchzusetzen. Wenn aber eine Demokratie wirklich lebt, muss sie eine Verwaltung haben, an die der/die BürgerIn glaubt, überzeugt und die letztlich auch beherrschbar ist. Zu meinem Bedauern muss ich feststellen, dass jetzt schon wieder das Spiel mit der Schaffung von neuen Ministerien, neuen Zuständigkeiten und neuen Verantwortlichkeiten begonnen hat, die aber alle sicher nicht dazu führen, die Dinge einfacher zu machen.

Ein Staat hat gewisse Notwendigkeiten, wie die Sicherstellung des Funktionierens einer inneren Verwaltung und der Sicherheit von Finanzen und Justiz, einer Vertretung nach außen und eine Zuständigkeit für den Bil-

dungsbereich. Wer sich die Mühe macht, die Zuständigkeiten der heutigen Ministerin durchzusehen, wird sehen, dass der Wille zum Chaos eindeutig verankert ist. Am Ende weiß man auch gar nicht mehr, wer wofür zuständig ist und das macht es erst recht für BürgerInnen schwierig zu wissen, an wen sie sich wenden sollen. Das Auswuchern von Ombuds-männern und -frauen, Beratungsstellen, Verwaltungsgerichtshöfen und Bürgeranwälten zeigt sehr deutlich, wo hier der Hase im Pfeffer liegt. Man wird hier ohne große Einschnitte nicht auskommen, denn diese Entwicklungen haben zur Entfremdung der BürgerInnen im Hinblick auf ihren eigenen Staat und ihr politisches System geführt. Dazu gehört auch die Tendenz, Strukturen zu schaffen, die alle möglichen Mächtigen an den Entscheidungen beteiligen. Unsere Wirtschaft und das soziale Leben braucht die Sozialpartnerschaft, aber sicher nicht die Schaffung von etlichen 200 - 300 Kommissionen, in denen Kammern und Verbände

allesamt vertreten sind und es ungewöhnlich mühselig wird, überhaupt zu Entscheidungen zu kommen, die dann aber überhaupt nicht mehr verstanden werden können.

Unser Staat und unser Gemeinwesen müssen auf eine gewisse Weise wieder „begehbar“ werden und nicht einem Irrgarten gleichen. Das gilt auch für den Föderalismus, der ein notwendiges Bauelement für Österreich darstellt, aber in der Komplexität der Zuständigkeiten sich selbst ad absurdum führt. Eine klare Trennung, wer was in dieser Republik zu tun hat, wäre dringend notwendig, wobei allein schon die Stärkung der Verantwortung der Gemeinden und vielleicht auch der Bezirke, eine große Hilfe wäre. Das sind sicher große Aufgaben, sie sind aber alle in Wirklichkeit leistbar, wenn es einen entsprechend guten Willen gibt. Vielleicht sollte man sich daher daran erinnern, dass die Übersetzung des Wortes „Ministerium“ ursprünglich „Dienst“ bedeutet.....



Dr. Erhard Busek

fungierte als Wissenschaftsminister und Vizekanzler der Republik Österreich, ehe er den Stabilitäts-pakt als friedensstiftendes Instrument für Südosteuropa verhandelte. Außer seiner Funktion als Präsident des SENAT DER WIRTSCHAFT ist er Ehrenpräsident des Europäischen Forum Alpbach, des IDM (Institut für den Donauraum und Mitteleuropa) und ist in einer Vielzahl von Gremien im universitären und wissenschaftlichen Bereich tätig.



Ihr Volksbank-Unternehmerkonto **MIT MEHRWERT**

Mit dem Unternehmerkonto bietet die Volksbank für

- EPUs bzw. Kleinunternehmer mit Einnahmen-Ausgaben-Buchhaltung ohne Buchhaltungs-Tool
- Gründern von EPUs
- Privatpersonen mit Vermietung/Verpachtung

eine intelligente Zahlungsverkehrslösung mit dem Tool „FreeFinance“ unseres Kooperationspartners RISE, Gewinner des Staatspreises 2016.

Damit erledigen Sie einfach und schnell:

- EA-Buchhaltung inkl. Anlagenbuch und Wareneingangsbuch
- Finanzamtmeldungen und Databox
- Doku-Archiv inkl. Dropbox-Integration
- Laden der Kontoauszüge aus dem Volksbank Banking für den gewünschten Zeitraum
- iOS und Android App: PaperCut für die Beleg-Vorerfassung

Je nach Bedarf wählen Sie:

PAKET BUSINESS

E/A-Rechner + Kontoauszug laden

bei der Volksbank im **1. Jahr kostenlos** und anschließend zum Volksbank-**Sonderpreis** pro Monat:
EURO 8,50 exkl. Ust.

PAKET VERMIETUNG UND VERPACHTUNG

E/A-Rechner + Kontoauszug laden

bei der Volksbank im **1. Jahr kostenlos** und anschließend zum Volksbank-**Sonderpreis** pro Monat:
EURO 7,50 exkl. Ust.

Die Vorteile von FreeFinance für Sie

- ⊕ Leicht zu erlernen und einfach zu bedienen.
- ⊕ Mit einem Internet-Browser können Sie immer und überall zugreifen – per Mac, Windows, Linux oder Smartphone und Tablet.
- ⊕ Ihre Daten sind sicher in Österreich verwahrt und archiviert. Die Internetverbindung erfolgt verschlüsselt mittels SSL.

Entscheiden Sie sich jetzt für das komfortable Buchhaltungstool und gewinnen Sie so mehr Zeit für Ihr Business! Nähere Informationen zum Konto bei Ihrem Volksbank-Berater sowie unter www.volksbank.at/freefinance.



Andreas Kovar | Geschäftsführer, Kovar & Partners GmbH

DEMOKRATIE UND DIGITALISIERUNG

ERWEITERUNG DER DEMOKRATIE ODER EINSCHRÄNKUNG?

Unsere politischen Systeme haben sich in den vergangenen 100 Jahren mehrfach verändert. Menschen, die in den Jahren nach 1900 im ehemaligen Österreich geboren wurden, haben – wenn sie bis in die 1990er-Jahre gelebt haben – vier bis fünf Systemwechsel erlebt. Das wesentliche Merkmal des Menschen ist, dass er abstrakt denkend Gesellschaftsmodelle entwickeln kann sowie in sehr großen Gruppen zusammenarbeiten und zusammenleben kann. Diese Fähigkeit setzen wir zunehmend ein und entwickeln laufend neue Formen und Institutionen. Dabei haben wir immer auch auf technische Veränderungen, wie die Industrielle Revolution, mit neuen sozialen und philosophischen Vorstellungen, gesellschaftlichen und politischen Realitäten reagiert. Gleichzeitig nehmen wir politisch und gesellschaftlich aber auch Einfluss auf die technischen Entwicklungen.

Die neuen Technologien, die mit der Digitalisierung einhergehen, bewirken tiefgreifende und - aufgrund der Dynamik der technischen Entwicklungen - zunehmend schnellere Veränderungen. Das birgt zuerst einmal enorme Chancen und Möglichkeiten, wird aber natürlich von Auswirkungen auf die Gesellschaft und Politik begleitet und muss daher von Gesellschaft und Politik gestaltet werden. Österreich muss bei der Gestaltung der Zukunft aktiv sein, also im Fahrersitz Platz nehmen und seine Wertvorstellungen und Interessen einbringen. Natürlich können

wir die Zukunft nicht vorhersagen. Aber wir können diverse Szenarien erörtern und den Handlungsbedarf einschätzen, aufkommende Entwicklungen erkennen. Damit wir die Zukunft in einer Phase gestalten, in der Handlungsspielraum vorhanden ist. Die Politik muss sich einbringen und ihren Beitrag leisten, weil viele Aufgaben nur auf politischer Ebene erfüllt werden können und weil von der Politik verlangt wird, Verantwortung zu übernehmen und für möglichst sichere Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Vielfalt der Aspekte, mit der die neuen Technologien alleine

das demokratische Zusammenleben betreffen, ist enorm.

Welche Chancen etwa neue Partizipationsmöglichkeiten eröffnen, aber auch welche Gefahren der technologische Wandel für unsere Demokratie mit sich bringt, soll im Grünbuch „Digitalisierung und Demokratie“ thematisiert werden. Die Beiträge beleuchten die Aspekte der Digitalisierung, die für politische AkteurInnen zunehmend an Bedeutung gewinnen werden.

Die Herausforderungen und mögliche Gefahren

Zunächst zu den Gefahren: Der Wahlkampf um das Amt des französischen Staatspräsidenten endete zwei Tage vor der Stichwahl mit einem Knalleffekt. Zehntausende Dokumente, die in einer digitalen Attacke auf „En Marche“, die Wahlkampagne von Emmanuel Macron, bereits Wochen zuvor erbeutet worden waren, wurden ins Netz gestellt und - so der Verdacht - gemeinsam mit gefälschten Dokumenten veröffentlicht.

Die Daten wurden zunächst anonym auf der Internetseite Pastebin veröffentlicht, wenig später verbreitete WikiLeaks die Nachricht von der Existenz dieser Dokumente über Twitter. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Kandidaten laut französischem Wahlrecht nicht mehr öffentlich zur Wahl äußern durften. Nun, Emmanuel Macron hat die Cyber-Attacke nicht geschadet, er gewann am 7. Mai 2017 mit deutlichem

Vorsprung vor seiner Gegnerin Marine Le Pen der Front National. Hackerangriffe, um die öffentliche Meinung und damit den Ausgang von Wahlen zu manipulieren, werden künftig zum politischen Alltag gehören und KandidatInnen wie Regierungen werden sich davor bestmöglich schützen müssen. Auch während der Präsidentschaftswahl in den USA im vergangenen Jahr hat es bereits Cyberangriffe gegeben, im Zuge de-



rer die E-Mail-Affäre Hillary Clintons wieder lanciert wurde. Letztendlich gibt es nur Indizien, wer hinter den Hacks steckt, technische Beweise sind nahezu unmöglich. Offen bleibt auch die Frage, wie sehr die Leaks den Wahlausgang tatsächlich beeinflusst haben. Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass es in vielen Fällen wohl um eine schlichte Machtdeemonstration geht. Also darum, Angst zu verbreiten.

Fest steht jedenfalls: Die Gefahr, die

diese Destabilisierungs- und Manipulationsversuche durch das Hacken von Daten oder das Verbreiten von Falschmeldungen für liberale Demokratien bedeuten, stellt ein neuartiges Bedrohungsszenario dar. Zum Ziel kann jede Mandatarin, jeder Abgeordnete werden. Was, wenn das nächste Mal explizite EU-Befürworter diskreditiert werden sollen, oder Russland-Kritiker? Wie kann sich die Demokratie gegen Erpressungsversuche gegen gewählte Abgeordnete ver-

teidigen? Neben Sicherheitssystemen mit hohen technischen Standards sind auch Schulungen der ParlamentarierInnen und deren MitarbeiterInnen notwendig. Es herrscht der Glaube, dass Hacker stets besonders raffiniert vorgehen würden - doch in vielen Fällen bedienen sie sich einfacher Phishing-Mails, die die Schadsoftware auf den Rechnern installieren. Im Fall des Hackerangriffs auf den deutschen Bundestag kamen die E-Mails vermeintlich von der Nato.

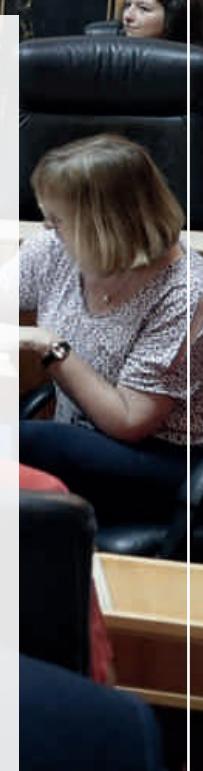
Demokratie, Digitalisierung und ihre Chancen/Risiken

Müssen wir also die Hoffnung, die wir in die Digitalisierung als Chance für die Demokratie und ihre Institutionen wieder aufgeben? Nein. Aber wir müssen den Gefahren, die der digitale Wandel mit sich bringt, entschieden entgegentreten. Gegen Versuche, die freie Meinungsbildung – einer der Grundpfeiler funktionierender Demokratien – gezielt zu manipulieren, müssen die politischen EntscheidungsträgerInnen Gegenstrategien entwickeln.

Längst nachhaltig verändert hat die Digitalisierung bereits die gewohnten Abläufe politischer Kommunikation und ihre klassischen Kanäle. Early Adopters unter den PolitikerInnen erkannten bereits früh die Möglichkeiten, die ihnen Facebook, Twitter oder Youtube für die direkte Inter-

aktion mit den Menschen und deren Mobilisierung eröffnen – mit allen Vor-, aber auch den massiven Nachteilen, wie enthemmten Hasspostings, Shitstorms und Stimmungsmache durch Social Bots, die häufig den digitalen Raum bestimmen. Wie eine Wahlkampagne zum damaligen Zeitpunkt völlig neu und innovativ gestaltet werden kann, hat Barack Obama 2007/2008 im US-Präsidentenschaftswahlkampf vorgezeigt. Er konnte mit seinem Internetauftritt und über Soziale Medien nicht nur WählerInnen erfolgreich ansprechen, sondern auch Kleinspenden in der Höhe von 750 Millionen Dollar für seinen Wahlkampf lukrieren. PolitikerInnen und Parteien können sich also zunehmend direkt, persönlich und ungefiltert an die potentiellen WählerInnen wenden. Doch auch wenn sie

noch nicht völlig auf konventionelle Medien verzichten können, zeigen sich bereits massive Auswirkungen auf die klassischen Printmedien, aber auch auf Fernsehen und Hörfunk, deren Rolle als medialer Gatekeeper zunehmend schwindet. Die Aufgabe, die einer freien Presse als so genannter „Vierter Gewalt“ in einer funktionierenden Demokratie zukommt, nämlich Fakten zu prüfen, einzuordnen und zu analysieren, wird zunehmend ausgehöhlt von einer schweren Legitimationskrise, die von Fake News, Verschwörungstheorien und dem Rückzug der Menschen in ihre digitalen Filterblasen mit ausgelöst und laufend verschärft wird. Das grundsätzliche Misstrauen findet seinen Niederschlag darin, dass wir uns längst an Kampfbegriffe wie „Mainstream Medien“ gewöhnt haben, die



DEMOKRATIE 4.0

unverfänglicher als „Lügenpresse“ daherkommen, aber dennoch das gleiche suggerieren: die herkömmlichen Nachrichtenmedien verbreiten systematisch Unwahrheiten.

Mit der Entwicklung, dass es im Netz immer mehr darum geht, wem man Glauben schenkt und längst nicht um überprüfbare Fakten, schwindet auch der bisher gültige Konsens, dass sich der politische Diskurs an Fakten orientiert. Mit Ansätzen, öffentliche Diskurse im Internet zu kontrollieren, stößt der Rechtsstaat allerdings rasch an seine Grenzen. Umso mehr muss es im Interesse der politischen EntscheidungsträgerInnen liegen, einerseits Mittel zu Förderung von Medienkompetenz und der digitalen Bildung für alle Altersgruppen zur Verfügung zu stellen und andererseits die qualitätsvolle Medien- und Meinungsvielfalt zu stärken. Diese Medienförderung darf sich aber nicht mehr alleine auf traditionellen Medien beschränken, sondern sie muss ebenso Online-Medien umfassen.

Der Fokus bei den Förderkriterien sollte dabei auf Medien liegen, die demokratiepolitisch relevant sind, ihrer Kontrollfunktion nachkommen und die Zugangschancen an Öffentlichkeit für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen eröffnen. Kurz: Medienförderung sollte der Demokratieförderung dienen.

Die digitalen Möglichkeiten und Kanäle für die Kommunikation eröffnen auch neue Modelle zur politischen Teilhabe der BürgerInnen und damit neue Wege der Entscheidungsfindung. Es stellt sich die Frage, wie die neuen Tools angesichts sinkender Wahlbeteiligungen zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beitragen können. Im Verfassungsausschuss des Nationalrats wurde Anfang Mai 2017 ein Crowd-Sourcing-Modell beschlossen, das eine frühzeitige Beteiligung der BürgerInnen am Gesetzgebungsprozess ermöglichen soll. „Liquid Democracy“ als Verbindung zwischen direkter und repräsentativer Demokratie ist

spätestens seit der Gründung der Piraten-Partei zu einem Begriff für Partizipationsmöglichkeiten geworden. Es gibt auf kommunaler Ebene bereits zahlreiche Ansätze, die Menschen mittels digitaler Tools einzubinden: Bürgerhaushalte oder Beteiligungsmöglichkeiten bei Stadtplanungsprojekten. Bedeutend für den demokratiepolitischen Erfolg dieser Partizipationsmodelle ist die Verbindlichkeit der gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse sowie die Beteiligungsmöglichkeit für alle. Dies erweist sich in der Praxis als komplex, da sich die unterschiedlichen Teilnehmergruppen häufig im Konflikt miteinander befinden und darüber hinaus strukturelle Ressourcen in der Verwaltung knapp sind. Studien zeigen zudem, dass Faktoren wie Alter, Bildungsgrad und Einkommen die Möglichkeiten zur Nutzung digitaler Technologien stark determinieren und eine Teilnahme Vorwissen über die politischen Prozesse voraussetzt.

eVoting muss diskutiert werden!

Ein weiterer Bereich, der mit der fortschreitenden Digitalisierung an neuer Bedeutung gewinnen wird, ist das Thema eVoting. Nun haben in Österreich Ansätze einer digitalen Stimmabgabe, mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes nach den ÖH-Wahlen 2009, einen Rückschlag erfahren, dennoch hatte der VfGH nicht grundsätzlich die Zulässigkeit eines elektronischen Wahlverfahrens ausgeschlossen, sondern gesetzliche Vorkehrungen gefordert, die die Reinheit der Wahl schützen. Natürlich werfen die beschriebenen Cyberangriffe neue Fragen und Gefahrenpotentiale für das eVoting auf und die Stimmabgabe im Internet wird wohl noch längere Zeit nicht möglich sein. Dennoch, eine Gesellschaft, in der das alltägliche Leben mehr und mehr über

Smartphones organisiert wird, in der Behördenwege elektronisch erledigt werden können, wird es wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis es auch verfassungskonforme Anwendungen für das elektronische Wählen gibt. In ihrem Alltag als Technologie-NutzerInnen haben die Menschen be-



reits heute hohe Ansprüche an die Verwaltung. Die Steuererklärung auf Finanz-Online oder Amtswege per Handysignatur sind für viele ÖsterreicherInnen längst selbstverständlich. Um „Civic Technology“, also die Online-Services der Verwaltungsbehör-

den zeitgemäß gestalten zu können, ist neben der IT-Infrastruktur eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass die elektronischen Systeme der unterschiedlichen Verwaltungsebenen Bund, Länder und Gemeinden untereinander kompatibel sind. In Österreich fehlt bisher die zentrale

Zuständigkeit, in den vergangenen Jahrzehnten wurden daher zahlreiche Einzelentscheidungen getroffen - mit dem Ergebnis, dass es schwer, aber nicht unmöglich ist, den BürgerInnen einheitliche Online-Services auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen anzubieten. Hier ist die Politik gefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die notwendige Infrastruktur zu schaffen sowie innovative Lösungen zu ermöglichen.



Conclusio

Vielleicht befinden wir uns ja aber auch bereits in einer digitalen Konsolidierungsphase nach dem anfänglichen Hype, in dem es noch geheißen hatte, dass Internet werde alles de-

mokratischer machen. Gestiegen ist jedenfalls die Transparenz in vielen Bereichen der Politik und Verwaltung. Die Beziehung zwischen den BürgerInnen und dem Staat hat sich

gewandelt und wird es weiterhin tun. Digitale Technologien können dabei stets nur eine Erweiterung der Demokratie sein, aber kein Ersatz.

Andreas Kovar

ist Partner und Geschäftsführer von Kovar & Partner, einem führenden Unternehmen im Bereich Public Affairs. Das Unternehmen berät ausschließlich Unternehmen und Verbände in politischen Fragen und nimmt keine Aufträge von Parteien und Ministerien an. Andreas Kovar forscht an der TU-Wien, ist Klubreferent im österreichischen und europäischen Parlament und Autor vielfältiger Publikationen und Bücher zum Thema. Der hier veröffentlichte Artikel ist auch als Einleitung des Grünbuchs „Demokratie und Digitalisierung“ im Auftrag des Präsidenten des Bundesrats Edgar Mayer erschienen.



villavITALIS
Medical Health Resort

Zurück zur neuen alten Stärke.

Vitalis MedConcept nach Dr. Beck

Die meisten Menschen suchen medizinischen Rat, wenn sie Schmerzen oder Beschwerden - wie Depressionen, Burnout, Schlaflosigkeit, Verdauungsprobleme, Allergien - haben. Die klassische Schulmedizin hat sich darauf spezialisiert, vor allem die Symptome und oft nicht die wahren Ursachen darzustellen und zu therapieren. Doch nicht das Symptom, sondern die **gestörte Information auf Zellebene** ist der Beginn jeder Krankheit. Ein Blick unter die Oberfläche ist notwendig - hier setzt das Vitalis MedConcept an.

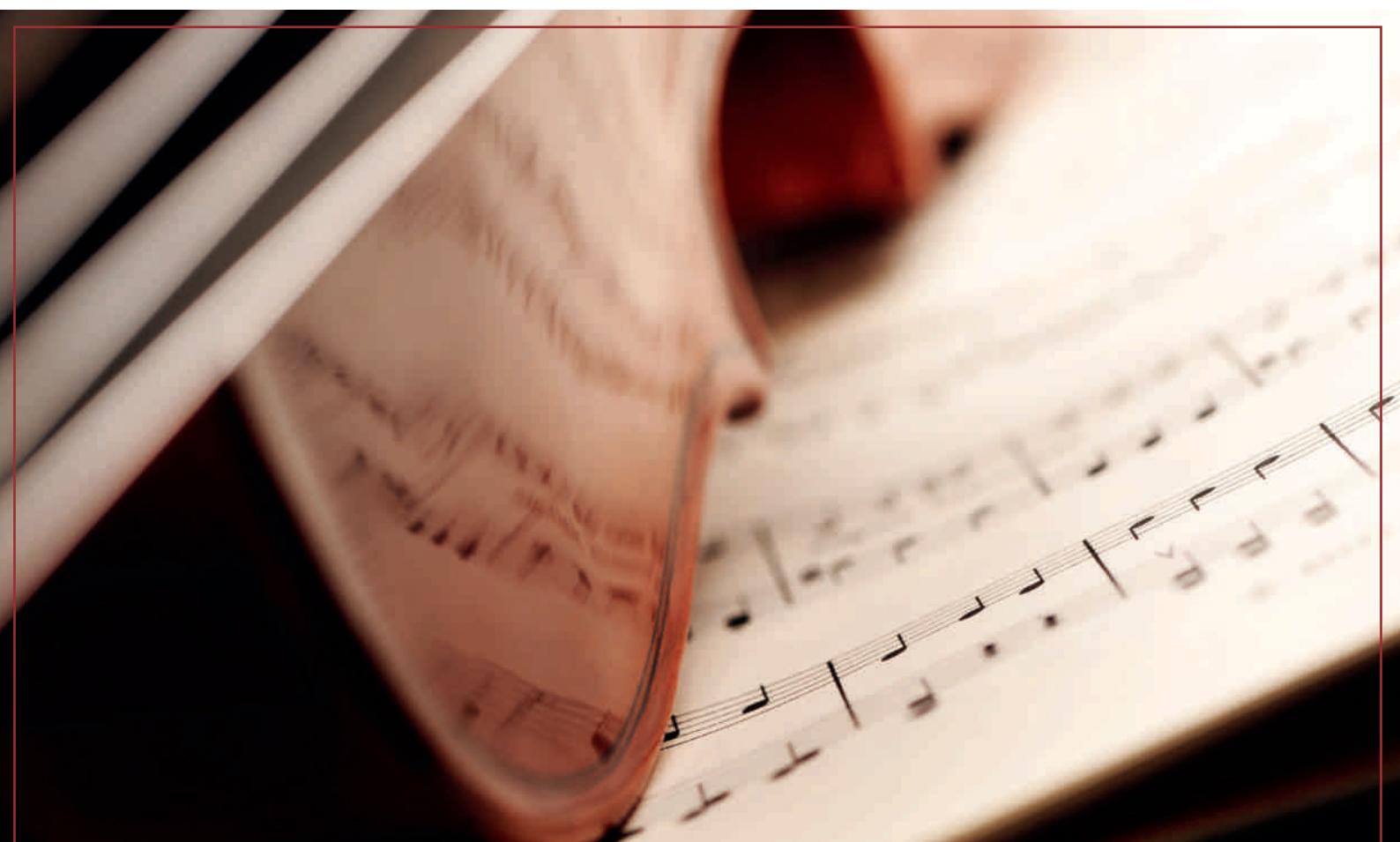
MR Dr. Gerhard Beck und Dr. med. Günther Beck verfügen über jahrzehntelange, generationsübergreifende Erfahrung und beschäftigen sich intensiv mit der ganzheitsmedizinischen Diagnostik. Ihre Kompetenz liegt in der Kombination klassischer und naturheilmedizinischer Diagnoseverfahren. Aufgrund derer entwerfen sie für jeden Patienten eine **individuelle Behandlungsstrategie**.

Hauptaugenmerk legen Beck und Beck auf die Prävention, da diese die Basis für **nachhaltige Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Lebensqualität** bildet.

Abgestimmte Therapien für Ihr Wohlbefinden

Das Vitalis MedConcept mit Diagnostik und Therapie zielt auf die Verbesserung und Änderung in folgenden Bereichen ab:

- **Energy** | Energiehaushalt und Immunsystem
- **Mind** | Mentale Fitness und geistige Stärke
- **Nutrition** | Ausgewogene, individuelle Ernährung und sinnvolle Ergänzung
- **Detox** | Stoffwechsel & Entgiftung
- **Move** | Körperliche Fitness



Christian Birnbaum / Dirigent, Violinist der Wiener Symphoniker

KUNST UND KULTUR: DIE GRENZEN DER DEMOKRATIE

WENN NICHT-DEMOKRATISCHE STRUKTUREN AUF DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDER/INNEN TREFFEN

Die Wiener Symphoniker wurden 1900 unter dem Namen Wiener Concertverein zunächst mit dem Ziel gegründet, einerseits für die breite Öffentlichkeit erschwingliche Orchesterkonzerte zu veranstalten und andererseits den Bedarf an Ur- und Erstaufführungen damaliger zeitgenössischer Werke abzudecken. Zu Beginn der 1930er Jahre erhielt das Orchester seinen noch heute gültigen Namen. In der Liste der Chefdirigenten findet man berühmte Namen: Herbert von Karajan, Georges Prêtre, Vladimir Fedosejew, Fabio Luisi und aktuell Philippe Jordan. Als Gastdirigenten feierten zudem Stars wie Leonard Bernstein, Lorin Maazel, Zubin Mehta, Claudio Abbado, Carlos Kleiber oder Sergiu Celibidache viel beachtete Erfolge. Aber zählt das alles? Muss, soll oder darf die Demokratie einen Klangkörper entweder nach seinen musikalischen, ideellen oder kommerziellen Erfolgen messen? Im Interview mit Christian Birnbaum lotet Jochen Ressel Antworten auf diese Fragen aus.



Christian Birnbaum, Sie sind seit nahezu 30 Jahren Teil eines weltweit anerkannten Klangkörpers. Traditionell sind Orchester alles andere als demokratische Gebilde. Wie kommt man damit zurecht?

Die demokratische Ausprägung der Musik ist die Kammermusik. Bei vier bis maximal zehn AkteurInnen kann man sich austauschen und diskutieren, wie man diese oder jene Stelle eines Werkes interpretieren will. Das ist in einem großen Klangkörper mit über 100 MusikerInnen nicht möglich. Damit hat man als Ensemblemitglied aber auch kein Problem, denn jeder im Orchester verzichtet ganz bewusst auf die Demokratie zu Gun-

ten eines höheren Ziels, nämlich das, einen einheitlichen, individuellen Klangkörper zu formen. Das Ensemble überträgt diese Verantwortung mit ihrem Verzicht auf Demokratie einem einzelnen Individuum, dem Dirigenten.

Das bedeutet aber nicht, dass man als Dirigent ein Diktator ist. Früher war dieser Aspekt, nicht zuletzt durch den historischen und politischen Kontext,

stärker ausgeprägt. Heute ist man als Dirigent viel mehr „Primus inter pares“. In der Praxis spürbar wird dies im Umgang miteinander. „Frau Kollegin, darf ich Sie bitten, an dieser Stelle stärker zu phrasieren?“ ist beispielsweise eine Anrede, die heute üblich ist. Das Konzept des Dirigats lautet „überzeugen“. Der Dirigent muss das Ensemble überzeugen, dann folgen ihm auch die MusikerInnen.

Sehnt man sich als Orchestermusiker gelegentlich nach mehr Mitsprache?

Ich denke, dass die verschiedenen Ensembles innerhalb eines Orchesters Ausdruck dieses Wunsches sind, selbst zu bestimmen und künstlerisch zu gestalten. Im Rahmen der Wiener Symphoniker gibt es 28 verschiedene kleinere Ensembles, in denen die MusikerInnen ihren ganz persönlichen Zugang ausdrücken können. Diese Ensembles sind auch für die Qualität des Orchesters sehr wichtig, weil man seine Ohren schärft und viel

genauer spielen muss als in einer großen Gruppe. Man bleibt auch künstlerisch frisch, weil man sehr viel üben muss und dadurch auch wieder neue Impulse für das große Orchester bekommt. Es ist auch ein wesentlicher Aspekt der Ausbildung jüngerer MusikerInnen, die in diesen Ensembles viel Erfahrung sammeln und lernen.

Aber im großen Orchester ist dieser Mitspracheaspekt stark eingeschränkt

und sogar vertraglich geregelt. Man unterschreibt beim Eintritt in das Orchester, dass man anerkennt, dass der jeweilige Dirigent in künstlerischen Fragen die oberste Instanz ist und seine Entscheidungen zu respektieren sind, auch wenn man künstlerisch mit seiner Interpretation überhaupt nicht einverstanden ist.

Ist das in allen Orchestern gleich?

Es gibt eine einzige Ausnahme weltweit und das sind die Wiener Philharmoniker. Sie sind angestellt bei der Republik Österreich als Orchester der Wiener Staatsoper. Zusätzlich

zu diesen Verpflichtungen sind sie ein selbstverwaltetes Orchester, das in der Orchesterversammlung ihre Dirigenten für die verschiedenen Tourneen und Konzerte wählt. Das

gilt aber nicht für ihre Funktion als Orchester der Wiener Staatsoper. Dort gelten auch für die Philharmoniker die allgemein üblichen Regeln.





Die Symphoniker waren gerade in letzter Zeit medial stark in Diskussion. Wenn im Staats- und Stadthaushalt überall gespart werden muss, stellt sich für viele auch in der Öffentlichkeit die Frage: Soll sich eine Demokratie solche Klangkörper leisten? Wie stehen Sie dazu?

Das ist eine Frage, die eine Gesellschaft ins Mark trifft: Was ist uns die Kunst und die Kultur wert? Haben die Konzerte der Wiener Symphoniker Auswirkungen auf unser Zusammenleben? Ist ein Symphonie-Orchester ein Randprodukt, eine Unterhaltung für ganz wenige Menschen? Oder verbessert das Hören von Musik die Gesellschaft?

In allen Orchestern in Europa wird in den letzten Jahren immer mehr gespart, die goldenen Zeiten sind vorbei. In Deutschland sind sogar einige Orchester aufgelöst worden. Zum Glück sind wir Österreich davon doch eher weit entfernt. Da helfen die TV-Konzerte der Kollegen von den Philharmonikern sehr, wie das weltberühmte Neujahrskonzert oder das Sommernachtskonzert in Schönbrunn.

Aber auch die Jugendprojekte der Wiener Symphoniker in den Schulen selbst, oder der Besuch vieler Schulklassen in unseren Generalproben zeigt doch immer mehr Menschen von kleinauf, wie wichtig der Besuch eines klassischen Konzertes ist.

Klarerweise muss jedes Ensemble eine Balance von Konzert- und Probenzeiten finden und auch preisliche Erwägungen ins Kalkül ziehen. Was soll eine Konzertkarte kosten? Damit steuern wir indirekt, wem Musikkultur zugänglich ist. Das muss jedem bewusst sein. Zur Wahl steht: Elitenprogramm für extrem Vermögende, oder Einbindung einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht? Wieviel sollen private und Unternehmensponsoren beitragen und wieviel die Öffentliche Hand?

In den USA gibt es im Kulturbetrieb generell eine viel stärke Betonung des Sponsorships und eine geringere Beteiligung der Öffentlichen Hand. Ich halte das aber für eine Fehlentwicklung, denn wie man in Philadelphia 2011 mit seinem weltweit bestens renommierten Orchester erlebt hat, steht eine Kulturinstitution ganz plötzlich vor dem Bankrott, wenn sich ein wesentlicher Sponsor, z. B. ein großes Unternehmen, zurückzieht. Auch hier ist die Frage an die Zivilgesellschaft und an die von ihr demokratisch gewählten politischen RepräsentantInnen: Will man das wirklich in dieser Form handhaben, in einem Land, das wesentlich von Kulturtourismus lebt?



In der Diskussion wurde genannt, man spiele ja nur an wenigen Tagen und die Auslastung könnte höher sein etc. Ist es denkbar, dass Kultur nur mehr unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet wird?

Unter den momentanen politischen Gegebenheiten und mit dem Bewusstsein der Bedeutung der Kultur für unser Land denke ich nicht, dass das kurzfristig eine Gefahr ist. Langfristig kann ich das aber leider nicht ausschließen. Generell braucht man jedoch auch für die wirtschaftliche Betrachtung eines Orchesters ein umfassendes Verständnis, was Probenaufwände, Kosten für Inst-

rumente etc. betrifft, aber auch was die Erträge betrifft, die nicht nur verkaufte Konzertkarten und Tonträger umfassen, sondern auch Umwegrentabilitäten von TouristInnen etc. beinhalten müssen. Außerdem müssten wirtschaftliche Grundsätze dann auch auf die Beschäftigten gelten. Wenn es dem Unternehmen gut geht und erfolgreich ist, partizipieren daran in der Regel auch die MitarbeiterInnen.

Im Kulturbetrieb kann man noch so erfolgreich sein, es wird trotzdem immer mehr gespart.

Grundsätzlich bin ich davon überzeugt, dass es eindeutig Staatsaufgabe ist, eine kulturelle Basisförderung bereitzustellen, damit tausende Menschen Zugang zu unserem kulturellen Erbe haben und es weitertragen können.

Welche Verantwortung können Kulturschaffende für die Demokratie dabei übernehmen?

Ziel jeder Musikerin und jedes Musikers muss es sein, den Prozentanteil der Bevölkerung, die Kultur konsumiert, zu erhöhen und immer mehr Menschen dafür zu begeistern. Außergewöhnliche Protagonisten haben dabei unglaubliches geleistet und auch Technologien mitentwickelt, die zur großen Verbreitung von Kultur beigetragen haben. Herbert von Ka-

rajan hat beispielsweise die CD mitentwickelt und der Musik über alle Bevölkerungsschichten hinweg zu einer breiten Wahrnehmung verholfen. Heute füllen Klassik-Stars nicht nur Konzertsäle, sondern Fußballstadien. KünstlerInnen müssen sich bemühen, der Gesamtgesellschaft etwas viel wertvolleres zurückzugeben, als die finanziellen Zuwendungen

der Öffentlichen Hand, nämlich die Begeisterung für unser kulturelles Erbe an die nächsten Generationen. Mit der Musik werden die Werte der Aufklärung, Freiheit, Frieden u.v.m. vermittelt. Das ist unser aller Dienst an der Gesellschaft zum Erhalt und zur Stärkung demokratischer Grundwerte.

Herzlichen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Jochen Ressel.

Christian Birnbaum

erhielt mit sieben Jahren seinen ersten Violinunterricht. 1982 begann er sein Violinstudium bei Prof. Günter Pichler an der Wiener Musikhochschule und wurde Konzertmeister des Wiener Jeunesse Orchesters. Nach einer Mitgliedschaft im internationalen Gustav Mahler Jugendorchester wurde er 1988 Mitglied der Wiener Symphoniker. 1993 bis 1997 studierte er Dirigieren am Konservatorium der Stadt Wien und wurde 1994 der künstlerischer Leiter des Consortium Musicum Alte Universität. Seit 1998 ist Christian Birnbaum künstlerischer Leiter des Barockensembles der Wiener Symphoniker und seit 2007 ist er Chefdirigent des Akademischen Orchestervereins. Er arbeitet mit verschiedensten internationalen Orchestern und ist im Rahmen der Tourneen der Wiener Symphonikern Gast in den größten Konzerthäusern der Welt.





Hans Harrer / Vorstandsvorsitzender, SENAT DER WIRTSCHAFT

UNTERNEHMERINNEN UND DIE DEMOKRATIE

ÜBER DIE ROLLE DER UNTERNEHMERSCHAFT FÜR DIE ZUKUNFT
DER DEMOKRATIE



Demokratie lebt grundsätzlich von einem ausbalancierten Mittelstand, der zwei Säulen hat: Einerseits der Mittelstand des Unternehmertums, andererseits der Mittelstand des Erwerbstätigen. Beide Gruppen prägen den Mittelstand, wie wir ihn kennen, durch die unterschiedliche Wahrnehmung und Umsetzung ihrer sozialen Verantwortung.

Die Rolle der UnternehmerInnen in der Gesellschaft ist es, einerseits Mut-Macher für die Veränderung zu sein und andererseits Rulebreaker zu sein, der den Mut und die Zuversicht manifestiert, bestehende und verkrustete Strukturen aufzubrechen, um Raum für das Neue zu ermöglichen. UnternehmerInnen sind täglich gefordert, das Handeln und Tun

auf die sozialen Erfordernisse der MitarbeiterInnen auszurichten, um gemeinsam ein ausbalanciertes Mit einander zu gestalten. Sie sind daher gefordert, durch den Drang, Veränderungen herbeizuführen, um Innovationen voran zu treiben, Chancen zu erkennen und diese dann wertorientiert und verantwortlich der Gesellschaft zuzuführen.

Die Unternehmerin und der Unternehmer lebt mit den MitarbeiterInnen ständig mit der Herausforderung, das Beste zu geben und zu erreichen - vorausgesetzt, es gibt den Freiraum zur Gestaltung. Dabei wird der eigene Maßstab, was „das Beste“ ist, jeden Tag am Markt einer Überprüfung preisgegeben, d. h. dass das Unternehmen ständig der Transpa-



renz des Marktes ausgesetzt ist. Bei der Verantwortung des unternehmerischen Handelns ist nicht nur darauf zu achten, dass seine unternehmerischen Produktionsleistungen der Zeit und dem Markt entsprechen, sondern im Besonderen ist er herausgefordert, in seinem Tun sich selbst ständig zu hinterfragen: „Ist das, was

und wie ich es tue, sozial gerecht und macht es auch Sinn?“ Dem unternehmerischen Handeln einen überordneten Sinn zu geben, ist ebenso eines der herausfordernden Prüfkriterien, für ein ethisches und generationengerechtes Handeln. Das findet ganz konkret Ausdruck, wenn es darum geht, z. B. Produkte zu entwickeln

oder Firmenstandorte auszubauen. Mit anderen Worten: Die „ZukunftsunternehmerInnen“ sind jene, die sich einer ökologischen, sozialen und ökonomischen Unternehmensverantwortung stellen und bei jeder Entscheidung die Balance dieser Faktoren suchen.

Die daraus resultierende Relevanz für die Demokratie

In Zeiten wie diesen ist die unternehmerische Schaffenskraft mit dem „Rulebreaker-Gen“ ganz besonders gefordert. Das erfordert das Erkennen der Verantwortung, sich mehr in die Gestaltung von Staat und Gesellschaft einzumischen. Das Wegschauen und dabei gleichzeitig ständig zu erwarten, dass irgendjemand aus dem Umfeld der politikgeführten Kräfte bessere unternehmerische Rahmenbedingungen schafft, ist illusorisch, setzen sich diese Kräfte doch oftmals

nur mehr aus PolitkarrieristInnen zusammen, die aus dem Wirkungskreis ihrer „geschützten Werkstätten“ und Vorfeldorganisationen von politischen Parteien wie Kammern, Gewerkschaften, Sozialversicherungsträgern und dergleichen zusammen, die schlussendlich das Parlament bilden.

Es sind daher „MacherInnen“ in der Unternehmerschaft gefragt, die selbstbestimmt statt fremdbestimmt das System hinterfragen und konkre-

te Lösungen anbieten, da die Brisanz der Themen kein Zuwarten mehr erlaubt! Die UnternehmerInnen müssen den politischen VerantwortungsträgerInnen daher Entscheidungen abverlangen, mit modernen, der digitalen Zukunft angepassten Lösungen aufzuwarten. Die UnternehmerInnenkultur der Zukunft muss herausgeführt werden, aus den partikularen Zwängen, hin in eine freie und selbstbestimmte, selbstbewusste Handlungsfähigkeit.

Raum für politische Innovation schaffen

Wie Innovation nur im freien Raum passieren kann, gilt dies auch für gesellschaftliche, soziale und politische Innovation. UnternehmerInnen haben insbesondere die Verantwortung, diesen Freiraum zu schaffen. Wie? Indem jede und jeder im Unternehmen versteht, dass man Verantwortung für sich selbst sowie für Staat und Gesellschaft zu übernehmen hat und man diese Verantwortung nicht abladen kann. Da dies allerdings vielfach getan wird, befindet sich die Po-

litik in einer latenten Aufgabens- und Verantwortungs-Überforderung, die sie nicht gerecht werden kann.

Daher gewinnt das Zitat des ehemaligen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy hier besondere Bedeutung: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst.“ Wenn demokratische Entscheidungen einer Gesellschaft aus dem Freiraum heraus erfolgen, haben sie stets die größ-

te Chance, dem Wohl der Menschen und der Gesellschaft einen Dienst zu erweisen.

Welch ein Gegensatz zum Status quo unseres Landes, das einem Jahrzehntelangen Druck von parteipolitischen Partikularkräften ausgesetzt ist und sich so, anstatt zu einem demokratischen freien Parteienstaat zu entwickeln, sich zu einem Kammer-, Bünde und Institutionenstaat entwickelt hat.

Das Ergebnis des bisherigen Nicht-Handelns

Das Ergebnis unverblümmt dargestellt: Unser System steht vor dem Kollaps! Zwischen 1 bis 1,5 Mio. Menschen sind von Armut bedroht, Reformen wurden entweder überhaupt nicht vollzogen oder wurden zu minimalen „Reformchen“ verändert, der Mittelstand bricht weg, die Bildungsrefor-

men sind und waren nichts anderes als Spielstätten von GewerkschaftsfunktionärInnen und sorglosen und verantwortungslosen Beamten und PolitikerInnen. Mehrere Mrd. Euro werden in bürokratische Systeme geleitet, um am Ende dann doch einen Bildungsnotstand ausrufen zu

müssen, und das ist keine Übertreibung! Wenn unter den 15-Jährigen zwischen 25 und 30 % AnalphabetInnen sind, die in den Bildungs- und Arbeitsprozessen chancenlos sind und keine Möglichkeit haben, durch das Erlernen eines Berufs selbst Einkommen zu generieren und ihr



DEMOKRATIE 4.0

Leben selbstbestimmt zu meistern, dann sprechen wir zurecht von einem Bildungsnotstand! Ein demokratisch geführter Staat, der nicht in der Lage ist, aus guten wirtschaftlichen Zeiten heraus, Rückstellungen für sein Sozial- und Bildungssystem zu schaffen, hat abgewirtschaftet.

Auf der anderen Seite existieren in unserem Funktionärsstaat 22 verschiedene Sozialversicherungsträger, ein Kammersystem, das gestützt durch Zwangsmitgliedschaften und unter dem Schutz des Verfassungsrangs, mehr mit sich selbst beschäftigt

ist, als mit den wesentlichen Aufgaben für die Gesellschaft. Positionen in den öffentlichen Einrichtungen werden nahezu ausschließlich nach Parteienproporz vergeben, sodass der Privilegiengüter sich in alle Systeme unseres Sozialstaates hineingegraben hat. Dazu kommen klassenkämpferische AkteurInnen, die nichts anderes im Kopf haben, als mit Angstmacherei unsere soziale Wertegesellschaft zu spalten. Dies geschieht natürlich nicht ohne Grund, denn all diese Funktionärsstrukturen kämpfen von der früh bis spät für den Erhalt ihrer Pfründestrukturen.

Der Staat hat zwar einen Rechnungshof geschaffen, der aufzeigt, wo notwendigerweise Reformen und Veränderungen stattfinden müssen und missbräuchliche Mittelverwendung unterbunden werden soll, er hat aber keine juristische oder legislative Möglichkeiten. Eine Vielzahl von Empfehlungen sind in den letzten Jahren vom Rechnungshof an die politischen EntscheiderInnen herangetragen worden. Wenige davon sind umgesetzt worden - die Meisten schlummern nach wie vor in den „Schubladen“ der einzelnen Ministerien und Institutionen.

***Wer das ändern kann***

Eine moderne Gesellschaft, die auf die uns betreffenden Veränderungen rasch reagieren muss, braucht Politik mit gelebter Leadership. Sie ist die Voraussetzung für das erfolgreiche Führen eines Unternehmens und eines Landes. Die vielfach verunglimpften UnternehmerInnen des Landes sind es, die sich in ihre eigenen Sachen vermehrt einmischen werden, denn Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit ist nur mit

gesunden Unternehmen zu sichern und zu schaffen und mit motivierten, zukunftsorientierten ArbeitnehmerInnen. Wir stehen Ende des Jahres 2017 vor einem Changeprozess in der politischen Konstellation. Wir sollten dies als Chance nutzen, diesmal den richtigen Weg zu gehen und der Demokratie das geben, was sie verdient: Freiraum des Geistes, Freiraum des Schaffens, Freiraum der Gestaltung und den Freiraum für die

Bildung, damit unsere nachfolgenden Generationen in einer Gesellschaft der Chancen, der Freiheit und der Selbstbestimmtheit aufwachsen dürfen.

Zitieren wir abschließend nochmals J. F. Kennedy: Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir? ☺

Hans Harrer

Nach seiner Ausbildung im Financial Engineering und seiner Tätigkeit im Finanzwirtschaftsbereich wurde Hans Harrer als international agierender Unternehmer tätig. Zu seiner Firmengruppe zählen Projekt- und Immobilienentwicklungsunternehmen genauso wie Hotels, Kliniken und gastronomische Unternehmen. Er ist der Vorstandsvorsitzende des SENAT DER WIRTSCHAFT.



Einmaliges Senats-Angebot!



Whisky&Rum-Explorer Weihnachts-Edition:
Fordern Sie unsere aktuelle Broschüre an und wählen Sie IHRE Spezialitäten aus.
Ab einem Einkaufswert von 1.500 Euro beliefern wir Sie frei Haus zum Großhandelspreis!

Getränkepool ist ein Salzburger Familienunternehmen mit mehr als 50 Jahren Markterfahrung im Getränkehandel.

Wir beliefern in der Regel nur den Großhandel (flächendeckend in Österreich), machen aber auch IHNEN ein spezielles Angebot!



Unser Sortiment:

Unsere Produktpalette umfasst mehr als 2000 Artikel: von allen gängigen Marken über Raritäten und Special Releases bis hin zu Sammlerstücken. Kontaktieren Sie uns einfach!



Ihr Ansprechpartner:

Dkfm. Markus Schoger
Vertriebsleitung
info@getraenkepool.at
+43 662 856735 DW 12

**Getränke
GPool**

Partner des Getränkehandels



Karl Kaiblinger / GF, Planspielzentrum – Mastermind ZAG-Demokratieplanspiel

GEBT DER JUGEND ENDLICH EINE DEMOKRATIE-BILDUNGSCHEANCE!

ÜBER DEN WILLEN JUNGER MENSCHEN,
DEMOKRATIE ZU VERSTEHEN



Seit drei Jahren erlebe ich laufend hunderte junger Menschen im Umgang mit dem Thema „Demokratie“. Eines gleich vorab: NEIN, sie sind NICHT desinteressiert – NEIN, sie sind NICHT widerwillig! Ganz im Gegenteil: Sie sind interessiert, aufmerksam und engagiert! Die Voraussetzung ist allerdings, dass man sie ernst nimmt, ihnen ein wirklich relevantes Wissensangebot über Abläufe in der Demokratie unterbreitet und dass wir es endlich bleiben lassen, sie zu bevormunden und so zu tun, als hätten wir die Demokratie erfunden! Denn eines wissen die jungen Menschen besser als wir „Alten“: Die Demokratie neu erfinden muss sie selbst, weil wir das verabsäumt haben!

Bereits über 20 Mal haben wir als Planspielzentrum in Zusammenarbeit mit dem SENAT DER WIRTSCHAFT das Demokratieplanspiel „ZAG – Zukunft aktiv gestalten“ mit jeweils ca. 60 bis 80 SchülerInnen durchgeführt. Sie alle sind zwischen 15 und 16 Jahre alt und stehen vor

der Herausforderung, erstmals an einer Wahl aktiv teilnehmen zu können. Wir haben damit in Europa die jüngste Wählerschaft aller Länder, aber im Grunde genommen lassen wir sie mit dieser Verantwortung vollständig allein – gäbe es da nicht eine Anzahl engagierter DirektorIn-

nen und Lehrkräfte, denen es ein Anliegen ist, die jungen Menschen darauf entsprechend vorzubereiten. Im Rahmen des Planspiels nehmen diese jungen Menschen für einige Stunden die Rollen real existierender Organisationen und Institutionen ein: Ob Medien, Regierung, Opposition,



EU, Caritas, Industriellen-Vereinigung, Gewerkschaft oder Jugendorganisationen – sie erleben, was dieser Institution wichtig ist, warum es sie eigentlich gibt, wie in der Gruppe

die Meinungsbildung darüber erfolgt, was denn in einer Krisensituation zu tun ist und was es bedeutet, die eigenen Ideen dem Wettbewerb der Ideen anderer Gruppen zu stellen.

Mit anderen Worten: Wenn SchülerInnen ZAG erleben, lernen sie auf spielerische Weise, wie Demokratie in unserem Land funktioniert. Was soll all das bezwecken?

Welche Demokratie-Bildungsziele müssen erreicht werden?

1. Verstehen, welche Stakeholder-Gruppen es im politisch-demokratischen Prozess gibt und wofür sie eintreten.
2. Mitdiskutieren können, wenn in der Familie, Bekannten- und Freundeskreis über Politik gesprochen wird.
3. Entscheidungsgrundlagen für die eigene demokratische Mitsprache, z. B. bei Wahlen, zu liefern.
4. Überlegen zu können, ob dieses System eigentlich noch zukunftsfähig ist, oder was grundlegend geändert gehört.

Und JA: Diese Bildungsziele werden mit dafür geeigneten Instrumenten erreicht! Die SchülerInnen sind engagiert dabei, das Demokratieplanspiel mitzustalten, weil sie wirklichen Wissenzugewinn erfahren und darum geht es jungen Menschen: Sie erkennen, ob etwas für sie relevant ist oder nicht. Sie spüren, dass Demokratie doch etwas für sich hat. Sie wissen durch ihre multimedialen, globusumspannenden Kommunikationsmedien von den Zuständen in Nordkorea, China, Russland usw. Sie bilden sich ihre Meinung darüber, ob

wir hier freier leben oder nicht, auch wenn wir sie nicht oder zu selten darüber befragen. Unsere Jugend ist demokratisch und politisch reflektierter, als wir glauben – nur wissen wir es nicht, weil wir uns mit ihr schlichtweg nicht befassen!

Sie bringen ganz aktiv Verbesserungsvorschläge ein. Als wir begannen, ZAG zu entwickeln, gab es z. B. keine Gruppe „Jugendvertretung“, denn die gibt es auf Bundesebene auch in der Realität nicht, wurde aber im Rahmen des Demokratie-Planspiels

vehement eingefordert. Tatsächlich ist dies ein Manko im demokratischen Entscheidungsprozess. Viele der Entscheidungen betreffen die nächsten Generationen viel direkter als uns, aber wir hören ihre Meinung gar nicht an – vielleicht weil wir denken, „das ist so und so alles viel zu kompliziert für die jungen Menschen, die noch keine Lebenserfahrung haben und gar nicht wissen, wovon die Rede ist.“ Machen wir uns doch gelegentlich ein ehrliches Bild über uns selbst und wie wir mit der Jugend umgehen.

Es gibt keinen Grund für Hochmut

Wir haben schlichtweg gar keinen Grund, junge Menschen in ihrer demokratischen Meinungsbildung zu bevormunden. Wir haben ein System, das wir selbst als junge Menschen vorgefunden haben, einfach weitergeführt und so kompliziert gemacht, dass ihm keiner mehr folgen kann. Wir haben keine großen Demokratie-Reformen angestoßen, sondern das Wichtigste war, dass alles so bleibt wie es ist – so gut und wunderbar auf unserer Insel der Seligen! Daher tut es auch so weh, wenn uns

junge Menschen damit konfrontieren, dass wir Reichtum und Wohlstand für ganz wenige, mit Leid und Elend für ganz viele auf dieser Erde und unter Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen unser Verdienst nennen können. Und all das haben wir demokratisch legitimiert. Das ist die Wahrheit – daran führt kein Weg vorbei.

Es ist aus diesem Blickwinkel nur gut und richtig, dass wir der Jugend die Chance geben, über Grundlagen der

Demokratie auf empirische Weise nachzudenken und den Status quo mitzuerleben. Sie sind es, die erkennen, dass Demokratie kein Wert, sondern ein Werkzeug ist. Unsere Werte heißen Freiheit und Frieden – Demokratie ist ein valides Werkzeug zur Sicherung dieser Werte. Zumindest war es das in den letzten 70 Jahren. Aber jetzt stellt sich die Frage, wie dieses Instrument auch in Zukunft brauchbar ist, unter geänderten globalen Rahmenbedingungen.





Die Rolle der Unternehmen und der Zivilgesellschaft

Jetzt ist es daher an der Zeit, Demokratie-Bildungsinitiativen Unterstützung zu geben! Wenn die staatlichen Institutionen dem nicht auf angemessene Weise nachkommen, dann können wir selbst das Heft in die Hand nehmen. Dafür braucht es ganz ba-

nale Hilfestellungen, wie Räumlichkeiten und eine Jause für die SchülerInnen beim Demokratieplanspiel, aber auch komplexe Unterstützung wie z. B. bei öffentlichen Institutionen, Pädagogischen Hochschulen und Schulleitungen, damit auf brei-

ter Basis das erreicht werden kann, was unser Land so dringend braucht: Eine breite Basis von Menschen, denen die Demokratie aufrichtig am Herzen liegt!



ZAG – Zukunft aktiv gestalten

Wie Sie das Demokratie-Planspiel „ZAG – Zukunft aktiv gestalten“ als Unternehmen oder als engagierte Privatperson unterstützen können, erfahren Sie unter

www.zag-demokratieplanspiel.eu

Karl Kaiblinger

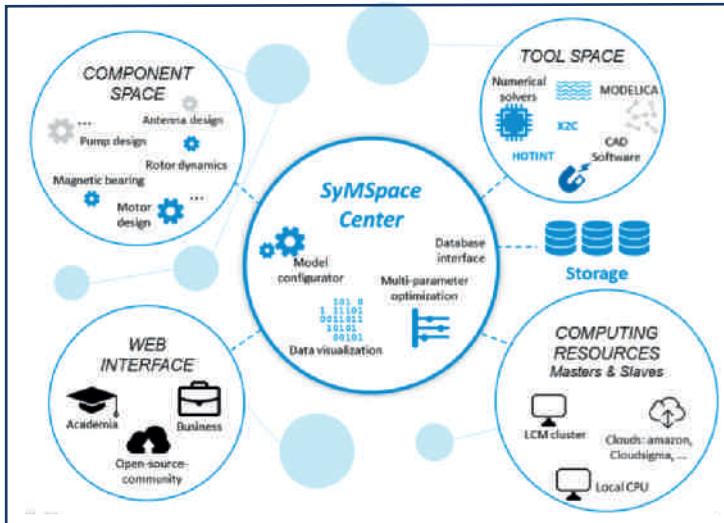
beschäftigt sich seit 1993 professionell mit der Aus- und Weiterbildung von Führungskräften. Eigene Ausbildungen in Österreich, Deutschland und USA orientieren sich an weltweit überdurchschnittlich bewährten Methoden, Techniken und Lernsystemen. Für die erfolgreiche Anwendung dieser Methoden in Kundenprojekten ist sein Unternehmen schon 7x mit dem Internationalen Deutschen Trainingspreis ausgezeichnet worden. Dies ist noch keinem Unternehmen außerhalb Deutschlands gelungen. Er ist international anerkannter Planspiel-Experte und hat sich als Mitglied im SENAT DER WIRTSCHAFT mit der Durchführung und Entwicklung des Demokratie-Planspiels „ZAG – Zukunft aktiv gestalten“ große Verdienste erworben. Das Planspiel wurde 2016 mit dem Europäischen Trainingspreis in Silber ausgezeichnet.





LINZ
CENTER OF
MECHATRONICS
GMBH

SIMULATION UND OPTIMIERUNG VON ELEKTRISCHEN UND MECHANISCHEN SYSTEMEN



LCM System Design Tool SyMSpace

Industrie 4.0 ist in aller Munde und doch lässt sich hier Dan Ariely's Sager zu Big Data hervorragend anwenden: „Industry 4.0 is like teenage sex: everyone talks about it, nobody really knows how to do it, everyone thinks, everyone else is doing it, so everyone claims they are doing it, too.“

Die Linz Center of Mechatronics GmbH bietet ihren Kunden seit mehr als 15 Jahren innovative Lösungen im Bereich der Mechatronik. Mit dem hier entwickelten SyMSpace, einem System Design Tool, soll Industrie 4.0 nun auch für KMUs greifbare Realität werden. Das aus der Simulation und Optimierung elektrischer

Antriebe hervorgegangene Tool bietet die Möglichkeit, komplexe Modelle zu erstellen, zu berechnen und zu optimieren. Dazu können auch vordefinierte Modellkomponenten, ähnlich zu Apps in einem App-Store, eingebunden werden, was die Anwenderfreundlichkeit erhöht und die Komplexität deutlich reduziert. Ebenfalls mit eingebunden ist das LCM SW Tool HOTINT zur komfortablen Simulation, Modellierung und Optimierung von mechanischen Systemen und der Codegenerator X2C. Das Besondere daran? All das passiert unter Verwendung einer Vielzahl marktüblicher Dritt-Tools,

die SyMSpace einbindet und deren Steuerung vollständig von SyMSpace übernommen wird. Dadurch können auch leistungsfähige state-of-the-art Simulationen verwendet und komfortabel optimiert werden, berechnete Systeme können als FMU (functional mock-up unit) exportiert und damit in Zukunft auch digitale Zwillinge (digital twins) erstellt werden. Dies eröffnet zahlreiche Möglichkeiten zur Planung, Simulation, Optimierung und Flexibilisierung von Produktionsprozessen.

Als neuesten Schritt bietet LCM nun auch ein Cloud-Portal an, in dem Kunden auf Knopfdruck Cloudressourcen mit vorinstallierter SyMSpace Plattform ordern können. Dies eröffnet völlig neue Möglichkeiten - besonders für klein- und mittelständische Betriebe, die häufig nicht über die Ressourcen oder das Know-how zum Betrieb einer eigenen performanten Simulationsumgebung verfügen. Derzeit laufen Verhandlungen mit Anbietern von Dritt-Tools um zusätzlich zur Rechenpower auch Lizenzen auf Pay-per-Use Basis anbieten zu können - flexibel und minutengenau abgerechnet.

WWW.LCM.AT



Der JUNGE SENAT DER WIRTSCHAFT

DEMOKRATIE UND DIE JUGEND



Demokratie – Hoffnungsträger einer Empörungsgesellschaft

von Dipl.-BW Nina Schulmeister, MBA MA BA

Wir empören uns über Parteispenden, Lobbyismus und unkluge Formulierungen. Der politische Inhalt – der eigentliche Zweck von Politik – wird von diffusen Nebelschwaden umzogen. Die Kunst des Zuhörens, die Beschaffung sowie Verarbeitung von Informationen, die Bündelung von Interessen und die Herstellung von Kompromissen, kurz: Kommunikation, Moderation, Vermittlung sind längst nicht mehr die Grundsätze einer demokratischen Politik.

Ein Schwund an konstitutionellen Werten befähigt die antipolitischen Momente einer Erregungs- und Empörungsgesellschaft. Es wachsen eine aggressive Antipolitik, eine Staats- und Parteiverachtung und ein negativer, misanthropischer Individualismus

heran, der von Engagement, Solidarität und Partizipation nichts mehr wissen will. In dieser Kultur, welche die unsrige geworden ist, gedeihen plebisitäre Stimmungen. Gleichzeitig anonymisieren transnationale Verflechtungen wie Globalisierung, Europäisierung und Internationalisierung die Verantwortlichkeiten für politische Beschlüsse und schwächen den Wert einer demokratischen Republik. Bei den Bürgern wächst das Gefühl, dass die Politik eine ihnen fremde, abgeschottete Welt geworden ist, die sich nicht mehr fassen und verstehen lässt. Alexis de Tocqueville schrieb einst: „Die Demokratie belehren, wenn möglich ihren Glauben beleben, ihre Sitten läutern, ihre Bewegungen ordnen, nach und nach

ihre Unerfahrenheit durch praktisches Wissen, die blinden Regungen durch Kenntnis ihrer wahren Vorteile ersetzen, ihre Regierungsweise den Umständen der Zeit und des Ortes anpassen, sie je nach Verhältnissen und Menschen ändern: Das ist die Pflicht, die heute den Lenkern der Gesellschaft auferlegt ist.“ Die Demokratie muss zu ihren Grundwurzeln zurückkehren, von wertebewussten Entscheidungsträgern gestützt werden, die die Stimmen des Volkes bündeln, Kompromisse erzielen und den Worten Taten folgen lassen. Die Demokratie muss ihrem Dasein des konfusen Gebildes entwachsen, sich stets neu er- und wiederfinden und als Hoffnungsträger für alle Generationen erblühen.

Dipl.-BW Nina Schulmeister, MBA MA BA

ist die Gründerin des Möbellabels Foseti Design studierte Innenarchitektur und 3D-Design, Executive Management sowie Betriebswirtschaftslehre und ist nun im Rahmen des millionenschweren AKH-Umbaus im Projektmanagement der Vamed-KMB tätig.



Demokratie – Vier persönliche Wahrnehmungen und Einschätzungen

von Joseph Kap-herr

- Bei der Nationalratswahl 2017 konnte man beobachten, dass sich die klaren Lager aufgelöst haben. Anstatt konservativ gegen sozialdemokratisch war es plötzlich jung gegen alt, neoliberal gegen sozialliberal und vieles mehr. Man musste die Situation neu einschätzen und das war schwierig.
- Wir leben in einer Welt der verlorengegangenen Ideale, einer Welt, der vielen Hegemonien,

in der die Wirtschaft und andere Einflussquellen ein stärkeres Gewicht haben, als die Stimme am Wahlzettel.

- Das Modell der Schweiz hat nichts damit zu tun, ob die Demokratie weiterhin funktioniert. Wir brauchen eine Stärkung des Politischen per se. Die Menschen müssen wieder auf die Straße gehen und sich aus der Komfortzone wagen, um ihrer Pflicht als BürgerIn und schließ-

lich als Mensch gerecht zu werden.

- Politisches wird momentan wohl leider immer mehr über wirtschaftliche Belange gesteuert werden. Dementsprechend werden wir Jungen versuchen, gesellschaftliche Veränderungsprozesse „von innen“ anzustossen – mit Entwicklungen, wie z.B. Social Entrepreneurship.

***Joseph Kap-herr***

ist Co-Gründer und Geschäftsführer von Sindbad, einem Sozialunternehmen, dass MentorInnen für junge Menschen, vor allem im Rahmen der Lehrlingsausbildung, zur Verfügung stellt. Er ist diplomierte Sozialmanager und Absolvent der Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Wie empfinden wir Demokratie in der heutigen Zeit?

von *Mahdi Allagha und Vuk Markovic, BA / Generalsekretäre, JUNGER SENAT DER WIRTSCHAFT*

Es ist erstaunlich, welche Themen uns in der NR-Wahl 2017 begleiteten. In unserer Schulzeit hätte der Lehrer wohl gesagt: „Danke, aber leider eine Themenverfehlung, bitte erneut versuchen, setzen!“ Dirty-Campaigning, Kern vs. Kurz, SPÖ vs. FPÖ, Pilz vs. Lunacek usw. Dabei gehen wichtige Zukunftsthemen wie Bildung, Ökologie und Digitalisierung mit dem Wandel in der Arbeitswelt, völlig unter. Vor allem ein Thema, das jetzt, in Zeiten von System-Verdruss und Rechtspopulismus so wichtig wäre, fehlt vollständig: Wie kann die Demokratie so gestaltet werden, dass sie den positiven Rahmen für zeitgemäße, zukunftsfähige Politik vorgibt? Bedauerlicherweise wirkt es für die Jugend vermehrt so, als wäre der gesellschaftskritische Film „Idiocracy“ ein zeitgenössischer Dokumentarfilm und keine Zukunftssatire. Politische Debatten im Fernsehen zu verfolgen ist für ein geschultes Ohr und Auge nur noch ein „Trauerspiel“ und mit einem schlechten Kabarettprogramm zu vergleichen. Die Kontrahenten werden perfekt mit NLP-Wissen versorgt und bekommen das feinste Rhetorik-Training. Als Resultat muss man sich billige Schlammschlachten und vorprogrammierte Fragen/Antwort-Spiele anhören und alle laufen

nach den gleichen Schemen, mit den gleichen Techniken, ab. Wir würden uns wünschen, mehr gesellschaftsorientierte Diskussionen zu hören, bei dem das Resultat in konkreten Ergebnissen und Schritten darstellbar ist. Machiavelli-Strategien sind von gestern! Wir wollen im Sinne einer gemeinsamen Zukunft zusammenarbeiten, denn wir alle können nur gemeinsam etwas bewirken. Wir haben heute jedoch viel mehr den Eindruck, dass bei den heutigen Debatten keine politische Parteien diskutieren, die dem Gemeinwohl dienen, sondern dass es sich hier vielmehr um verschiedene Initiativen handelt und jede versucht, für sich selbst den größtmöglichen Vorteil zu erzielen. Ist die direkte Demokratie à la Schweiz unsere Rettung? Die repräsentative Demokratie steckt scheinbar in einer Krise – spätestens seit dem Wahlsieg des US-Präsidenten Donald Trump und den stark zuliegenden Parteien in Ungarn, Polen, Deutschland, Frankreich und auch Österreich, drängt sich diese Schlussfolgerung auf. Immer wieder werden die Stimmen für eine direkte Demokratie nach dem Schweizer-System lauter. Die Gefahr für eine direkte Demokratie ist aber, dass billiger Populismus und die Massenmedien

hier an Macht gewinnen und unse- re Gesellschaft negativ beeinflussen, gerade wenn das Volk regelmäßig über Sachthemen abstimmen müsste. Sollte die neue Bundesregierung den Weg zur direkten Demokratie einleiten, benötigen wir definitiv mehr, als nur Volksabstimmungen. Es muss überlegt werden, wie Qualitäts-Journalismus ausgebaut und finanziert werden kann, damit nicht nur die verrücktesten Ideen Präsenz in den Boulevard-Medien erhalten. Das ist vielleicht ein utopischer Wunsch, aber gleichzeitig ist die Basis einer Demokratie die Zusammenarbeit aller Parteien im Sinne des Gemeinwohls. Wir brauchen alle Parteien und nicht nur eine. Wir brauchen alle Blickwinkel, nicht nur einen. Wir brauchen alle Lösungsvorschläge, um den effektivsten zu finden und diesen im Anschluss gemeinsam umzusetzen. Durch die heutigen Kommunikationsnetzwerke entstehen komplexe Gesellschaftsstrukturen, die mit überzeugungskräftigem Halbwissen versorgt werden. Das ist gefährlich. Denn je mehr die Hoffnung der Jugend in die Zukunft untergraben wird, desto wütender wird sie, was eher zu Revolutionen motiviert, als zu einem friedlichen und konstruktiven Miteinander.

Mahdi Allagha und Vuk Markovic, BA

sind beide Mitglieder des SENATs-Teams in Wien und tragen Projektverantwortung in verschiedenen Bereichen. Gemeinsam fungieren sie als die Generalsekretäre des JUNGEN SENAT und multiplizieren auf diese Weise die Idee der ökosozialen Marktwirtschaft in die gerade heranwachsende neue UnternehmerInnengeneration.





Patricia Staniek / Profilerin, SBI-Intelligence-Analyst, Autorin

DIE WAHRHEIT UND NICHTS ALS DIE WAHRHEIT DEMOKRATIE BRAUCHT ETHIK

Wer nicht lügen kann, hat den Beruf verfehlt, scheint die Devise von Presse und Politik zu sein. „Die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit ist das oberste Gebot der Presse“ so lautet ein Punkt aus den ethischen Grundregeln des Pressekodex. Wie oft legt die Journalistik die Wahrheiten kreativ aus und was legen sie überhaupt aus – die Wahrheit oder die Unwahrheit? Die Wahrheit ist oft ein Konstrukt in den Köpfen der Presse und auch ein tonales Konstrukt aus den Münden der PolitikerInnen.

PolitikerInnen können nicht immer die Wahrheit sagen, denn der Feind hört mit. Wen wir auch immer als diesen Feind definieren – andere Parteien, PolitikerInnen aus anderen Ländern, der Feind in den eigenen Reihen. Es gibt Informationen, die man nicht hinaustagen kann oder darf. Genauso wie man als UnternehmerIn oder Führungskraft nicht immer alle Wahrheiten preisgeben kann und sie aus strategischen und sozialen Gründen zurückhalten muss. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass Vieles nicht gelogen werden muss, dass es einfach nicht nötig wäre, im Wahlkampf dermaßen mit

Unwahrheiten herumzuwerfen, sondern mit Orientierung, einem guten Plan und einer klaren Positionierung, die echtes Standing voraussetzt, zu punkten.

Mein Profilerblick für „Wahrheit oder Lüge“, echte offene und verborgene Emotionen, Charaktere, Persönlichkeitsanteile, für Blender, Tarner und Täuscher, ist sehr geschrifft und klar. Ich sehe vielleicht mehr als andere, höre vielleicht mehr als andere, doch da wären dann noch die WählerInnen, ...das Volk! Viele glauben die Lügen, viele wollen sie glauben, viele glauben sie nicht, vie-

le erkennen die Lüge, sie spüren die Lügen und erkennen die Tatsachen und Wahrheiten dahinter. Das Volk ist nicht ganz so blöd und naiv wie man es gerne hätte, jedenfalls nicht ständig und durchgängig. Da stelle ich mir die Frage, wer wird denn aus welchen Gründen gewählt? Denn am guten und durchdachten Programm kann es nicht liegen. Wird der gewählt, der besser lügt? Wird der gewählt, der besser tarnt und täuscht? Wählen wir wirklich die Kompetenz, oder sind wir einem Trugschluss ausgesetzt?



Der Faktor „Macht“

Jede Politikerin und jeder Politiker hat Macht durch seine Position. Allein diese Position schenkt ihr oder ihm Kontroll- und Handlungsmacht. Was nicht bedeutet, dass die PolitikerInnen diese Machtposition in politikstabilisierende und zukunftsorientierte Bahnen für das Allgemeinwohl lenken können und wollen. Macht an sich ist nicht negativ – das was mit

Macht und Einfluss geMACHT wird, ist fragwürdig. Politische Macht setzt Machtbefähigung voraus.

Jeder Unternehmer stellt im Idealfall seine MitarbeiterInnen aufgrund von Qualifikation, Kompetenzen und Fähigkeiten ein. Wie kommen PolitikerInnen in ihre Machtpositionen? Einfach mal schnell zum MinisterIn

werden, einfach mal schnell eine machtvolle Position bekommen, die mit Qualifikation, Kompetenz und Fähigkeit zur Erfüllung dieser verantwortungsvollen Aufgabe in immer wieder kehrenden Fällen nichts zu tun hat. Das Weltbild des ehrlichen und vertrauenserweckenden „Vater Staat“ scheint sich mehr und mehr aufzulösen.

Woran es fehlt!

Es fehlt an Ethik! Für mich trennt sich Ethik von Moral. Ethik ist für mich die Art und Weise, wie Menschen in unterschiedlichsten Kulturen und Systemen miteinander umgehen, welche tiefe innerliche Grundhaltung jemand hat. Eine starke Ethik steht für verantwortungsvolles Handeln. Eine schwache Ethik wird oft als starke, mit dem Zeigefinger erhobene Moralnörderung ausgelebt. Moral kann jeder predigen, Ethik muss gelebt werden und vorgelebt sein. Ethisch entwickelte Unternehmen, ethisch entwickelte ManagerInnen und Führungspersonen, ethisch entwickelte MitarbeiterInnen, ethisch entwickelte PolitikerInnen sind - langfristig gesehen - erfolgreicher, haben stabilere und krisensicherere Unternehmungen. Es spricht vieles für die Menge an Seminaren, die auch von PolitikerInnen besucht werden, denn gute Rhetorik,

Kenntnisse in der Kommunikation und Menschenführung sind ebenso Teil einer politischen Persönlichkeit. Allerdings gibt jeder sprachliche, stimmliche Ausdruck, jede Tat und Handlung, die der Politiker setzt, einen Einblick darüber ob seine Ethik stark oder schwach ist. Das Verhalten, das jemand an den Tag legt, offenbart seine Persönlichkeit.

Die Politik braucht und giert nach Menschen die wissen, was Politik ist, wofür sie da ist und was sie können muss, PolitikerInnen die wissen, wie man mit Macht umgeht, die die menschliche Reife haben, mit dieser Verantwortung umzugehen. Diese Reife hat nichts mit Alter zu tun, sondern mit einer entwickelten Persönlichkeit. Wir brauchen also - kurz gesagt - entwickelte Persönlichkeiten, Menschen mit entwickelter Ethik

und einer Moral, die nicht immer nur den Zeigefinger hebt. Moral lässt sich spielen wie eine Rolle, Ethik nicht. Ethik gilt als artverwandt und als die Wissenschaft der Moral. Wir brauchen Menschen in der Politik, mit einer gut entwickelten Ethik als tief verankerte Grundhaltung - PolitikerInnen, die glaubwürdig sind, die mit Sachverstand, Kompetenz und Tatkraft an die an sie gestellten Aufgaben und Herausforderungen herangehen. Menschen, die ein wahres „Ich“ repräsentieren! Solange wir diese Menschen nicht in politischen Entscheidungspositionen wissen, ist unsere Demokratie gefährdet, weil der Lüge Tür und Tor geöffnet ist.

Patricia Staniek

ist Profilerin für Sicherheit, Wirtschaft, Politik und Medien sowie SBI-Intelligence-Analyst (Suspicious Behaviour Identification). Sie berät Mittelstandsbetriebe und Konzerne und deren Führungskräfte bei Persönlichkeits- und Karrierefragen, Rhetorik, Präsentation, Körpersprache, Charisma und Souveränität. Sie ist eine international gefragte Keynotespeakerin für Sicherheit und Wirtschaft, Lehrbeauftragte an der Europäischen Detektivakademie, Gastdozentin an der Universität Wien und mehrfach ausgezeichnete Buchautorin, u.a. „Profiling - Ein Blick genügt und ich weiß, wer du bist“ und „Mein Wille geschehe – Macht und Manipulation entschlüsseln“. Sie ist Senatorin im SENAT DER WIRTSCHAFT.





Dr. Franz Schellhorn / Direktor, Agenda Austria

WAS ÖSTERREICHS NEUE REGIERUNG GLEICH ANGEHEN SOLLTE!

VIER EMPFEHLUNGEN

Wer wissen will, wie der hohe Wohlstand der österreichischen Bevölkerung gehalten werden kann, findet in Ländern wie Schweden, der Schweiz, Deutschland oder auch den Niederlanden überzeugend einfache Antworten.

Als Österreichs Fußballer am 5. November 2015 den Sprung in die Gruppe der zehn besten Nationalmannschaften der Welt schafften, war die Begeisterung enorm. Österreich wurde bei den bevorstehenden Europameisterschaften zum Geheimfavoriten erklärt, das halbe Land schien unter der Zivilkleidung das Trikot des Nationalteams zu tragen. Und selbst zu belanglosen Freundschaftsspielen strömten die Massen in das Prater-Stadion, um das rotweißrote Fußballwunder aus der Nähe zu bestaunen und Teil des großen Erfolgs zu sein.

Wie wir heute wissen, war das Erreichen der Top 10 nur ein vorübergehendes Phänomen, das Team wurde nach hinten durchgereicht. Und steht heute in etwa dort, wo der österreichische Wirtschaftsstandort in den internationalen Rankings anzutreffen ist: im bescheidenen Mittelfeld. Aus Sicht der Agenda Austria ist das für ein Land wie Österreich, mit diesen hervorragenden wirtschaftlichen Voraussetzungen, zu wenig. Österreich sollte dort anzutreffen sein, wo vergleichbare Länder wie die Schweiz, Schweden oder die Niederlande längst sind: in der Gruppe der zehn

wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte der Welt.

Nicht um in der Statistik zu glänzen, sondern um sicherzustellen, dass wir in der Welt von morgen nicht auf den Kosten unseres gut ausgebauten Sozialstaates sitzen bleiben, während die Wertschöpfung in andere Erdteile abwandert. Was es jetzt braucht, ist eine klare Wegbeschreibung, wie Österreich wieder nach vorne kommt, wie also die nächste Regierung die Welt von morgen zu gestalten gedacht. Das ist gar nicht so schwierig, wie es klingen mag.

1. Am Beginn steht die positive Erzählung.

Österreich ist heute eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt, deutlich mehr als die Hälfte unseres Wohlstands wird jenseits der Staatsgrenzen erwirtschaftet. Der Wirtschaftsstandort Österreich ist also

nicht abgesandelt, aber er steht unter wachsendem Druck. Aber wir ÖsterreicherInnen werden diesem Druck standhalten und die Herausforderungen meistern. „Wer, wenn nicht wir?“ wäre die entscheidende Frage.

Das bedeutet nicht, dass alles bestens wäre – aber dass Österreichs Bundesregierung in einer hervorragenden Position ist, die Herausforderungen der Zukunft auch zu meistern.



2. Es folgt die saubere Problemanalyse.

Die Herausforderungen sind offensichtlich: Österreichs Staat gibt zu viel Geld aus. Die Steuereinnahmen eilen zwar von einem Rekord zum nächsten, was aber nichts daran ändert, dass jedes Jahr neue Schulden aufgenommen werden müssen. Der Bundeshaushalt der Republik Österreich schließt seit 1962 ohne Unterbrechung mit einem Minus ab. Überhaupt sind seit Ende des Zweiten Weltkriegs nur vier Mal Überschüsse erwirtschaftet worden (1953, 1954 sowie 1961 und 1962). Seither sind die Staatsschulden fünfmal schneller gewachsen als die nominelle Wirtschaftsleistung. Das mit hohen Kosten wieder vereinigte Deutschland schafft übrigens mit einer Steuer- und Abgabenquote von 40 Prozent des BIP jährlich Budgetüberschüsse – während Österreich mit einer Quote

von 43 Prozent nicht einmal einen ausgeglichenen Haushalt zusammenbringt. Nun sind Schulden per se nichts Schlechtes – die Frage ist nur, wofür sie aufgenommen werden. Im Falle der Republik Österreich ist die Antwort vergleichsweise einfach: für den Staatskonsum. Das größte Loch wird von den Pensionen in das Budget gerissen. Jedes Jahr werden 20 Milliarden Euro mehr an die Pensionisten ausgezahlt, als von den Aktiven in das Pensionssystem eingezahlt werden. Allein das Stopfen dieses Pensionslochs verschlingt ein Viertel des jährlichen Bundesbudgets. Zusätzlich belastet werden die öffentlichen Haushalte noch durch die steigende Arbeitslosigkeit. Trotz hervorragender Konjunktur ist die Arbeitslosenquote nach nationaler Zählung noch immer bei knapp neun Prozent. Be-

merkenswert: Nicht nur die Arbeitslosigkeit ist hoch, sondern auch die Zahl der offenen Stellen. Viele Jobs können aber nicht besetzt werden, weil entweder die geforderte Qualifikation fehlt, oder die Menschen aus dem Osten des Landes (hohe Arbeitslosigkeit) nicht bereit sind, einen Job im Westen (viele offene Stellen) anzunehmen.

Als wäre das alles noch nicht genug, schikaniert der Staat seine BürgerInnen mit immer neuen Regulierungen. BürokratInnen schreiben UnternehmerInnen von Früh bis Spätabends vor, wie sie ihren Betrieb zu führen haben. Das politische Österreich hat sich einem Regulierungsrausch ergeben, der den Wohlstand in diesem Land immer stärker bedroht.

3. Erfolgsgeschichten leuchten den Weg.

Viele vergleichbare Länder mit ähnlich gelagerten Problemen haben diese längst gelöst. So haben die Deutschen ihren Staatshaushalt dank der niedrigen Zinsen in die Balance gebracht. Nicht um des Sparens willen, sondern um den BürgerInnen zu zeigen: Seht her, der Staat kommt mit den Rekordeinnahmen auch aus, er wird also nicht noch tiefer in die Taschen der BürgerInnen greifen. Das schafft Vertrauen.

Das traditionell sozialdemokratische Schweden hat ähnlich hohe Steuern und Abgaben wie Österreich, aber nur halb so hohe Schulden. Weil die Schweden ihren John Maynard Keynes zu Ende gelesen haben und in guten Jahren jene Überschüsse erwirtschaften, mit denen sie die Defizite der Krisenjahre mehr als ausgleichen. Nicht um der Überschüsse willen, sondern um sicherzustellen, dass die politischen Entscheidungen im schwedischen Parlament getroffen werden und nicht auf den Finanzmärkten. Und um den kommenden Generationen Mut zu machen, mit

den Schuldenbergen zurechtzukommen. Zudem haben die Schweden ihr Pensionssystem in Ordnung gebracht. In Schweden wächst das gesetzliche Pensionsalter mit der Lebenserwartung mit. Das bedeutet: Wenn die Menschen älter werden, müssen sie länger arbeiten. Es sei denn, sie geben sich mit einer niedrigeren Pension zufrieden. Die Schweden sehen mit einem Blick, wie hoch ihre Pension wäre, wenn sie demnächst in Rente gingen. Reicht es ihnen, legen sie die Arbeit nieder, wollen sie mehr Pension haben, arbeiten sie länger. Sie selbst legen also fest, wann sie in Pension gehen wollen. Die Folge: Im hohen Norden arbeiten 75 Prozent der 55- bis 64-Jährigen, in Österreich sind es 49 Prozent.

Die Niederländer zeigen, wie mehr Wettbewerb dem öffentlichen Bildungssystem auf die Sprünge hilft. Nicht um des Wettbewerbs willen, sondern um Kindern aus allen sozialen Schichten eine gute Schulbildung zu bieten. Im egalitären Hol-

land spielt es keine Rolle, ob sich die Eltern für eine staatliche oder eine private Schule entscheiden – das öffentliche Geld geht mit dem Kind zur Schule - während Privatschulen in Österreich nur Kindern Wohlhabender offenstehen (und natürlich den Nachkommen von PolitikerInnen, die gerne zwar dem Staat das Wort reden, aber ihre Kinder dann doch in die Privatschule schicken).

Die Briten wiederum reden nicht nur von der Entbürokratisierung, sondern ziehen sie auch durch. Neue Gesetze werden mit einem Ablaufdatum versehen, womit Regulierungen automatisch auslaufen. Nicht um des Entbürokratisierens willen, sondern um den BürgerInnen mehr Freiraum zu verschaffen, statt ihnen bei jedem Handgriff von sicherheitsvernarnten Staatsbeamten über die Schulter schauen zu lassen. Die sicherste Form der Entbürokratisierung ist übrigens die Verkleinerung des bürokratischen Apparates, so wie das die Neuseeländer vorgezeigt haben. ►





4. Entschlossen regieren.

Die Sozialpartner sollten nicht länger mit Regierungsarbeit belastet werden, sondern sich voll und ganz den Lohnverhandlungen widmen können. Und der Regierung bleibt nur eine wichtige Aufgabe: Couragierte und entschlossene Regierung und fünf Jahre lang das tun, was sie für richtig hält. Auch wenn sie damit riskiert, abgewählt

zu werden. Das ist das unternehmerische Risiko der PolitikerInnen, aber letztlich auch die große Chance, wiedergewählt zu werden: Politische „Leadership“ ist nämlich das, was diesem Land seit Jahren fehlt. Niemand weiß, wie die nächsten Jahre laufen werden. Was wir aber wissen ist, dass wir ÖsterreicherInnen

die allerbesten Voraussetzungen für ein Leben in Wohlstand und sozialem Frieden vorfinden. Was andere Länder geschafft haben, kriegen wir allemal hin. Wir müssen nur noch wollen. Das gilt vor allem für die Regierung.

Dr. Franz Schellhorn

Nach seiner Bankausbildung in der CA-BV studierte er Handelswissenschaften an der WU Wien und begann in weiterer Folge seine Laufbahn bei der Tageszeitung „Die Presse“, wo er in der Wirtschaftsredaktion begann, deren Leitung er 2004 übernahm. 2011 übernahm er die Position des Stv. Chefredakteurs. Seit 2013 leitet er das wissenschaftliche Think-Tank-Institut „Agenda Austria“.



Real Success for Real Estate

DIE ETWAS ANDERE ART IMMOBILIEN ZU ENTWICKELN.

Ausgesprochen sorgfältig betreibt 6B47 Immobilienentwicklungen in Österreich, Deutschland und Polen. Von der Auswahl der Objekte über die Planung und Umsetzung bis zur Nutzung und Verwertung. Ausgesprochen transparent sind sämtliche Maßnahmen für Investoren. Sie entscheiden, in welche Projekte Sie mitinvestieren und sind in alle Entscheidungen eingebunden.

Ausgesprochen wird 6B47 übrigens so:

Six before Seven. Die Entscheidung kommt vor der Tat.

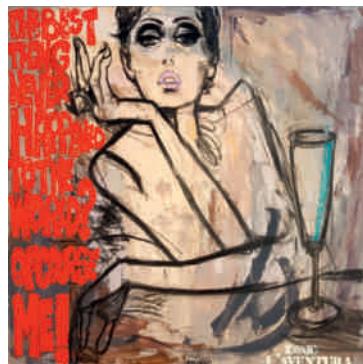
Auch bei der 22. Auflage der ART Innsbruck, welche vom 25. bis 28. Jänner 2018 in der Haupthalle A der Messe Innsbruck über die Bühne gehen wird, erwartet Kunstliebhaber ein breites internationales Angebot ausgewählter Kunst vom 19. bis 21. Jahrhundert.

Nach dem erfolgreichen Launch der ART Salzburg Contemporary im Juni dieses Jahres, dreht sich bei Messemacherin Johanna Penz und ihrem Team nun schon seit Wochen wieder alles um die ART Innsbruck, also jene Messe, mit der die Erfolgsgeschichte der ART Kunstmesse GmbH vor nunmehr 23 Jahren ihren Ausgang nahm. „Ich hätte mir ja selbst nie gedacht, dass man sich seine Begeisterungsfähigkeit für ein Projekt dieser Dimension über einen so langen Zeitraum hinweg erhalten kann“, gesteht Johanna Penz. „Aber die Vielfalt zeitgenössischer Kunst und natürlich auch der Kunstmarkt selbst lassen so etwas wie Gewohnheit oder Routine gar nicht erst aufkommen.“ Jede Messe sei für sie wie ein Unikat. Denn die angestammten Aussteller entwickeln sich weiter, und jedes Jahr drängen neue Galerien aus dem benachbarten Ausland nach Innsbruck, erzählt Penz. Es habe sich längst herumgesprochen, dass Innsbruck ein guter Boden für Galerien mit internationalem Anspruch ist. Die Liste der bisher präsentierten Künstler liest sich wie das „Who is Who“ der Kunstgeschichte - von Nobuyoshi Araki, Francis Bacon über Martin Kippenberger, David La Chapelle, Heinz Mack bis Andy Warhol und Victor Vasarely, um nur einige davon zu nennen. „Wir haben von Anbeginn an den Fokus auf Internationalität und Vielfalt gelegt. Denn nicht zuletzt durch unsere verkehrstechnisch günstige Lage im Herzen der Alpen, bieten wir Ausstellern aus Deutschland, Italien und Liechtenstein ein geradezu perfektes Forum, um sich erstmals in Österreich zu präsentieren. Davon profitieren natürlich primär unsere Besucher/innen, die sich hier in Innsbruck nun schon seit 22 Jahren auf ein ungleich breiteres Kunstangebot abseits der hier üblichen österreichischen Sehgewohnheiten freuen dürfen“, so Penz. Das erkläre auch den einzigartigen und unverwechselbaren Stellenwert der ART Innsbruck in der heimischen Kunstmessenszene. Rund 90 Aussteller aus zehn Nationen haben sich mittlerweile zur 22. ART Innsbruck vom 25. bis 28. Jänner 2018 angemeldet. Programmatisch konzentriert sich die Messe wie eh und je auf zeitgenössische und moderne Kunst vom 19. bis 21. Jahrhundert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Unikaten und limitierten Editionen, seien es nun Gemälde, Arbeiten auf Papier, Originalgraphiken, Skulpturen, Objekte und Installationen, Künstlerbücher, Fotografie oder neue Medien.

Mehr als 90 Aussteller - Galerien und Kunsthändler aus 8 - 10 Nationen - präsentieren internationale Kunst, Klassische Moderne und weitere Kostbarkeiten des 19./20./21. Jahrhunderts - Gemälde, Arbeiten auf Papier, Auflagenobjekte, Originalgraphiken, Skulpturen, Objekte/Installationen, Künstlerbücher, Fotografien, Neue Medien



Maria Fischbacher-Jaehner „Im Garten des Lichts“ 2017, Mischtechnik a. Lw., 60x60cm
Fotocredit: Immaginaria Arti Visivi Gallery, Firenze-IT



Marc Ferrero „Lisa attitude“ 2017, Öl a. Lw., 150x150cm
Fotocredit: Network and Art Management, Innsbruck - AT



Giuseppe Lo Schiavo „Levitazione Parthenon“ 2011, Kohlepigmentdruck a. Hahnemühle Matt FineArt Papier, Aufl. 7, 85x85cm
Fotocredit: Galerie Seufert, München-DE

22. ART INNSBRUCK: 25. – 28. Jänner 2018

Öffnungszeiten: Do -Sa.: 11 - 19 Uhr, So.: 11 - 17 Uhr

Ort: Messe Innsbruck, Haupthalle A, Haupteingang Ost / Claudiastr. 1, 6020 Innsbruck
www.art-innsbruck.com

Bildmaterial zum Download auf www.art-innsbruck.com - Presse Service

Für weitere Informationen: ART Kunstmesse GmbH.

Firmensitz: Gutenbergstraße 3, 6020 Innsbruck, Austria

Tel. +43(0)512 567101 Fax: +43(0)512 567233

E-Mail: office@art-innsbruck.com Web: www.art-innsbruck.com

Preisträgerin International Award Kunstrediator 2009 / Nominiert für den Bank Austria Kunstpreis 2013
Preisträgerin Lions-Melvin Jones Award 2016 / Awarded as an A-List-BEST OF AUSTRIA-Company 2014 and 2017
Auszeichnung Mitglied d. KLIMA-ALLIANZ im SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich 2016-18

supported by:

AFS All Freight Systems - Logistic Solutions / ART FAIR LOGISTIC PARTNER
www.afs-austria.at



Dr. Michael Kropiunig / Geschäftsführender Gesellschafter,

Kropiunig Kropiunig Rechtsanwalt GmbH

UNTERNEHMENSSANIERUNG ALS CHANCE

VON DER TIEFSTEN KRISE ZUM UNTERNEHMERISCHEN NEUSTART

Gerät ein Unternehmen in wirtschaftliche Probleme, ist rasches Handeln gefragt, um dessen Bestand zu retten. Neben außergerichtlichen Sanierungsmaßnahmen, bietet die Insolvenzordnung durch die Möglichkeit, eine Entschuldung im Rahmen eines gerichtlichen Sanierungsverfahrens zu erreichen, eine gesetzlich geregelte und sichere Form für einen Neustart.

Der Gesetzgeber unterscheidet dabei zwischen einem Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung, bei welchem den Gläubigern eine Mindestquote von 30 % der angemeldeten Forderungen innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren ab Annahme des Sanierungsplanes angeboten werden muss. Im Rahmen der Eigenverwaltung bleibt dem oder der UnternehmerIn die Entscheidungsfähigkeit in alltäglichen Belangen seiner Geschäftstätigkeit erhalten, dem gerichtlich bestellten Sanierungsverwalter kommt im Wesentlichen eine überwachende Funktion zu.

Beim Sanierungsverfahren ohne

Eigenverwaltung beträgt die Mindestquote nur 20 %, dafür ist der Sanierungsverwalter für die Führung aller Geschäfte - was im Regelfall in Kooperation mit dem oder der UnternehmerIn erfolgt - verantwortlich. Trotz der vordergründig höheren Attraktivität des Sanierungsverfahrens mit Eigenverwaltung, werden die meisten gerichtlichen Sanierungen ohne Eigenverwaltung abgewickelt, dies nicht zuletzt aufgrund der günstigeren Mindestquote.

Bei beiden Verfahren sind bereits bei der Antragstellung die Maßnahmen darzustellen, durch welche die Sanierung erreicht werden soll. Des Wei-

teren ist zu belegen, dass die Fortführung des Unternehmens während der Sanierung ohne weiteren Schaden für die Gläubiger, somit ohne operativen Verlust, möglich ist. Dies setzt allenfalls für die Sanierung bereits im Vorfeld reservierte liquide finanzielle Mittel für die Unternehmensfortführung voraus, auch der Erlag einer so genannten Fortführungskaution von dritter Seite kommt in Betracht. Ob der Sanierung und der angebotenen Quote zugestimmt wird, hängt vom Abstimmungsverhalten der Gläubiger ab, welche mit einer Mehrheit von Stimmen und Forderungen den Sanierungsplan genehmigen können.



Den richtigen Zeitpunkt wählen

Neben diesen rechtlichen Fakten ist aber auch die Wahl des taktisch richtigen Zeitpunktes, die Eröffnung des Sanierungsverfahrens zu beantragen, maßgebend für den Erfolg. Geplante und gut vorbereitete Sanierungsverfahren haben größere Chancen, die gewünschte Entschuldung zu erreichen, als Verfahren, welche unter dem Druck der Gläubiger und zur Vermeidung persönlicher Haftungen der Organe eines Unternehmens überhastet eingeleitet werden müssen.

Den wesentlichsten Anhaltspunkt, ab wann bei wirtschaftlich problematischen Verhältnissen ein aktives Handeln der Organe eines Unternehmens von Nöten ist, bietet dazu ebenfalls die Insolvenzordnung. Gemäß § 69 IO sind die Organe eines Unternehmens bei Vorliegen von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung ohne schuldhaftes Zögern verpflichtet, selbst einen Insolvenz- oder Sanierungsplanantrag zu stellen. Die Maximalfrist für die Antragstellung beträgt 60 Tage ab Eintritt der Zahlungsunfähigkeit.

In der insolvenzrechtlichen Praxis zeigt sich jedoch, dass der Zeitpunkt des Eintrittes der Zahlungsunfähigkeit durch viele Unternehmer zu spät

wahrgenommen wird, was auch zu unangenehmen persönlichen rechtlichen Konsequenzen führen kann.

Es empfiehlt sich daher, wirtschaftliche Warnsignale, wie vollstreckbare Rückstände bei Abgabenbehörden und Krankenkassen, durchgehende maximale Auslastungen von Kontokorrentlinien bei Banken und eingeklagte, oder in der letzten Mahnstufe betriebene, berechtigte Forderungen von Lieferanten, ernst zu nehmen und entsprechend zu reagieren. Zu den dann erforderlichen Maßnahmen zählt die Erstellung eines Vermögensstatus, ebenso wie Soll/Ist Vergleiche der unternehmerischen Tätigkeit und aktuelle Liquiditätsrechnungen, um einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation zu erhalten.

Ist das Ergebnis der Prüfungen, dass mit den erwarteten Erträgen die Abdeckung der laufenden und rückständigen Verbindlichkeiten innerhalb der Zahlungsziele nicht möglich sein wird, sind unter Beziehung externer Berater, wie Rechtsanwälten, die Erfolgsaussichten einer gerichtlichen Sanierung zu beurteilen und die entsprechenden Vorbereitungen dazu zu treffen. Zu diesen zählen auch die vor Antragstellung rechtzeitige Infor-

mation von MitarbeiterInnen, KundInnen, LieferantInnen und Banken über die geplanten Schritte. Nichts schadet einer gerichtlichen Sanierung mehr, als nicht vorab darüber informierte und daher verärgerte MitarbeiterInnen und Geschäftspartner.

Die Entscheidung eines Unternehmers, einen Sanierungsplanantrag bei Gericht einzubringen, ist ein einschneidendes Erlebnis in einer unternehmerischen Laufbahn, oft aber auch das letzte Mittel, um Fehlentwicklungen in der Vergangenheit glattzustellen und einen Neustart zu beginnen. Die Insolvenzgesetze bieten dazu sichere und praktikable Möglichkeiten, welche nicht als Makel, sondern als Chance wahrgenommen werden sollten. 

Dr. Michael Kropinig

ist Rechtsanwalt in Leoben und Graz. Sein Beratungsschwerpunkt liegt in der Betreuung und rechtlichen Beratung von KMUs sowie in den Bereichen Insolvenzrecht, Unternehmenssanierungen und Liegenschaftsrecht. Er ist unter anderem auch Vizepräsident der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer. Er ist geschäftsführender Gesellschafter der Kropinig Kropinig Rechtsanwalts GmbH, einem Mitgliedsunternehmen im SENAT DER WIRTSCHAFT und Senator im SENAT DER WIRTSCHAFT.





Dr.ⁱⁿ Ursula A. Vavrik – Mag.^a Karen Wendt |

Mitglieder des Ethik-Beirats des SENAT DER WIRTSCHAFT

DER SDG-AWARD

EXZELLENZ BEI DER UMSETZUNG DER
UN SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS



Der Ethik-Beirat des SENAT DER WIRTSCHAFT hat den SDG-Award lanciert, um Unternehmen, die als Vorreiter ihrer Branche in der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (UN Sustainable Development Goals, <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs>) agieren, zu prämiieren. Damit soll einerseits gezeigt werden, dass es schon eine Vielzahl von Unternehmen und anderen AkteurInnen gibt, die sich bereits seit langem dem global notwendigen Ziel der nachhaltigen Entwicklung verschrieben haben. Andererseits sollen Anreize geschaffen werden und visionäre UnternehmerInnen mit Modellcharakter („Best-practice“) auf die Bühne gebracht werden, um so Möglichkeiten und Wege zu wirtschaftlichem und gleichzeitig ethischem Verhalten aufzuzeigen.

Zur Entstehung der SDGs

Wie kam es denn überhaupt zu diesen SDGs, wird sich manche Leserin und mancher Leser fragen? Nun, seit Jahrzehnten befindet sich die Welt in der Schuldenfalle. Doch nicht nur das. Die Welt befindet sich gleichzeitig auch in der Ökoschuldenfalle. Wir verbrauchen auf unserem Planeten

mehr Ressourcen, als nachwachsen. Trotz vieler internationaler Initiativen, die sich damit beschäftigen, wie die Entwicklung des Planeten Erde aussehen sollte, um eine gerechtere Entwicklung für alle Erdenbewohner zu gewährleisten, für die ärmeren Entwicklungsländer und die reiche-

ren Industriestaaten, ist das Problem nicht gelöst.

Die Vereinten Nationen haben erkannt, dass es BürgerInnen-Engagement und vor allem Unternehmensengagement braucht, um Lösungen für diese Herausforderun-



gen zu finden. Regulierung alleine wird die Probleme nicht lösen – oder zu langsam. Auch in den sogenannten reichen Ländern (High Income OECD) leiden viele Regionen unter einer zunehmenden Entkopplung von den Wirtschaftszentren. Gleichzeitig ist der Mittelstand, der regional und lokal verwurzelt ist, jedoch global agieren können muss, das Rückgrat der nationalen und lokalen Wertschöpfungssysteme und muss gefördert werden und erhalten bleiben. Er hat sich als Innovationstreiber bewährt. Auch Großkonzerne stehen vor der Frage, wie sie den Wandel und die Transformation hin zu einer

Wissensgesellschaft, die karbonarm, digital und gemeinwohlorientiert ist, gestalten können und wie regionale Lebensräume erhalten bleiben und gestaltet werden.

Die Weltgemeinschaft hat die Herausforderungen erkannt und sich mit den Sustainable Development Goals (SDG) bis 2030 universelle und klare Ziele für alle 193 ratifizierenden Nationen gesetzt, die dazu beitragen sollen, die Regionen nachhaltig zu stärken, Bildung und Ausbildung voranzutreiben, Ungleichheit abzubauen und soziale Arbeit zu gestalten, die Ökoschulden abzubauen (d.h. nur so-

viel zu verbrauchen, wie nachwächst), sowie Innovation zu ermöglichen und eine zukunftsfähige Infrastruktur für alle am Wertschöpfungsprozess Beteiligten unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Ressourcenschöpfung zu schaffen. Die Ziele der UNO gelten seit dem 1. Jänner 2016. Die Vereinten Nationen haben alle Länder dazu aufgerufen, mit Nachdruck an dieser Entwicklung, auf der Basis der Eigeninitiative und der Selbstverantwortung, mitzuwirken. Entrepreneurship kann hier einen großen Beitrag leisten. Wir knüpfen daher große Hoffnungen an das Projekt.

Wie alles begann

Der Prozess begann auf Staatschefebene 1992, als die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) einberufen wurde, aus welcher drei große Ergebnisse hervorgingen: 1. die Klimarahmenkonvention (UNFCCC), 2. die Konvention zum Schutz der Biodiversität, und 3. die sogenannte Agenda 21 (http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf). Dieses Dokument fasst in 40 Kapiteln die enorme Bandbreite von Herausforderungen einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung und Lösungsansätze dafür zusammen.

Ein weiterer Meilenstein in der Ge-

schichte war dann die Verabschiebung der sog. UN-Millennium Development Goals im Jahr 2000, als sich wiederum alle Staatschefs der Erde trafen, um sieben gemeinsame Ziele zu verabschieden, v.a. zur Verringerung der Armut weltweit, aber auch in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Umwelt, die bis 2015 umzusetzen waren, was auch vielfach der Fall war. Ähnlich wurden nun 2015, anlässlich der UN-Konferenz 17 Hauptziele mit 169 Unterzielen für die nächsten 15 Jahre festgeschrieben, die nunmehr „Nachhaltigkeitsziele“ getauft wurden und zum ersten Mal für die gesamte Weltbevölke-

itung gelten - für Staaten, genauso wie für Unternehmen, oder auch Individuen. Denn, das haben die Vereinten Nationen erkannt, es geht nicht mehr nur um Entwicklungsländer. Es gibt Bedarf auch in den großen und kleineren Industrienationen, die ebenfalls ihre ökologische Bilanz, ihre Wissensbilanz, die Unterstützung der Regionen und soziale Arbeit verbessern können, durch kreative ethische Unternehmensleistung. Genau diese Positivbeispiele und Leuchttürme wollen wir auf die Bühne bringen, als Ansporn für uns alle.





Bedeutung der SDGs – Herausforderungen für zukünftige Politik und Unternehmertum

Die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (siehe Tabelle 1) geben Aufschluss über die Bereiche, in denen politische Veränderung nötig ist, das sind z.B.

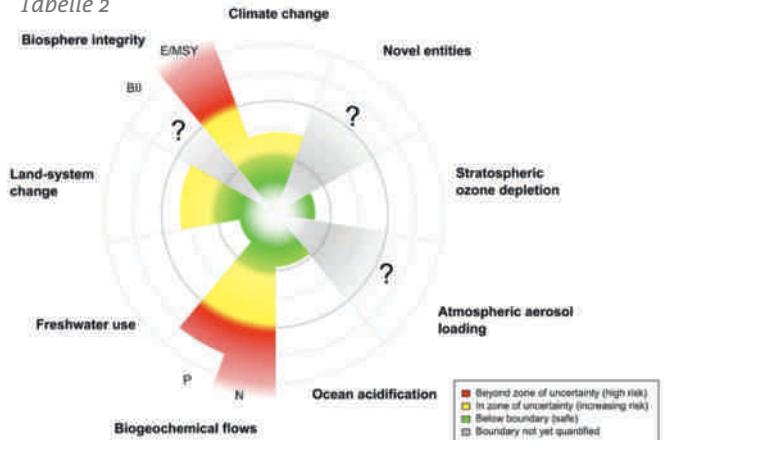
die Bereiche Armut (SDG 1), Hunger (SDG 2), Gesundheit (SDG 3), Bildung (SDG 4), saubere Energie (SDG 7), sauberes Wasser (SDG

6), Klima (SDG 13), oder auch verantwortungsvolle Konsum- bzw. Produktionsmethoden (SDG 12). Denn die Herausforderungen für den Planeten Erde haben sich seit 1992 weiter drastisch zugespielt. Laut neuester Forschungen sind vier von neun Systemgrenzen der Erde bereits überschritten (siehe Tabelle 2).

Tabelle 1



Tabelle 2



SDGs und Demokratie 4.0

Ein entscheidender Faktor in Prozessen der nachhaltigen Entwicklung ist das Unternehmertum. Ohne engagierte UnternehmerInnen und BürgerInnen, die sich ganz konkret mit Produktinitiativen und Projekten, die neue Unternehmen schaffen oder bestehende verändern, oder mit neuen Produkten, die die globalen Herausforderungen lösen, sich am World Making beteiligen, ist die He-

rausforderung nicht zu meistern. Ein Positivbeispiel ist hier der „Global Challenges Index“ der Börse Hannover, der nur Unternehmen enthält, die als Geschäftskonzept die Lösung globaler Herausforderungen haben. Dieser Ansatz geht über das alte Muster „Unternehmen hier, PolitikerInnen und ExpertInnen dort, plus eine NGO Bewegung“ weit hinaus. Der sogenannte „partizipatorische

Entscheidungsfindungsprozess“ ist und bleibt dabei ein Grundstein der nachhaltigen Entwicklung. Unter partizipatorischen Entscheidungsfindungsprozessen versteht man Prozesse, in welchen alle relevanten Stakeholder (Beteiligten) miteinzubeziehen sind. Dies war schon in der Agenda 21 von 1992 nachzulesen. Während v.a. in autoritären Staaten, oder in streng hierarchisch und top-down ge-



Dr.ⁱⁿ Ursula A. Vavrik

ist Absolventin der Wirtschaftsuniversität Wien und erhielt den Rudolf Sallinger Preis 1990. Sie ist Ökonomin, Europa- und Nachhaltigkeitsexpertin. Außer ihrer erfolgreichen internationalen Karriere als hochrangige Beraterin im BMEIA während der EU Präsidentschaft 2006 und davor der Europäischen Kommission (GD Umwelt), im DAC/OECD und UNEP/UNDP Kenya, widmete sie sich als Gastprofessorin im In- und Ausland (BOKU, Sciences-Po/FR, Mexico, etc.) v.a. den Bereichen Europapolitik, Umwelt und Entwicklungshilfe. 2009 gründete sie das NEW WAYS Center for Sustainable Development, das sie auch leitet. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen zu ihren Fachbereichen.



Mag.^a Karen Wendt

ist Geschäftsführerin der Eccos Impact GmbH. Sie gilt als international ausgewiesene Expertin für nachhaltige Finanzierung. Mit ihrer neuen Buchreihe bei Springer Nature "Sustainable Finance and SDG Economics" beleuchtet sie Themen der nachhaltigen Finanzierung, entwickelt mit der Serie ein MBA Curriculum und erforscht zudem die Umsetzung der SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS der Vereinten Nationen. Ihr Bestseller „Responsible Investment Banking“ erschien 2015 ebenfalls bei Springer. Sie berät Unternehmen zur Implementierung nachhaltiger Finanzierung und beim Positive Impact Investing, strukturiert Deals und berät bei der Skalierung von Social Entrepreneurship Business Modellen. Sie begleitet Change Management Prozesse und coacht Führungskräfte, die ihr Unternehmen verändern. Sie ist Mitbegründerin der Äquatorprinzipien „The Equator Principles“ und gewann für die HypoVereinsbank 2005 den Financial Times Sustainability Award.

führten Unternehmen die Meinung von BürgerInnen oder Untergebenen nicht oder kaum zählt, haben demokratisch hochentwickelte Staaten wie z.B. die Schweiz oder Unternehmen, mit flacheren Hierarchien und moderneren Führungskulturen, einen wesentlich höheren Beteiligunggrad in Entscheidungsprozessen. Im Laufe der Zeit hat sich also herausgestellt, dass demokratische Entscheidungsprozesse bzw. partizipative Entscheidungsfindung, von höherem Nutzen für Staat und Unternehmen bzw. die Allgemeinheit liefern, da das lokale (indigene Bevölkerung) oder Fachwissen (ArbeiterInnen bei VW)

bewusst abgefragt und in Entscheidungsprozesse eingebunden wird. Die SDGs fordern daher nicht nur Staaten und Unternehmen, sondern auch jeden Einzelnen explizit auf, an der Zielerfüllung aktiv mitzuwirken. An alle Unternehmen, Staaten und auch an alle BürgerInnen ergeht daher der Aufruf, sich entsprechend zu engagieren, um nach bestem Gewissen mündige, zukunftsweise Entscheidungen (informed decisions) treffen zu können. In einer Demokratie 4.0 verlaufen Entscheidungsfindungsprozesse demnach partizipativ und BürgerInnen bzw. MitarbeiterInnen wird vermehrt Mitentscheidungs-

gewalt gewährt. Es gehört auch zur Demokratie 4.0, dass Menschen aktiv werden, nicht nur der Politik vertrauen, denn diese kann keine neuen Produkte und Unternehmen schaffen. Das müssen Menschen tun, die sich als UnternehmerInnen zusammenschließen, um gemeinsam zu wirken, im Sinne der Sustainable Development Goals und im Sinne eines World Making, das durch mündige BürgerInnen getragen ist, die sich durch ein Versprechen zusammenfinden und Lösungen für aktuelle Herausforderungen entwickeln.





Umsetzung der SDGs weltweit

Bereits 40 Staaten haben Fortschrittsberichte zur Umsetzung der SDGs bei den UN vorgestellt - Österreich noch nicht. Zwei Staaten, die in diesem Punkt absolute Vorreiter sind, sind z.B. die Schweiz (<https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/umsetzung/strategie-nachhaltige-entwicklung.html>) und Deutschland (<http://www.bmub.bund.de/themen/nachhaltigkeit-internationales/nachhaltige-entwicklung/2030-agenda>). Konsequent wurden für alle Bereiche Ziele und Unterziele mit entsprechenden Aktionen und Zeithorizonten formuliert. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist, den Flächenverbrauch und den Ressourcenkonsum entsprechend zu reduzieren. Tatsache ist jedoch, dass im Schnitt die EU-Länder, wie z. B. Österreich oder Deutsch-

land, ca. 2,5 Planeten Erde verbrauchen, oder anders ausgedrückt, massiv über ihre Verhältnisse leben und so immer weiter Ökoschulden aufzubauen. Die USA überschreiten ihr „Soll“ ca. um das Fünfache (https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_ecological_footprint).

Insgesamt verbrauchen die ErdenbewohnerInnen weltweit ca. 1,6 Planeten Erde, was bedeutet, dass z. B. Grundwasser in nicht nachhaltigem Masse entnommen wird. Es ist also allerhöchste Zeit, ein ressourcengerechteres Handeln einzufordern bzw. zu praktizieren. Die SDGs bilden dafür **ZUM ERSTEN MAL DEN VERTRAGLICH AUSGEHANDELTEN WELTKONSENS, DER EINE SICHERE GRUNDLAGE**

FÜR SOLCHE AKTIVITÄTEN SCHAFFT und somit den geeigneten ethischen und moralischen Handlungsrahmen für alle Staaten, Unternehmen und BürgerInnen unserer Erde.

Die Betonung liegt nun auf der Umsetzung der SDGs, dem World Marketing durch Unternehmertum. Deswegen möchte der Ethik-Beirat des SENAT DER WIRTSCHAFT dazu beitragen, dass besonders herausragende Unternehmen im Prozess der Umsetzung der SDGs visibel werden, dass diese prämiert und damit einem breiten Publikum bekannt gemacht werden.

intertechno Funk-Technik – die absolute Freiheit zur Schaltung von Lampen und Elektrogeräten

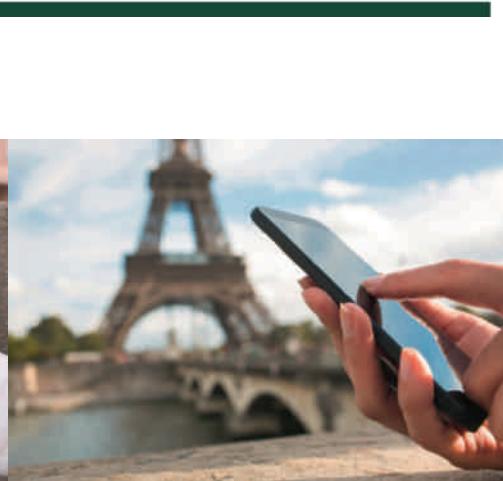
- Einfach, preisgünstig, staubfrei, flexibel, individuell und sofort realisierbar.
- Schalter verlegen ohne Stemmen und Bohren, auch auf Glas, Spiegel, Fliesen.
- Wählen Sie aus unserem umfangreichen Produktprogramm den passenden Sender und Empfänger.



Ideal für die nachträgliche Änderung oder Erweiterung Ihrer Elektroinstallation, schneller und günstiger als eine konventionelle Lösung. Auch in Fertigteilhaus, Holzriegelbauweise oder Mietwohnung.



Smart Home by Smartphone. Mit der Gratis-App und Widgets vom Sofa aus bequem Beleuchtung und Elektrogeräte in Gruppen und Szenarien schalten. Umfangreiche tägliche und wöchentliche Timermöglichkeiten.



Von unterwegs alle Schaltungen zuhause im Griff, inklusive Überwachung, Rückmeldung von Schaltvorgängen und Stromausfallwarnung. Absolut sichere Datenübertragung per SMS ohne Fremdserver oder Cloud.



S.E. Botschafter Dr. Ebadollah Molaei |

Botschafter der Islamischen Republik Iran in Österreich

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICH / IRAN

S.E. Botschafter Dr. Ebadollah Molaei

ist der Botschafter der Islamischen Republik Iran in Österreich und der Slowakei. Er machte seinen Master in Diplomatie und Internationale Organisationen und ist promovierter Politikwissenschaftler. Vor seiner aktuellen Aufgabe bekleidete er eine Vielzahl hochrangiger diplomatischer Funktionen in Paris, Berlin und Wien, u.a. als Direktor des Centre for European and American Studies und als Berater des Außenministers der Islamischen Republik Iran.



Exzellenz, der Iran und Österreich pflegen traditionell enge wirtschaftliche Beziehungen. Wie haben sich diese in den letzten Jahren entwickelt?

Wie Sie schon richtig darauf hingewiesen haben, basiert diese gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen auf einer immerwährenden Freundschaft und dem daraus wachsenden Vertrauen zwischen den Völkern. Dieses klare historische Bild war schon immer ein unschätzbarer und inspirierender Bestandteil der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.

Diese Kooperationen sind in den letzten Jahren sehr vielfältig und umfassend in den verschiedensten Bereichen geplant und erfolgreich umgesetzt worden. Obwohl die wirtschaftliche Zusammenarbeit eine wichtige Dimension der Beziehungen zwischen Iran und Österreich bildet, sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht nur auf einen oder mehrere spezifische Bereiche beschränkt, sondern beide Seiten verfügen über reichlich vorhandene Kapazitäten und Einrichtungen in allen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und kommerziellen Sektoren, sowie in Industrie, Wissenschaft,

Universität, Tourismus u.a.

Der erfolgreiche Abschluss des Atomabkommens zwischen Iran und den G5+1-Staaten und die damit zusammenhängenden positiven Veränderungen, sowie die hervorragende Organisation und Durchführung der Gespräche in Wien, besonders im Bezug auf Gastfreundschaft und Sicherheit, führten in der Zeit nach dem Abkommen zu einer raschen Entwicklung der bilateralen Beziehungen in allen Bereichen. Hier werden immer größer werdende Schritte erzielt. Aus diesem Grund kann man von einer neuen Ära der Freundschaft zwischen Teheran und Wien sprechen. Diese Freundschaft schafft eine stabile Basis für langfristige Ziele und einen klaren Blick auf die Zukunft.

Dementsprechend wurden Gespräche durch hochrangige Vertreter der beiden Länder in verschiedenen Bereichen geführt. Zu den hochrangigen Vertretern aus dem Iran gehören der iranische Finanzminister, der Chef der Zentralbank, der Landwirt-

schaftsminister, der Vizepräsident und der Leiter der Umweltschutzbörde, der Vizepräsident der Islamischen Republik Iran in Technologischen Angelegenheiten sowie auf der österreichischen Seite der ehemalige Bundespräsident der Republik Österreich Dr. Heinz Fischer, der Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl, der 2. Parlamentspräsident, sowie der Bundesminister für Finanzen und der Chef der österreichischen Zentralbank, und dies weist auf ein klares Signal des Willens hin, für eine Erweiterung der bilateralen Beziehungen in allen Bereichen.

In diesem Sinne sind bisher große und positive Schritte zur Wiederbelebung und Ausweitung der bilateralen Kooperationen in allen Bereichen unternommen worden. Trotz dieser Maßnahmen und Unternehmungen, ist das volle Potential für noch tiefere Verknüpfungen noch nicht in vollen Maßen ausgeschöpft. Damit blicken wir in eine positive und produktive Zukunft, in Bezug auf die Freundschaft zwischen beiden Ländern. ►



Welche Sektoren der Wirtschaft sind derzeit für den Iran von besonderer Bedeutung?

Die Voraussetzungen, dass der Iran zu einer neuen Wirtschaftsmacht heranwächst sind durchaus gegeben. Somit kann man vom Iran nicht nur als einen großen Markt in der Region sprechen, sondern als einen zuverlässigen und vertrauenswürdigen Partner. Außerdem sollen diese Kooperationen zu einem verstärkten Know-how und zur Qualitätssteigerung in der Produktion beitragen. Der Iran strebt eine immerwährende Zusammenarbeit mit Österreich

an und hat großes Interesse an den österreichischen Investoren und an dem technischen Know-how. Zur gleichen Zeit ist einer der wichtigsten Sektoren, die als Antrieb zur Ausweitung der Zusammenarbeit dienen kann, der Banken und Finanzsektor. Derzeit ist ein harmonisches Wachstum in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Iran und Österreich zu beobachten. In den letzten zwei Jahren sind viele der Vereinbarungen in den Bereichen In-

dustrie, Wissenschaft und Technik, Eisenbahnen, Kraftwerke, Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Holz- und Papierindustrie, Lebensmittelindustrie, Umwelt, Landwirtschaft, Energie, Erneuerbare Energien und Tourismus erfolgreich umgesetzt worden. Entsprechende Absichtserklärungen in diesem Bereich sind von beiden Seiten unterzeichnet worden. Neben den staatlichen Einrichtungen nimmt der Privatsektor ebenfalls sehr aktiv daran teil.

Welche konkreten Schritte und Pläne sind zur Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen vorgesehen?

Die Wiederaufnahme der gemeinsamen Wirtschaftskommission sowie die Ausarbeitung und Unterzeichnung eines 5-Jahresplanes in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind wichtige Schritte zur Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wichtige Bereiche wie Energie, Infrastruktur, Technologie, Bergbau und Industrie sowie Tourismus und Wissenschaft sind auf diesem Jahresplan als Arbeitsgruppen angesiedelt, welche die Basis für weitere Kooperationsfelder bilden. Dementsprechend unterliegen die diversen unterzeichneten Verträge in den Bereichen Finanzen,

Banken, Industrie, Energie, Umwelt, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Transport, Gesundheit, Medizin und Tourismus, den spezifischen und festgelegten Rahmenbedingungen hin zu Wachstum und Entwicklung.

Neben dem Staat hat, wie gesagt, auch der Privatsektor der beiden Länder eine sehr aktive Rolle inne und beide haben einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung und Ausweitung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit geleistet. Die Interaktionen und Aktivitäten von Hunderten von großen und mittelständischen Betrieben ver-

deutlichen diese Tatsache. In diesem Zusammenhang fanden zahlreiche Konferenzen, Vorträge und diverse Veranstaltungen in den Hauptstädten statt, um die Kapazitäten und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu ermitteln. In naher Zukunft werden die Direktoren der Handelskammern der beiden Länder zusammenkommen, was ein wichtiges und einzigartiges Ereignis darstellt. Wir hoffen, dass dieser Gipfel den Weg für eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit im Privatsektor der beiden Länder ebnen wird.

Was waren die größten Hürden für die Stärkung des Handels mit dem Iran in den letzten Jahren? Wie ist die aktuelle Situation?

Die europäischen Länder gehörten immer schon traditionell zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern des Irans. Mit der Auferlegung von ungerechtfertigt verhängten Sanktionen durch die USA gegen unser Land gab es große Hürden bei der Zusammenarbeit, die dazu führten, dass

fruchtbare Kooperationen nahezu unmöglich wurden. Danach wurden grundlegende Schritte unternommen, um Hindernisse zu beseitigen, bestehende Verbindungen zu stärken und Partnerschaften mit europäischen Partnern in verschiedenen Bereichen wieder aufzubauen. Es

besteht der Wunsch verschiedener europäischer Länder nach einem Wiederaufbau dieser Beziehungen und für die Wiederaufnahme der traditionellen Zusammenarbeiten mit dem Iran nach der Unterzeichnung des Wiener Abkommens. Die besondere geopolitische Lage des Irans



ist von besonderer Bedeutung für unsere Wirtschaftspartner. Die Besuche der vielen Delegationen aus europäischen Ländern, macht diese Tatsache deutlich.

Der Erfolg der Beziehungen zwischen der Islamischen Republik Iran und den europäischen Ländern, einschließlich Österreich, hat zu einer nachhaltigen Entwicklung der

multilateralen Beziehungen geführt. Dennoch gibt es noch einige Barrieren und Hürden, z. B im Finanz- und Bankenwesen leiden beide Seiten an mangelnder Erfahrung und dem Wissen, über die zur Verfügung stehenden Kapazitäten und Möglichkeiten. Wir werden hoffentlich in naher Zukunft diese Hindernisse durch das Bemühen beider Seiten beseitigen können. Trotzdem denke ich, dass

wir jetzt mit den Schwierigkeiten der Vergangenheit konfrontiert sind und wir uns in allen Bereichen zur Normalisierung der Beziehungen mit der Internationalen Community hinbewegen werden. Persönlich beurteile ich die Aussichten der Beziehungen und Kooperation sehr positiv, und ich bin mir sicher, dass die bestehenden Schwierigkeiten in naher Zukunft gelöst sein werden.

Es wurde kurzfristig berichtet, dass viele Hindernisse im Zusammenhang mit der Transaktion von Geldern an Banken gelöst sind. Ist das richtig?

Laufende Verhandlungen zwischen verschiedenen Behörden, wie beim Besuch des Finanzministers und dem Leiter der Zentralbank von Österreich in Teheran und dem Besuch des Leiters der Iran-Zentralbank in Wien, führten zu konstruktiven Lösungsvorschlägen und nun zu einer Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der beiden Länder. Eine Normal-Situation ist noch nicht gegeben, aber neben dem offiziellen Engagement der Zentralbanken der

beiden Länder untereinander, wurden die Beziehungen zwischen den Geschäftsbanken des Iran und einigen der bedeutendsten Geschäftsbanken Österreichs etabliert und dieser Trend geht weiter.

Die Kontoeröffnung und die Bereitstellung eines Akkreditivs, sowie Transaktionen zwischen Banken sind das Ergebnis dieser Maßnahmen. Darüber hinaus wurde ein Finanzierungsabkommen unterzeichnet, um

Projekte, die auf der Tagesordnung stehen, zwischen der Oberbank und den iranischen Banken zu ermöglichen, welches eine wesentliche Entwicklung darstellt. Wir hoffen, dass danach ähnliche Vereinbarungen getroffen werden können und dass wir gemeinsam mit anderen wichtigen österreichischen Banken ein greifbares Wachstum in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern erfahren.

Welche Erwartungen kann man im Zusammenhang mit der Entwicklung des Irans in Zukunft haben?

Die islamische Republik Iran besitzt besondere geopolitische Vorteile, darunter seine alte Kultur und reiche Geschichte, politische Unabhängigkeit, nachhaltige Stabilität und Sicherheit, Vielfalt an Ressourcen, bedeutende industrielle Infrastruktur, leichter Zugang zu den Märkten in der Region, bzw. ausreichende Ressourcen an jungen, ausgebildeten und qualifizierten Arbeitskräften, welche den Iran in der Region zu einer stabi-

len wirtschaftlichen Macht verhelfen. Die oberste Priorität unseres Landes im Bereich der ausländischen Wirtschaftsbeziehungen gilt der Erlangung langfristiger und nachhaltiger Beziehungen, dem gegenseitigen Gewinn von Kapital und dem Austausch von technologischem Know-how, sowie der Vermeidung von bloß auf den Kommerz bedachte Verbindungen. Unter Berücksichtigung des makroökonomischen Indizes und der

Rolle der Kapazitäten und der Privilegien der Islamischen Republik Iran in der Region, besteht daher kein Zweifel daran, dass diese im Laufe der nächsten Jahre noch mehr verbessert werden. Im kommenden Jahr werden wir bereits günstigere Voraussetzungen für die Erreichung der fruchtbaren und gewinnbringenden Ziele in den Bereichen Wirtschaft, Gewerbe, Industrie, Wissenschaft und Technologie geschaffen haben.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Jochen Ressel.



S.E. Botschafter Dr. Emil Brix /

Direktor der Diplomatischen Akademie Wien

WAS WIR IN RUSSLAND ERWARTEN KÖNNEN

EINE DIPLOMATISCHE RETROSPEKTIVE

Die Russische Föderation ist seit dem Machtantritt von Präsident Putin im Jahr 2000 eine revisionistische Großmacht, in der Fragen der Demokratie, Wirtschaftsordnung und Rechtsstaatlichkeit systematisch dem Großmachtanspruch und der Stabilisierung der politischen Ordnung untergeordnet werden. Seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft und dem Untergang der Sowjetunion ist zudem weiterhin die Frage der russischen nationalen Identität ungeklärt. Der Großmachtanspruch und die Frage der nationalen Identität stellen die entscheidenden Faktoren für die derzeitige russische Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik dar, die in allen wesentlichen Fragen direkt von Präsident Putin gestaltet und entschieden wird.

Die innenpolitischen Machtverhältnisse sind stabil und es ist zu erwarten, dass dies auch für die Jahre nach der praktisch feststehenden Wiederwahl Putins 2018 als Staatspräsident gilt. Es ist daher wahrscheinlich, dass Russland seinen derzeitigen Kurs bis

2024 beibehält: Konzentration auf innere Sicherheit und damit auch Kontrolle und weitere Einengung der Freiräume der Zivilgesellschaft, moderate Modernisierung der Wirtschaft ohne große Strukturreformen, Fortsetzung einer Politik der außen-

politischen Einflusssphären und einer entsprechenden geopolitischen Neuordnung. In diesem Sinn dürfte die russische Politik zwar berechenbar, aber gleichzeitig weiterhin eine Herausforderung für alle Partner bleiben.



Das bilaterale Verhältnis Russlands mit Österreich

Bei der Beurteilung des Potentials des sehr guten bilateralen Verhältnisses Österreichs mit Russland werden diese Voraussetzungen in realistischer Weise zu berücksichtigen sein. Mit den österreichischen Positionen „Brücken bauen“, „keine Rückkehr zum Blockdenken“ und „kein Frieden in Europa ohne Russland“ wird die Standortpolitik unterstützt. Von russischer Seite wird besonders geschätzt, dass Russland von einer Mehrzahl der Österreicher und der politischen Meinungsträger nicht als Bedrohung, sondern als verlässlicher Wirtschaftspartner gesehen wird.

Aber der von Russland ausgehende Konflikt in der Ukraine belastet die Beziehungen mit der Europäischen Union. Die Minsker Vereinbarungen vom Februar 2015 werden, trotz umfangreicher internationaler Bemühungen, bislang nur sehr zögerlich umgesetzt. Die Umsetzung dieser Vereinbarungen gilt aber weiterhin für alle Beteiligten, inklusive Russland, als „alternativlos“. Nach der illegalen Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol im März 2014, besteht Russland aus eigener Perspektive nunmehr aus 85 (bisher 83) Föderationssubjekten. In Reaktion auf dieses Vorgehen sowie angesichts der Unterstützung Russlands für die Rebellen in der Ostukraine, nahmen die EU und die USA sowie weitere westliche Staaten, in mehreren Schritten

Sanktionen gegen Russland an. Moskau verhängte im Gegenzug Anfang August 2014 ein Agrar-Importverbot.

Seit drei Jahren überschattet die Ukraine-Krise auf allen Ebenen die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Dominierende Themen der Beziehungen, wie die Verhandlungen zu einem neuen Rahmenabkommen oder der Visadialog, sind vorerst auf Eis gelegt. Russland ist sich durchaus bewusst, dass eine wirtschaftlich erfolgreiche EU auch im eigenen Interesse liegt, weil die gegenseitigen Wirtschaftsverflechtungen auf russischer Seite weit stärker ausgeprägt sind (Import von Technologie, Export von Öl/Gas). Dennoch sieht Russland die EU – besonders dann, wenn kein Unterschied zu den US-Positionen erkennbar ist – als Bedrohung seiner Interessen im postsozialistischen Raum. Das EU-Konzept der Östlichen Partnerschaft wird von Russland ganz eindeutig als eine solche potentielle Gefährdung der eigenen Interessen gesehen, sollte nicht über den weiteren Ausbau dieses Konzeptes möglichst frühzeitig auch das Gespräch mit Russland gesucht werden. Seit dem Ende der Rezession der russischen Volkswirtschaft Anfang 2017 ist wieder eine Steigerung des Handels mit der EU zu verzeichnen.

Die wechselseitigen Sanktionsmaßnahmen haben aber nach wie vor

negative Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Austausch. EK-Präsident Juncker signalisierte gegenüber Präsident Putin eine gewisse Offenheit für einen Dialog zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion. Für die langfristige Idee eines gemeinsamen wirtschaftlichen Raumes von Lissabon bis Wladiwostok bestehen allerdings weiterhin nicht die notwendigen politischen Voraussetzungen. Es ist deutlich, dass Moskau derzeit wieder nach Wegen zur Wiederaufnahme eines umfassenden Dialogs mit der EU sucht. Die fünf Leitprinzipien für die EU-Politik gegenüber Russland vom März 2016 sind für Moskau aber unzulänglich. Beim Treffen von EK-Präsident Juncker und Präsident Putin im Juni 2016 in St. Petersburg, wurde von russischer Seite ein Aide-Memoire zur Wiederaufnahme des Dialogs in bestimmten Politikfeldern überreicht, worauf die EU bislang offiziell nicht reagiert hat. Die inzwischen stattgefundenen Besuchskontakte der EU-Außenbeauftragten Mogherini mit Außenminister Lawrow werden von beiden Seiten als Signal weiterer Gesprächsbereitschaft interpretiert. Eine Rückkehr zum „business as usual“ ist aber auf Grund des beiderseitigen verfestigten Vertrauensverlustes zumindest solange unrealistisch, solange nicht eine Lösung des Ukrainekonfliktes gefunden wird.

Russische Wirtschaftspolitik

Die auch unter russischen Fachleuten unbestrittene Notwendigkeit tiefgreifender wirtschaftspolitischer Reformen, um die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft zu stärken und die hohe Abhängigkeit von der Rohstoffprodukten zu reduzieren, führt in Russland aktuell zu intensiven Expertendiskussionen

über wirtschaftspolitische Reformen, die wohl längst überfällig wären. Der direkte oder indirekte Staatseinfluss betrifft weiterhin 70 Prozent der russischen Wirtschaft. Die hohe Abhängigkeit von Öl- und Gasexporten spiegelt sich weiterhin darin, dass der frei flotierende Wechselkurs des Rubels weitgehend vom Rohölpreis

auf den Weltmärkten abhängig ist.

Der Staat kontrolliert weiterhin die als strategisch eingestuften Sektoren der Wirtschaft wie die Rüstungsindustrie, den Großteil des Energie- und Verkehrssektors, einen Teil des Bankensektors sowie den massiv subventionierten Hochtechnologie-





bereich. Auch die von der Regierung mit mittelmäßigem Engagement verfolgten Teilprivatisierungen von Unternehmen bzw. Unternehmensanteilen ändern wenig an der dominanten Rolle des Staates im wirtschaftlichen Bereich. Hoffnungen, dass die gegenwärtigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme und zu lange überfälligen Strukturreformen zur Diversifizierung der Wirtschaft, Importsubstitution und Verringerung der Abhängigkeit von Erdgas- und Erdölexporten oder einer Stärkung von KMU führen werden, haben sich bislang nicht erfüllt.

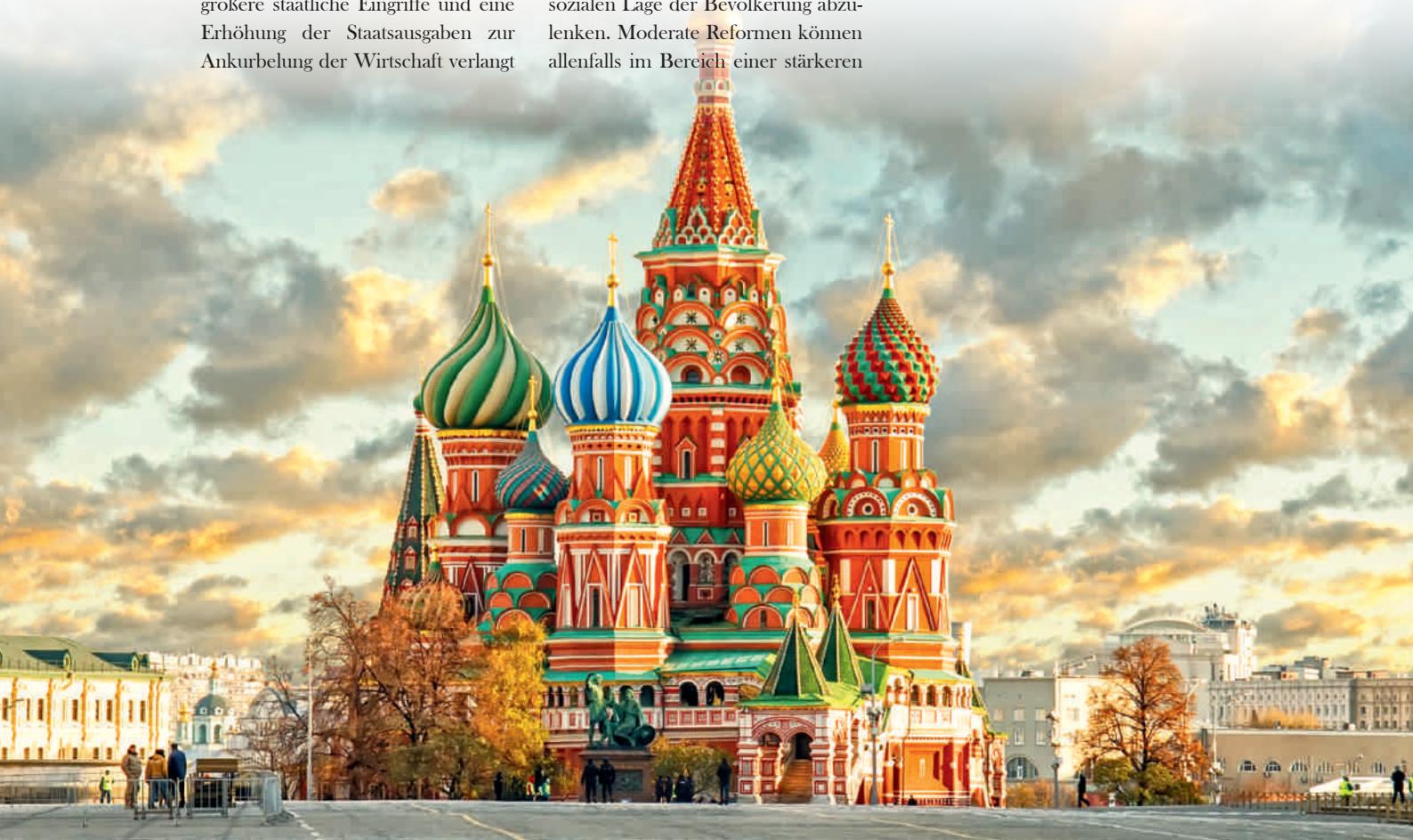
Vom Kreml beauftragt, wurde vom ehemaligen wirtschaftsliberalen Finanzminister Alexei Kudrin eine mittelfristige Strategie zur wirtschaftlichen Modernisierung erarbeitet, in der nicht nur die Privatisierung des staatlichen Ölsektors, sondern auch ein drastischer Abbau der Bürokratie, eine Reform des Justizwesens und eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben vorgeschlagen wird. Gleichzeitig legte aber der einflussreiche Ombudsmann für Unternehmerrechte, Boris Titov, dem Kreml ein Gegenkonzept vor, in dem noch größere staatliche Eingriffe und eine Erhöhung der Staatsausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft verlangt

werden. Die Diskussion über diese sehr gegensätzlichen Wirtschaftsmodelle scheint zumindest teilweise eine taktische Inszenierung der Kremlstrategen zu sein, um das Interesse und damit die Wahlbeteiligung bei den Präsidentenwahlen 2018 zu steigern. Bisherige Erfahrungen mit russischen Wirtschaftsreformplänen lassen erwarten, dass auch die europäische Wirtschaft davon ausgehen kann, dass während der Präsidentschaftszeit Putins nur geringfügige Anpassungen des Wirtschaftssystems erfolgen werden. Der russische Präsident benötigt staatsnahe Oligarchen mit möglichst persönlicher Abhängigkeit von ihm und die direkte Einflussnahme auf den Wirtschaftssektor, um seine Machtbasis zu erhalten.

Nachdem aber dieses System für die nächsten Jahre weiterhin keine größeren Wachstumsraten der russischen Wirtschaft erwarten lässt (für 2017 wird eine Wachstumsrate von höchstens 2 Prozent erwartet), steigt die Wahrscheinlichkeit außenpolitischer Abenteuer und patriotischer Meinungsmobilisierungen, um von der nicht erreichbaren deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung abzulenken. Moderate Reformen können allenfalls im Bereich einer stärkeren

Förderung von KMUs und Startups sowie bei der Bekämpfung der Korruption in den Verwaltungsbürokratien erwartet werden.

Von strategisch wirtschaftlicher Bedeutung sind für Russland mittelfristig auch weitere Maßnahmen im Bereich der Öl- und Gasförderung, der Transportmöglichkeiten nach Europa und China („Pipelines“ und „Silk Road“) sowie eine Stärkung der Exporte im Bereich der Rüstungsindustrie. Im Energiebereich plant Russland bekanntermaßen den Ausbau der Erdgasleitung Nord Stream durch die Ostsee, in Zusammenarbeit von Gazprom mit westeuropäischen Energieunternehmen (Uniper, Wintershall, Shell, Engie und OMV). In Ergänzung dazu treibt Russland auch das Projekt Turkish Stream, den Bau einer Erdgasleitung durch das Schwarze Meer in den europäischen Teil der Türkei, voran. Damit soll auch die Bedeutung der Ukraine als Transitland für russisches Erdgas reduziert werden. Die Pläne der EU für einen südlichen Korridor zum Transport von kaspischem Gas nach Europa, werden von Russland kritisch verfolgt.





Nutzbare Potenziale?

Für die österreichische Wirtschaft bietet sich bilateral ein enormes Potential, allerdings besteht ein nicht unwichtiges konzeptionelles Ungleichgewicht in den Wirtschaftsbeziehungen. Während sie von Russland stärker aus einer strategisch politischen Sicht betrachtet werden, konzentriert sich Österreich stärker auf die reale Bedeutung für die Exportwirtschaft. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die österreichischen Direktinvestitionen in Russland bei etwa 5 Mrd. Euro, die russischen Direktinvestitionen in Österreich bei mehr als 21 Mrd. Euro liegen. Besonders im Banken- (Sberbank, VTB) und im Energiektor (Sibur, Lukoil, Gazprom) ist es bisher gelungen, überregionale Zentralen mehrerer Unternehmen für den Standort Wien zu gewinnen. Die EU-Bankenregulierungssysteme lassen allerdings befürchten, dass es zu Abwanderungen der Europazentralen der genannten Großbanken kommen könnte.

Als Folge der strukturell- und ölpreisbedingten wirtschaftlichen Krise in Russland sowie der wechselseitigen Sanktionsmaßnahmen, verzeichnete der Außenhandel in den vergangenen drei Jahren deutliche Einbrüche, wobei sich seit Herbst 2016 eine Trendwende abzeichnet und

die österreichischen Exporte nach Russland wieder zu steigen beginnen. Besonders betroffen waren die nicht unerheblichen österreichischen Exporte im Landwirtschaftsbereich, die den russischen Importrestriktionen unterliegen. Im Rahmen der russischen Importsubstitutionspolitik bieten sich allerdings Möglichkeiten, sich an Produktionsstätten in Russland zu beteiligen, oder selbst zu errichten (seit 2016 ist an der österreichischen Botschaft in Moskau wieder eine Agrar- und Umwelt-Attaché des BMLFUW tätig).

Im Energiebereich hat die bereits fast fünfzigjährige Zusammenarbeit der OMV mit Gazprom einen großen Teil der Versorgung Österreichs mit Gas und Öl sichergestellt und Österreich als Drehscheibe für einen Teil des europäischen Gasmarkts etabliert. Die vom derzeitigen CEO Seele getroffene strategische Entscheidung, eine noch engere Partnerschaft mit Gazprom einzugehen, macht diese Kooperation zu dem bei weitem größten bilateralen wirtschaftlichen Projekt der kommenden Jahre. Geplant ist vor allem eine Zusammenarbeit beim beabsichtigten Ausbau der Ostsee-Pipeline Nord Stream sowie ein Vermögenstausch zwischen Anteilen an einem Gazprom-Gasfeld in

Westsibirien und OMV-Fördergebieten in der Nordsee. Ergänzend dazu gab die OMV Anfang März 2017 den Erwerb eines Viertelanteils am Juschino-Russkoje-Gasfeld in Nordsibirien für umgerechnet 1,8 Milliarden Euro bekannt.

Österreich gilt in Russland als sehr beliebtes Tourismusziel. Die in den letzten Jahren sinkenden russischen Realeinkommen und die Rubelschwäche haben aber zu deutlichen Rückgängen bei der Zahl russischer Touristen in Österreich geführt, wobei sich auch hier derzeit eine Trendwende abzeichnet. Zur Ankurbelung des wechselseitigen Tourismus fand 2017 ein gemeinsames Tourismusjahr mit zahlreichen Initiativen in beiden Ländern statt.

Dies alles kann als Beleg für die grundsätzliche Anmerkung dienen, die bereits einleitend angesprochen wurde: Bei der Beurteilung des Potentials des sehr guten bilateralen Verhältnisses Österreichs mit Russland, sind realistischerweise die geopolitischen Ambitionen Russlands und das wahrscheinliche Szenario einer längerfristigen Situation der „friedlichen Koexistenz“ zwischen Europa und Russland gleichfalls zu berücksichtigen. 

S.E. Botschafter Mag. Dr. Emil Brix

studierte Geschichte und Anglistik und schloss sein Doktoratsstudium der Geschichte an der Universität Wien ab. Nach seinem Postgraduate-Studium an der Diplomatischen Akademie Wien wurde er 1982 in den Höheren Auswärtigen Dienst aufgenommen. Bis 1989 war er Leiter des Büros des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung und bekleidete in weiterer Folge die Position des Generalkonsuls am Österreichischen Generalkonsulat Krakau und übernahm dann die Position als Direktor des Österreichischen Kulturinstitutes London und der Kulturpolitischen Sektion des BMF. 2010 übernahm er die Funktion als Botschafter Österreichs im Vereinigten Königreich. Bis 2017 war als Botschafter in der Russischen Föderation tätig und ist seither Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien.





*Rechtsanwalt Mag. Markus Stender |
Gründer & Partner, sdh Rechtsanwälte*

ADVANTAGES OF DOING BUSINESS IN THE UNITED ARAB EMIRATES

United Arab Emirates is considered as one of the best business hubs in the world. It is geographically centered within hours of Europe, Asia, the Middle East and Africa. It is renowned international financial and business center with a great reputation. While attracting international businesses and international financial firms, the UAE also ensures relative safety for their stakeholders, regulations and controls have been put in place to safeguard reliable standards.

The United Arab Emirates is comprised a constitutional alliance of seven emirates with independent emirate and local government. The seven emirates are Abu Dhabi, Ajman, Dubai, Sharjah, Fujairah, Ras

Al Khaimah and Umm Al Quwain. Among the seven emirates, Dubai is considered as the most modern and active city because of world class infrastructures, rail systems, massive airports, seaports, high speed inter-

net connectivity. Dubai is a vibrant city and focused on improving their smart government system to achieve their goal for fast, efficient and easy service to all residents, non-residents and investors.

Doing business in the UAE

Recently, the UAE has landed at 21st place in the World Bank's ease of doing business ranking. A proof that the business and regulatory environment of this country is conducive for established and startup firms. The procedure for company formation in the UAE has improved and become easier over the past few years. The UAE, and Dubai in particular, have implemented e-platforms for most government procedures.

There are several ways to effectively do business in the UAE. Some businessmen and -women do trading with UAE registered firms from abroad, while some are conducting business through an agent or distributor. Others prefer to set up a local entity or form a branch/representative office and some are partnering with UAE investors or involve themselves in merger and acquisition. Each of these options can serve its purpose if done

correctly. However, one of the best options to doing business in the UAE is to set up a local entity in order to have a physical presence in the UAE market, which helps entrepreneurs to build the needed relationships to grow and expands their business. In general, there are three major options of business set up available for foreign investors;



Mag. Markus Stender

absolviert sein Studium der Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens Universität Graz und begann seine Tätigkeit als Rechtsanwaltsanwärter bei der heute unter Freshfields Bruckhaus Deringer Rechtsanwälte firmierenden Kanzlei. 1995 gründete er seine eigene Kanzlei, 2008 erweiterte er die Kanzlei mit einem Büro in Dubai. Er ist mit seiner Kanzlei Mitglied im SENAT DER WIRTSCHAFT.



Mainland Establishment

through Department of Economic Development, the regulatory body for mainland companies. Limited Liability Company is the most common legal form of business in the mainland. This type of companies requires a local sponsor who will own 51% of the company shares and the

remaining 49% will be owned by the foreign shareholder. A local sponsor is usually called as the silent partner. On the other hand, a local service agent is required for professional or civil type of companies where expats are allowed to hold 100% shares. The local service agent does not own any

shares but represents the company before the authorities. Other legal forms such as General Partnership, Joint Participation Venture, Public Joint Stock, Private Joint Stock, Branch representative office of a foreign company are available with limitations.

Free Trade Zone

Another very convenient option is to establish in one of the free trade zones where 100% foreign ownership is allowed. It is also possible to set up a UAE offshore company as described below. There are over 30 free trade

zones in the UAE and the majority of them are located in Dubai (i.e. DMCC, Dubai South, DIFC, Media City, JAFZA etc.). Several types of legal forms are also available.

- Free Zone Establishment (FZE)-

with single owner

- Free Zone Company (FZC/ LLC)- with two or more owner
- Branch or representative office

Offshore

UAE offshore company establishment (International Business Company): This option is for companies not intending to engage in any business within the UAE (whether onshore or

within one of the free zones). Under the offshore regulations of certain free zones, these companies act as a vehicle to own freehold property onshore, these types of companies

typically act as holding companies and are not engaged in commercial activities.

Company formation is a straightforward, but does require appropriate documentation to be prepared and a series of physical visits to relevant

authorities, but Stender & Partners Management Consulting (SPMC-Dubai) can remove the hassle and form the company on your behalf. Physi-

cal presence is usually not required, except in specific cases.





Taxation

United Arab Emirates does not have a centralized corporate income tax (CIT) regime; however, most of the emirates have introduced income tax decrees in the late 1960s. However, in general, this corporate tax only applies to oil, gas and petrochemical companies and branch offices of foreign banks. Currently, no personal income tax is being imposed.

The implementation of Excise Tax

commenced on 1st October 2017 as part of the UAE's campaign for healthier lifestyle while also raising revenues that can be spent on beneficial public services. The rates of excise tax for "luxury items" are: 50% for carbonated drinks, 100% for tobacco products and 100% for energy drinks.

On the other hand, the Value Added Tax at standard rate of 5% is expected

to be implemented in January 2018. Nevertheless, not all businesses are required to register as there are exemptions. Businesses who are having an annual turnover of AED 375,000 and above are required to register to VAT and those who are having AED 187,000 annual turnover can decide whether to register themselves or not. Application for VAT exemption is also possible.

Double Taxation Agreement

Ninety-four (94) countries have signed a double taxation treaty with the UAE as of 2017. The aim of DTA is to strengthen the country's investment globally. Companies registered in the UAE may apply for a Tax Residence Certificate from the UAE Ministry of Finance after a year from the

date of establishment. Only mainland and free trade zone registered companies can enjoy the benefits of DTA.

Despite of the recent changes in the government policies and tax system, the UAE still offers a set of advantages that are difficult to find from

other business hubs worldwide. It's low tax rates, great geographical location, world-class infrastructures, and competitive smart government are favorable to all investors and entrepreneurs.

Conclusion

Stender & Partners Management Consulting (SPMC-Dubai) is rendering a wide range of business management services to our international and local clients. We provide our clients with the whole spectrum of corporate structures - offshore, free zone, mainland and specialized

entities - depending on each client's circumstances and requirements and offer a broad range of services to our clients from our international offices and affiliates worldwide in the areas of Corporate Services, Company Formation Services, Investment Opportunities, Zero Tax Solutions and

Legal Assistance with our partner law offices. We will be delighted to assist you to benefit from the advantages of doing business in the United Arab Emirates. 

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE:

DIE 7 TODSÜNDEN IM INTERNATIONALEN VERTRAGSRECHT

WAS SIE TUN MÜSSEN, UM IHR INTERNATIONALES GESCHÄFT
ERFOLGREICH WERDEN ZU LASSEN.

von Rechtsanwältin Dr.th Alix Frank-Thomasser &
Rechtsanwalt MMag. Franz J. Heidinger, LL.M. (Virginia) | Internationale Vertragsrechtsexperten



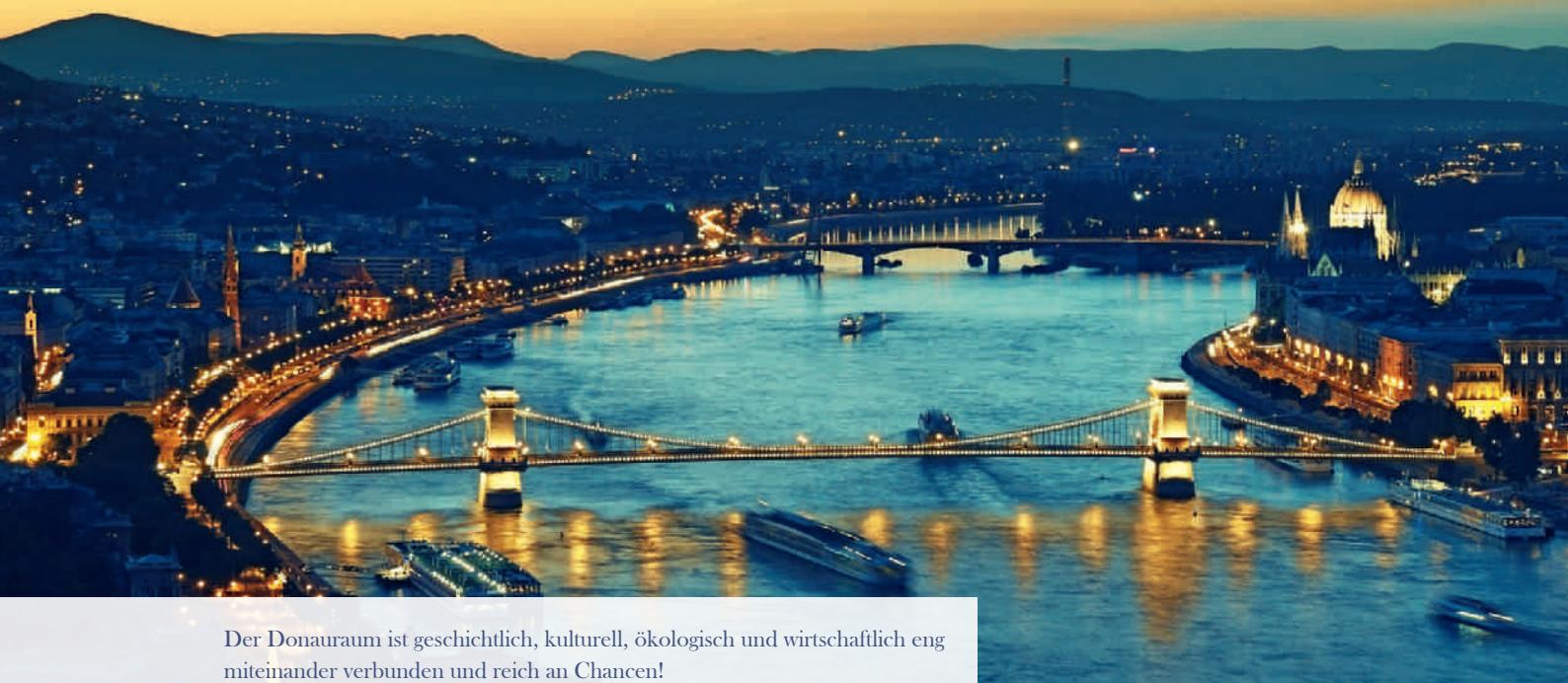


Jochen Ressel | Geschäftsführer – Operations, SENAT DER WIRTSCHAFT

DER DONAURAUM: EUROPA AM FLUSS – EUROPA IM FLUSS!

DIE GEWALTIGEN POTENZIALE DER REGION JETZT NUTZEN

Das EEDF – EUROPEAN ECONOMIC DANUBE FORUM wurde vom SENAT DER WIRTSCHAFT im Jahre 2013 als Initiative zur Wirtschaftsentwicklung im Donauraum etabliert. Mittlerweile stehen ganz konkrete, praxisorientierte Projekte zur Umsetzung bereit. Daran können Unternehmen, Regionen, Städte, Investorengruppen und weitere Stakeholder jetzt andocken. Denn das Potenzial ist gewaltig!



Der Donauraum ist geschichtlich, kulturell, ökologisch und wirtschaftlich eng miteinander verbunden und reich an Chancen!

Der SENAT reagierte mit der Gründung des EEDF auf eine gesamteuropäische Entwicklung, die den Donauraum 2011 erstmals gesamtheitlich in den Blick nahm. Mit der Erweiterung der EU auf aktuell 27 Mitgliedsstaaten entstand das Konzept sogenannter „Makro-Regionen“ innerhalb der Europäischen Union: Europäische Großregionen sollen auf Grund ihrer geopolitischen Lage und gemeinsamer historischer, kultureller und wirtschaftlicher Bezüge und ökologischer

Herausforderungen im Rahmen eines umfassenden Entwicklungsprogramms miteinander verbunden und gefördert werden.

Sichtbarer Ausdruck dieses Plans ist die „EU-Strategie für den Donauraum“ (EUSDR), die 2011 vom Europäischen Rat verabschiedet wurde. Sie schließt das gesamte Donaubecken ein, d. h. nicht nur die zehn Donau-Anrainerländer, sondern alle 14 Staaten, die unmittelbar durch

geografische, wirtschaftliche und kulturelle Gegebenheiten mit der Donau eng verbunden sind. Dazu zählen die neun EU-Mitglieder Deutschland (stellvertretend Baden-Württemberg und Bayern), Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bulgarien und Rumänien, die EU-Beitrittskandidaten Montenegro und Serbien, der Beitrittsanwärter Bosnien-Herzegowina sowie die Ukraine (nur die Regionen an der Donau) und die Republik Moldau.





Das Ziel des SENATS im Donauraum

Es geht der EUSDR und dem SENAT darum, den Wohlstand und Wirtschaftskraft im Donauraum zu erhöhen, die Umsetzung europäischer Rechtsvorschriften in den beteiligten Staaten zu fördern und auf diesem Wege auch diejenigen Staaten, die noch nicht EU-Mitglieder sind, näher an eine Mitgliedschaft heranzuführen. Langfristig geht es dabei um die Entwicklung und Konsolidierung des Donauraums als große Wirtschafts- und Investitionsregion in Europa. Der Erfolg dieses ambitionierten europäischen Projekts hängt entscheidend davon ab, dass es eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gibt. Dazu bedarf es eines ständigen Dialogs zwischen den Akteuren und vor allem auch zwischen den Unternehmen, die Know-how und Produkte als Lösungen einbringen können, und den Unternehmen, die dieses Know-how dringend benötigen, um zukunftsfähig zu werden bzw. es zu bleiben. Die Initiatoren haben es sich zur Aufgabe gemacht, mit dem EEDF - EUROPEAN ECONOMIC DANUBE FORUM eine solche Plattform im Rahmen des SENAT

DER WIRTSCHAFT zu schaffen. Es war der „Mr. Donauraum“, Vizekanzler a.D. Dr. Erhard Busek, der als Präsident des SENAT DER WIRTSCHAFT die Gründung des EEDF anregte. Er führt aus: „Nach der Gründungsphase der EUSDR war durch meinen Einblick als ehemaliger Verantwortungsträger im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa sowie durch meine Tätigkeit für das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) sehr schnell klar, dass ein ganz wesentlicher Link fehlt – nämlich der zwischen den vorhandenen institutionellen, diplomatischen, politischen und akademischen WissensträgerIn-

nen und der Wirtschaft. Aber nur durch die Wirtschaft werden geplante Maßnahmen vom Papier in die Realität überführt. Hans Harrer als Vorstandsvorsitzender des SENAT DER WIRTSCHAFT unterstützte die Idee der Gründung einer solchen Plattform sofort und setzte sie mit seinem Team rund um Gabriele Stowasser als Vorstand für Internationale Beziehungen und Jochen Ressel als Geschäftsführer-Operations, umgehend um. Schon 2013, nur knappe zwei Jahre nach der Gründung der EUSDR, konnten wir daher mit dem Auftaktsymposium des EEDF in der Wachau ein Zeichen setzen.“



Seit 2013 treffen beim EEDF EntscheiderInnen von EU-Kommission, EUSDR, OSCE, verschiedenen Universitäten usw. mit RepräsentantInnen der Unternehmen zusammen, um konkrete Wirtschaftsprojekte umzusetzen.

Das gewaltige Potenzial des Donauraums

Die Donau-Anrainerstaaten stellen eines der bedeutendsten sozio-ökonomischen Potenziale innerhalb Europas dar. 115 Mio. Menschen leben allein in den Ländern, Regionen und Städten, die unmittelbar an der Donau liegen – mit einer Jahrtausende währenden gemeinsamen Geschichte und einem in Europa einmaligen kulturellen Reichtum. Die Donau verbindet alte Demokratien im Westen mit den noch jungen im Osten. Sie verbindet entwickelte Marktwirtschaften mit ökonomischen Übergangssystemen, die immer noch die

Reste gescheiterten Planwirtschaftens beseitigen müssen. Sie verbindet Zivilgesellschaften, die seit über 60 Jahren friedlich zusammenleben mit Ländern, in denen noch vor wenigen Jahren Krieg und Vertreibung Mittel der Politik waren.

Im Donauraum treffen Gegensätze aufeinander: Stabilität und Labilität, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsgesellschaft, Reichtum und Armut, High Tech und fehlende Infrastruktur, Wirtschaftskraft und schleichen-der Staatsbankrott, soziale Sicherheit

und Wirtschaftsmigration... und alles im Fluss, in laufender Veränderung. Um es vorwegzunehmen: Dieses soziale, wirtschaftliche und politische „Gefälle“ zwischen West und Ost langfristig aufzuheben ist die Aufgabe der EU-Strategie für den Donauraum und das Ziel des EEDF - EUROPEAN ECONOMIC DANUBE FORUM. Mittlerweile wurde die Initiative zu einer praxisorientierten Projektumsetzungsplattform entwickelt und verschiedene Stakeholder-Gruppen können an konkreten Aktivitäten andocken.



Die konkreten Ansatzpunkte

Folgende zwei Themenbereiche werden jetzt im Rahmen des EEDF ganz aktiv angegangen:

1. Die Ökologisierung des Donauraums:

Der SENAT stellt das von ihm entwickelte Programm KLIMA-ALLIANZ allen Unternehmen im Donauraum zur Verfügung, um in einfachen und schnell durchführbaren Schritten eine energieeffiziente und klimaneutrale Ausrichtung zu schaffen und dadurch gleichzeitig einen Marktvorteil zu erzielen.

Außerdem werden ökologisch hochrelevante und bereits seit längerem geplante Projekte nun umsetzungsoorientiert angegangen. Das betrifft u.a. die Entfernung der Schiffswracks entlang der Donau, die ein erhebliches Umweltrisiko darstellen, aber auch ein Hemmnis für die Wirtschaftsentwicklung darstellen.

Wer daran partizipieren kann:

- Unternehmen**, die im Rahmen der KLIMA-ALLIANZ Umsetzungs-Know-how im Bereich der CO2-Footprint-Erstellung, der Gebäude- und Produkt-Energieeffizienz, der CO2-Kompensation und Zertifizierung, sowie der Marktvorteilskommunikation einbringen können und

Unternehmen auf internationaler Basis helfen können, klimaneutral und energieeffizient zu agieren und sie damit zukunftsfit machen.

- Unternehmen**, die im Bereich der Entfernung ökologischer Altlaschen besondere technische Lösungen anbieten können (Umwelttechnik, Logistik etc.).

- Unternehmen**, die Interessen im Altstoff-Verwertungsbereich Expertise haben (z. B. Altstahl-Verwertung etc.).

- Unternehmensverbände, Interessensvertretungen und Organisationen** im Donauraum (auch in Österreich und BRD!), die ihre Mitgliedsunternehmen veranlassen wollen, den für sie wichtigen Schritt zur Klimaneutralität und Energieeffizienz zu tun.

- Regionen, Städte und Gemeinden**, die sich als ökologisch verantwortungsvolle Destinationen für Firmenansiedlungen, als Tourismusregionen und Green-Investment-Regions positionieren wollen und den bei ihnen angesiedelten Un-

ternehmen helfen wollen, klimaneutral und energieeffizient zu werden.

- Investorengruppen und Fonds**, die an ökologischen und nachhaltigen Investments mit langfristigen Ertragschancen interessiert sind.



SENATS-Vorstandsvorsitzender Hans Harrer sorgt für die Klimaneutralität aller EEDF-Aktivitäten und fördert die Ökologisierung des Donauraums durch die Internationalisierung der KLIMA-ALLIANZ des SENAT DER WIRTSCHAFT.

2. Smart Danube Region

Dabei geht es um die Realisierung von ca. zehn zur Auswahl stehenden subsektoralen Smart City- und Smart Region-Projekten. Jedes davon verbindet folgende Bereiche:

- Infrastruktorentwicklung** durch die Implementierung kluger technologischer und auch technologieentkoppelter Lösungen.

- Aus- und Weiterbildung der**

Wirtschaftstreibenden vor-Ort durch Know-how-Transfer, um Gewerbe und Handwerk mit dem Wissen auszustatten, das künftig nötig ist, um zukunftsfit zu bleiben.

- Schaffung von interessanten und attraktiven Jobs**, u.a. im Bereich des Handwerks und Gewerbe, um dem „Brain Drain“ der Regionen aktiv entgegenzuwirken.

- Positive ökologische Effekte** durch den optimierten Einsatz natürlicher Ressourcen konzeptive und technologisch kluge Lösungen.

- Ländliche Entwicklung** als Basis für attraktive Lebensräume („Smart Region“) abseits der ohnedies boomenden urbanen Lebensräume („Smart City“).

Die Palette reicht dabei von Smart

Mit Blick über den Zahlenrand.



Logistics, Smart Waste and Waste-Water über Urban Farming bis hin zu Smart Mobility-Lösungen.

Wer daran partizipieren kann:

- . **Unternehmen**, die im Rahmen von „Smart“-Konzeptionen konkrete technische Lösungen anbieten können.
- . **Unternehmen**, die in diesem Bereich Know-how benötigen, um zukunftsfest zu bleiben und mit ihren MitarbeiterInnen lernen wollen, wie technologieorientierte Lösungen ganz konkret umgesetzt werden, z. B. für Installateure im Bereich Heizungstechnik, für ElektrikerInnen im Bereich Beleuchtung, Anbindungen an

Smartphone-Apps usw.).

. **Regionen, Städte und Gemeinden**, die sich durch kluge Lösungen als Entwicklungsregionen positionieren wollen und heute zeitgemäße Infrastruktur-Grundlagen für eine künftige und positive Regions-, Städte- oder Gemeinde-Entwicklung legen wollen.

. **Investorengruppen und Fonds**, die mit nachhaltigen Investitions in Infrastruktorentwicklung langfristige Ertragschancen nutzen wollen und an Umwegrentabilitäten interessiert sind (z. B. ermöglicht die Entfernung von Schiffswracks, wie unter Punkt 1 genannt, die Entwicklung von neuen Schiffsanlegestel-

len und damit die Konzeption von Green-Tourism-Konzepte, wo dies bislang nicht möglich war.)



Der „Mr. Donauraum“, Dr. Erhard Busek, initiierte die Gründung des EEDF als Missing-Link zur Wirtschaft.

Wir laden Unternehmen verschiedenster Branchen ein, am EEDF anzudocken und so am Wissen- und Produkt-Transfer anhand der Realisierung konkreter Maßnahmen

zu partizipieren. Denn Europa ist nicht nur am Fluss – an der Donau – sondern auch im Fluss, in einer laufenden Veränderung, damit wir zukunftsfest bleiben und als Gesamt-

gesellschaft den anstehenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen der Donauregion erfolgreich begegnen. 

Jochen Ressel

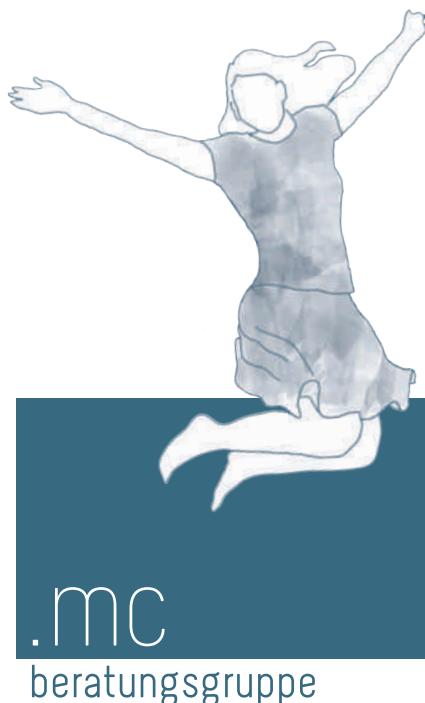
war in internationalen Konzernen im Bereich Sales & Marketing tätig, ehe er als Managing Director des Businessclubs k47 fungierte und bereits damals für den SENAT DER WIRTSCHAFT hochwertige Businessstalks organisierte. Seit 2013 ist er im SENATs-Team tätig. Er ist an der Entwicklung einer Vielzahl von Projekten maßgeblich beteiligt, u.a. des EEDF (European Economic Danube Forum), des Social Entrepreneurship Forum, des Demokratieplanspiels ZAG und der HTL-Initiative „Weitblick-Champions“. Bis Mitte 2017 unterstützte er das OSCE-Projekts SECI (Southeast European Cooperative Initiative). Von Beginn an verantwortete er das Wirtschaftsmagazin SENATE und ist seit April 2016 als Geschäftsführer – Operations tätig.



Kräfte bündeln.

Die .mcberatungsgruppe erhält Verstärkung!

Salzburger Straße 205 · 4030 Linz
+43(0)732 / 661717-0 · Fax -20
office@mcberatungsgruppe.com
www.mcberatungsgruppe.com



Die neuen Unternehmen der .mcberatungsgruppe:



JBWT

morepayroll

HR & MEHR



LOIZENBAUER

Wirtschaftsprüfung GmbH
Steuerberatungsgesellschaft



Mag. Dr. Andreas Strasser | Leiter Unternehmensekunden & Strukturierte

Finanzierungen, HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

DER DONAURAUM: DAS ZEITFENSTER JETZT NUTZEN!

WARUM ES SINNVOLL IST, JETZT IM DONAURAUM
AKTIV ZU WERDEN.

Es mag überraschen, dass sich ein Bankinstitut mit stark regionalem Bezug und mit bei nahe 130 Jahre langer Tradition in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung des Donauraums stellt und seine Kunden mit viel Engagement und Kompetenz in die Länder des Donauraums begleitet. Die HYPO NOE Landesbank, als starke Bank der niederösterreichischen Wirtschaft, geht diesen Weg aus Überzeugung. Aus Verantwortungsbewusstsein für die eigene Region Niederösterreich und Wien und um den Kunden des Hauses das ganze Potential der Region zu eröffnen.

1888 gegründet, lag der Fokus der Bank in den frühen Jahren in erster Line in der Intention, der ländlichen Bevölkerung den Erwerb eigenen Landes zu ermöglichen und nachhaltiges eigenes Vermögen zu schaffen. Als ursprüngliche „Niederösterreichische Landes-Hypothekenanstalt“ fühlt sich die Bank daher seit den Anfangsjahren regionaler Verantwortung, langfristiger Orientierung und der Eröffnung neuer Potentiale für ihre Kunden verpflichtet. Heute firmiert sie als HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG und trägt ihr Grundprinzip der regionalen Verantwortung aus

Überzeugung in ihre Präferenzländer des Donauraums – durch die Unterstützung niederösterreichischer Unternehmen in den Regionen, durch die Vernetzung der niederösterreichischen und der lokalen Wirtschaft und durch einen klaren Fokus auf Infrastrukturprojekte. Nicht zuletzt auf der Grundlage jahrzehntelanger Erfahrung mit öffentlichen Institutionen und Interessenvertretungen der regionalen Wirtschaft. Im Zuge der star-

ken Außenhandelsorientierung der niederösterreichischen Wirtschaft und als führende Regionalbank Niederösterreichs, ergibt sich daraus fast logisch ein starker Bezug zur Donau, dem Strom, der das gesamte Bundesland durchfließt und daher auch symbolisch für die wirtschaftliche Kraft und touristische Attraktivität große Bedeutung hat.

Viele Unternehmen des Landes sind ►



Verdichtet.
Verständlich.
Verdammt wichtig.

tpa



über ihre ursprünglich regionale Bedeutung hinausgewachsen und sind heute weit über die Landes- und Staatsgrenzen hinaus tätig. Als starker Partner vieler dieser Unternehmen entwickelte sich die Bank zu einem Institut mit Kompetenz im gesamten

Donauraum – vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer. Dabei liegt der Fokus auf der langfristigen Begleitung der Unternehmen, in Österreich und in den definierten Präferenzländern des Donauraums der HYPO NOE Landesbank. Durch ein Netz von Re-

präsentanzen im Donauraum bietet die HYPO NOE Landesbank eine starke Kombination lokalen Know-how's und lokaler Vernetzung, mit den Vorteilen einer Betreuung durch einen zentralen Ansprechpartner in Österreich.

Warum der Donauraum ungeahnte Potenziale bietet

Gerade jetzt wird der Begriff „regional“ durch die Interkonnektivität der Gesamtgesellschaft vollkommen neu definiert. Was früher das Wald-, Most-, Wein- oder Industrieviertel als regionale Einheit war, ist heute Niederösterreich und wird morgen die Region bis zum Donaudelta sein. Der Entfernungsbezug verliert dabei laufend an Bedeutung. Es geht daher immer mehr darum, regionales

Know-how mit globalen Trends zu verbinden. Die Unternehmen, die das bestmöglich bewältigen, werden diejenigen sein, denen die Zukunft gehört – und dafür sind die richtigen Kompetenzpartner, u.a. im Bereich Banking, die Voraussetzung.

Alle verfügbaren Wirtschaftsdaten belegen eindeutig, dass die wesentlichen Potenziale für nachhaltige Wirt-

schaftsentwicklung in den Räumen Südost-Europas liegen. Dort haben die Märkte einen Reifegrad erlangt, durch den sie nicht mehr den Nimbus des Exotischen haben, sondern wo Unternehmen neue, zukunftsorientierte Märkte mit bestens ausgebildeten Menschen vorfinden. Jetzt gilt es, diese Märkte zu bedienen.

Das geopolitische Zeitfenster

Das gilt umso mehr, als die heute existierende „Balkanlücke“ im Wirtschaftsraum der EU zwischen dem zentraleuropäischen Raum und Griechenland nach und nach geschlossen werden wird. Durch die starke Investitionstätigkeit Chinas in Griechenland, ergibt sich daraus auch eine

Relevanz für die Verbindung zentral-europäischer Unternehmen in den asiatischen Raum.

Ergänzend dazu wirken europa-, regional-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklungen gerade jetzt in die gleiche Richtung, wodurch sich

ein Zeitfenster mit ungeahnten Potenzialen für Unternehmen ergibt, die in Südost-Europa tätig werden wollen. Und eines ist auch klar: Jedes Fenster schließt sich auch wieder. Daher ist es jetzt an der Zeit, vor allem für mittelständische Unternehmen, den Schritt in den Donauraum zu tun.

Worauf es bei der Wahl der Finanzierungspartner ankommt

Ein wesentlicher Faktor bei der Auswahl des Finanzierungspartners ist die Vernetzung vor-Ort. Das betrifft vor allem das Wissen, wie man mit öffentlichen Institutionen und Regierungsstellen umgeht. Da EntscheiderInnen mitunter schnell wechseln, sind Kontakte mit den Institutionen in der Gesamtheit wesentlich und nicht lediglich mit den momentan verantwortlichen Einzelpersonen. Durch die Eigentümerstruktur verfügt der HYPO NOE Konzern gerade in diesem Bereich über sehr viel Erfahrung.

Gerade in der Donauregion geht es um langfristige Projekte, mit nachhaltigem Impact auf die Wirtschaftsentwicklung. Das betrifft ganz besonders

Infrastrukturprojekte, die eine entscheidende Grundlage für die spezifische wirtschaftliche Entwicklung der Regionen darstellen und auch in ihrer Durchführung eine Vielzahl von Möglichkeiten für österreichische Unternehmen und die Unternehmen der Region bieten. Dabei handelt es sich in vielen Fällen um sogenannte PPP-Konzepte (Public-Private-Partnerships), für deren erfolgreiche Umsetzung ein gutes Verständnis der öffentlichen Institutionen nötig ist und gleichzeitig Erfahrung bei der Strukturierung von Lösungen gefragt ist. Dabei geht es um den Ausgleich unterschiedlicher Interessen von Seiten der Investorengruppen, der an der Projektrealisierung beteiligten Unternehmen und der Öffentlichen Hand.

Gerade für die letztgenannte Gruppe sind die Reputation und die nachhaltige Orientierung des Finanzierungspartners ein wesentliches Asset.

Eine kurzfristige Gewinnoptimierungsausrichtung wäre dazu der vollkommen falsche Ansatz. Im Gegensatz dazu ist der in der HYPO NOE Konzern verankerte Gedanke der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die ein Bankinstitut zu übernehmen hat, einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren im Donauraum. Durch diese Orientierung ergibt sich eine hohe Glaubwürdigkeit in der gesamten Region, welche durch die eigene Stabilität der Bank und durch das langfristige Commitment zur Donauregion unterstrichen wird.



Die Chancen jetzt nutzen

Die historisch bedingte Verbindung Ost- und Südost-Europas mit Österreich, die bereits existierenden engen wirtschaftlichen Beziehungen und die Entwicklungsvoraussetzungen in der Region, sind in dieser Kombination die idealen Gegebenheiten für eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen, sich im Donauraum zu engagieren und an der wirtschaftlichen Entwicklung zu partizipieren.

Mehr noch: Für diese Entwicklung versteht die HYPO NOE Landesbank auch ganz grundsätzlich die Bedeutung von Kunst und Kultur als unabdingbares Bindeglied und als Grundlage für langfristig orientierte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die HYPO NOE Landesbank unterstützt daher auch ganz gezielt eine Vielzahl kultureller Initiativen in der Region, in der Überzeugung, dass gute wirt-

schaftliche Zusammenarbeit auch voraussetzt, das Gegenüber wirklich zu erfassen und zu begreifen - mit allen Wertekonzepten, die das Ergebnis historischer Erfahrungen sind. Nur ein solch holistischer, langfristig orientierter und nachhaltig ausgerichteter Ansatz macht Wirtschaftsentwicklung im Donauraum erfolgreich - für die Menschen, die Unternehmen und die gesamte Region.

Mag. Dr. Andreas Strasser

verfügt als Absolvent der Wirtschaftsuniversität Wien über mehr als 20 Jahre Erfahrung im Donauraum. Einen großen Teil seiner Berufslaufbahn verbrachte er in den Ländern Ost- und Südost Europas. Vor seiner Tätigkeit als Leiter für strukturierte Finanzierungen der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG sammelte er umfassendes Know-how als Osteuropa-Verantwortlicher großer österreichischer Banken, u.a. als Head of Infrastructure Central- & Eastern Europe der Unicredit Bank Austria. Er begleitet das EEDF - EUROPEAN ECONOMIC DANUBE FORUM des SENAT DER WIRTSCHAFT bereits seit mehreren Jahren. Die HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG ist ein Mitgliedsunternehmen des SENAT DER WIRTSCHAFT.



Material **Wolle**

Magicfelt-Pantoffel werden aus Merinowolle oder aus der Wolle bestimmter Schafsrassen gefertigt. Die Sohle ist aus Filz oder Leder.

Technologie **3D-Filz**

Die 3D-Filz Technologie ermöglicht es uns, nahtlos zu filzen und eine perfekte anatomische Passform zu erreichen.

Design **Double-Face**

Zwei leuchtende Farben werden durch ein spezielles Verfahren kombiniert. Erhältlich in verschiedenen Designs und über 23 Farben.

Nachhaltigkeit **100% Tirol**

Magicfelt ist 100% klimaneutral und wird aus nachwachsenden Ressourcen hergestellt. 100% made in Tirol.



MITTELSTANDS
ALLIANZ



SELBSTBESTIMMT STATT FREMDBESTIMMT

Die Mittelstands-Allianz als Stärkung der heimischen Wirtschaftsbasis

**WERDEN SIE JETZT BOTSCHEFTER/IN
DER MITTELSTANDS-ALLIANZ!**

Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme!

SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich

Rotenturmstraße 5-9 | 1010 Wien

www.senat-oesterreich.at

www.mittelstands-allianz.at

T +43-1-505 35 48-0 | office@senat-oesterreich.at

Eine Initiative des



SENAT DER
WIRTSCHAFT



Rainer Schultheis / Saphenus Medical Technology

NACH GEWINN STREBEN UND TROTZDEM SOZIAL VERANTWORTLICH HANDELN: EIN WIDERSPRUCH IN ÖSTERREICH?



Das junge Medizintechnik-Start-up Saphenus versucht von Beginn an, ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeitsthemen in ihr Unternehmensprofil einfließen zu lassen. Über Entrepreneurship mit Maß und Ziel und Wünschen nach innovativen Ideen zur Weiterentwicklung der Rechtsform „GmbH“, die diesen Nachhaltigkeitsbestrebungen Rechnung tragen. Was könnte das Motiv für einen Entrepeneur sein, sich im weiten Feld der Lifescience mit einem Start-up-Unternehmen zu verwirklichen? Ganz klar: Eine gute Idee, die Marktpotential hat und schlussendlich auch Gewinn abwirft. Damit man davon leben kann. Und genau so klar: Eine gute Idee, die einer betroffenen Gruppe auch Nutzen bringt und Menschen hilft.

Gründet man heute ein Medizintechnik-Start-up, wird man in der ersten Phase als frisch gebackener Unternehmer rasch in Gespräche mit potentiellen InvestorInnen und UnternehmensberaterInnen verwickelt, die einem, ob der oben genannten hehren Zielen, wie eine steife Brise entgegentreten: „Finde den baldigen Exit beim Einstieg eines Investors“ und „Schau darauf, flott einen positiven Cash-Flow bei möglichst niedrigen Produktionskosten zu erzielen.“

Als Unternehmer, der den Blick auch mal in die Ferne richtet, der will, dass

letztendlich das Gemeinwohl gefördert wird, stelle ich mir die Frage: Gibt es nicht etwas dazwischen? Zwischen „sozial handeln“ und „vernünftig wirtschaften“, ohne gleich ausschließlich gemeinnützig oder wohltätig zu sein? Also gewinnorientiert und orientiert nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten? Nun, solche Fragen haben wir uns in unserem Unternehmen gestellt und diese stellen sich, wie ich denke, auch einige andere JungunternehmerInnen in der ersten Zeit der Gründungsphase und des Unternehmensaufbaus. Sucht man in Österreich eine den oben genann-

ten Prinzipien passende Rechtsform, dann ist das gar nicht so einfach fündig zu werden. Hierzulande wird viel über freiwillige Leistungen in einer rechtlich nicht bindenden Darstellungen der sozialen und ökologischen Aspekte geleistet. Wie etwa als Unternehmen der Gemeinwohlokonomie von Christian Felber oder die Non-Profit-Organisation Ashoka, die soziales Unternehmertum fördert. Das Austria Wirtschaftsservice (AWS) hat die Social-Business-Initiative eingeläutet, wo zumindest 50% des Unternehmens über Markteinflüsse finanziert werden.





Die Frage der Rechtsform

Vor nicht allzu langer Zeit haben sich Ashoka und AWS zusammen mit anderen Stakeholdern, wie etwa der Industriellenvereinigung, dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung, die auf Start-ups und Venture Capital spezialisierte Rechtsanwaltskanzlei RPCK Rastegar Panchal und andere Stakeholder, in einer Gruppe zusammengefunden, um endlich auch in Österreich den Social Impact von Unternehmen auf rechtlich solide Beine zu stellen. Ein Ziel: die „sGmbH“. Das kleine „s“ steht für sozial. Die sGmbH ist dabei keine eigene Rechtsform, sondern bleibt grundsätzlich eine GmbH. Bloß käme ein Zusatz mit sozialen Kriterien dazu, welches ein Unternehmen verpflichtet, den Social Impact darzustellen. Die Kriterien, welche sozialen Größen das sind, bleiben wählbar. Eine solche sGmbH könnte für Transparenz und Erkennbarkeit sorgen. Und

dafür, dass die Triple-Bottom-Line im Unternehmen berücksichtigt wird, also die drei Ebenen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit.

Aber was soll eine solche Rechtsform für Vorteile bringen? Im Vergleich zu einem herkömmlichen Unternehmen könnten sich selbst für ein Start-up, etwa bei der Suche nach Finanzierungen, nach den richtigen InvestorInnen andere, neue Türen öffnen. Stimmt die soziale Dimension, stimmen möglicherweise auch für die InvestorInnen, die grundlegenden Parameter, unter dem Motto: „Da haben sich ein paar GründerInnen gefunden, die schielen nicht nur auf das Gewinnmaximum und den raschen Verkauf des Unternehmens. Nein, sie streben nachhaltigem Erfolg mit Augenmaß an.“

Auch durchaus ökonomisch schwie-

rige Social-Metrics, wie z. B. ein Framework, um Gehaltsdifferenzen im Unternehmen nicht zu groß werden zu lassen, oder der Rückfluss von zumindest 50 % des Gewinns in das Unternehmen, können GeldgeberInnen überzeugen.

Apropos Social-Metrics: Wenn man ein Start-up mit internationaler, export-orientierter Richtung gründet, macht es nicht nur Sinn, rechtliche Orientierung im Hinblick auf Social-Metrics zu bekommen, sondern es wäre sogar dringend notwendig! Nur wenige Stiftungen, etwa in den USA, akzeptieren noch Start-ups, seien sie noch so „innovative“, mit einer „breakthrough innovation“, wenn die Hausaufgaben wie Benefit-Report und Social-Impact nicht gemacht sind. Sonst bleibt der Geldhahn geschlossen.

Aus der Gründungs-Praxis

Uns von Saphenus Medical Technology, einem im Dezember 2016 gegründeten Medizintechnik-Start-up, sind von Anfang an holistische Ansätze wichtig gewesen, wenn es um soziale Verantwortung geht. Wir wollten nicht wie so viele große Unternehmen enden, wo CSR aus bequemen Gründen beim CEO „ausgelagert“ wird und der möglicherweise von externen Beratern geschriebene Nachhaltigkeitsbericht auf Hochglanzpapier erscheint. Wir sind der festen Überzeugung: Je früher ökologische und soziale Grundsätze in einem auf Gewinn ausgerichteten Unternehmen verankert sind, umso mehr werden sie später auch von uns im Un-

ternehmen gelebt. Daher wäre eine sGmbH, eine soziale GmbH, als eine Gesellschaftsform wünschenswert, die auch für Österreich wichtig ist, um gewinnorientierte Unternehmen zu identifizieren, die gewisse soziale Maßstäbe setzen.

Jede vierte Neugründung in Europa ist ein Social-Business - Tendenz steigend. Andere Länder machen es vor, wie es gehen könnte: In Italien etwa, mit der „società benefit“, wo InvestorInnen die Garantie bekommen, über die sozialen und ökologischen Werte des Unternehmens im Rahmen eines verpflichtenden, jährlichen Benefit-Reports informiert

zu werden. Gerade im Bereich des Benefit-Reports, des Darstellens des Social-Impacts, zeigt sich schlussendlich der wahre (ethische) Kern des Unternehmens. Allzuoft verhalten sich UnternehmerInnen so, wie es Hans Harrer in einer der letzten Ausgaben dieses Magazins beschrieben hat, nämlich dass sie über Werte, Missions und Visionen unendlich gerne berichten, aber dabei vergessen, sie im Unternehmensalltag auch zu leben. Die sGmbH könnte hier eine dauerhafte Gedächtnissstütze sein, die auch von Seiten des Gesetzgebers hilft, ein „Entrepeneur mit Maß und Ziel“ zu sein.

Rainer Schultheis

ist Journalist und Brückenbauer zwischen Nachhaltigkeits- und Klimaforschern. Er studierte Meteorologie an der Universität Wien, arbeitet seit 1998 für die ORF Radios, und ist seit 2004 Träger des österreichischen Klimaschutzpreises. Er wagte 2016 den Schritt als Gründer des in Krems in Niederösterreich ansässigen Medizintechnik Unternehmens Saphenus Medical Technology. Rainer Schultheis war als Lektor an der IMC FH Krems tätig, ist Kinderbuchautor und Autor zahlreicher Fachzeitschriften, die sich mit den Themenkreisen Wetter, Klima, Nachhaltigkeit und Medizin beschäftigen.





*Mag. Michael Moll und Dr. Thomas Nennadal, MBA /
Geschäftsführung, accent Gründerservice*

GEHT START-UP AUCH NACHHALTIG?

ÜBER BEST-PRACTICES UND NOTWENDIGE ÄNDERUNGEN DER RAHMENBEDINGUNGEN

Der Hightech-Inkubator accent unterstützt als AplusB Zentrum in Niederösterreich seit mehr als zehn Jahren Startups aus dem wissenschaftlichen Bereich. Wir verfolgen dabei einen eigenen, sehr individuellen Betreuungsansatz, in der Start-up-Unterstützung. Jedes neue Projekt wird an dem Punkt abgeholt, an dem es sich gerade in seiner Entwicklung befindet und es wird gemeinsam ein individuelles, maßgeschneidertes Begleitprogramm erarbeitet.

Das Service reicht dabei von der Unterstützung in diversen rechtlichen Belangen rund um das Thema Gründung, über die Produkt Optimierung, bis hin zur persönlichen Begleitung bei der Identifizierung und Einreichung bei öffentlichen Förderstellen, wie AWS und FFG, und Einführung in unser Netzwerk von Business Angel und Venture Capital-Gebern. Die UnternehmerInnen sollen sich in dieser sensiblen

Phase des Aufbaus auf die Umsetzung seiner Vision fokussieren, wir begleiten und unterstützen dort - und nur dort - wo es für die positive Entwicklung des Start-ups wirklich Sinn macht. Ein weiterer wesentli-

cher Erfolgsfaktor für fast alle unsere Start-ups ist der frühzeitige Kontakt zu Markt und Industrie. Dabei konnten wir in den letzten Jahren bereits vielfach auf die Unterstützung des SENAT DER WIRTSCHAFT zurückgreifen. Die Herausforderung dabei ist, die zielgerichtete Zusammenführung von Mittelstandunternehmen mit den Start-ups. Um diesen Informationsaustausch bereits in einer möglichst frühen Phase zu beginnen, haben wir den SENAT als



Der Beirat des accent-Gründerservice.





fixes Mitglied unseres Vergabebeirats bestellt. Vor diesem Beirat präsentieren die KandidatInnen ihre Idee und die Beiratsmitglieder bestimmen, welches der vorgestellten Projekte in das 18-monatige accent-Betreuungsprogramm aufgenommen wird. Hans Harrer führt den Vorsitz dieses Gremiums, in das er mit seinem Input und Unterstützung einen unglaublichen Entrepreneurship-Spirit in diese Sitzungen einbringt!

Gleichzeitig können wir die Vermittlung von potentiellen Kooperationspartnern aus dem großen Pool der SenatorInnen anbieten und können bereits viele Beispiele anführen, wo sich durch ein solches Matching eine „win-win“ Situation sowohl für die Unternehmen, als auch vor allem für die Start-ups, ergeben hat.

Die meisten accent-Start-ups kommen aus den großen wissenschaftlichen Institutionen in und um Wien und tragen den Wunsch einer Umsetzung ihres Produktes im Rahmen eines Unternehmens schon sehr lange mit sich herum. Die Technologien, die in unseren Universitäten, Fachhochschulen und Forschungszentren entwickelt werden, brauchen sich auch im internationalen Umfeld absolut nicht verstecken. Im Gegenteil! Hier schlummern sehr viele Perlen, die noch gehoben werden können. Eine Herausforderung ist oftmals die noch bestehende Kluft zwischen dem Elfenbeinturm der Forschung und der profitorientierten Wirtschaft. Hier Brücken in Richtung Umsetzung zu bauen, ist eine der Haupt-Triebfedern des accent-Teams.

Ziel ist es nicht, schnelle Exits zu generieren, sondern nachhaltige Technologieführer im Aufbau zu unterstützen.

Neben Kooperationen mit den wichtigen nationalen Innovationstreibern, wie AIT, BOKU, vetmed, den FH's in NÖ sowie zahlreichen Kompetenzzentren, konnten auch wichtige internationale Partner wie das CERN oder die Berkeley University gewonnen werden. All diese Institutionen sind sowohl potentielle Quellen für spannende Start-ups, als auch hochprofessionelle Know-how-Lieferanten zum Technologietransfer für bestehende accent Start-ups.

Am meisten freuen wir uns aber über die Erfolge unserer GründerInnen und möchten daher beispielhaft einige vor den Vorhang bitten.



LineMetrics

Das Produkt LineMetrics ist eine sehr einfach zu benutzende Cloud-Plattform, die Unternehmen dabei unterstützt, sich auf Basis von Sensordaten laufend zu optimieren. Das gleichnamige Unternehmen ist Innovationsführer im Bereich der einfachen Sensordatenerfassung. Das 2012 in Österreich gegründete Unternehmen nutzt Technologien des „Internet of Things“, um ein modernes

Geschäftsmodell im B2B-Markt zu etablieren. Durch das einzigartige Gesamtkonzept werden vor allem dem Mittelstand erstmals Informationen automatisiert zugänglich gemacht, die bisher nur großen Unternehmen vorbehalten waren. Die ersten Schritte der LineMetrics GmbH wurden zusammen mit dem accent bewältigt. Die Plattform wird von seinen Anwendern hauptsächlich in den Bereichen Energieeffizienz, Asset- und Remote-Monitoring und Produktionsoptimierung eingesetzt. Als Cyber-phisiches System der Industrie 4.0 wurde das Produkt mehrfach national und international als bedeutende Innovation ausgezeichnet.



TERRAM

Das Start-up Terram entwickelt einen aus mehreren Schichten bestehenden Stallboden, z. B. für Pferdeboxen, welcher direkt in der Box eingebaut wird. Durch diesen neuartigen Boden kommt es zur unmittelbaren Trennung des Pferdeurins von der Einstreu, das den Effekt hat, dass diese trocken bleibt. Es muss weniger oft eingestreut werden. Dadurch reduziert sich der Materialbedarf und spart dem Stallbetreiber enorme Kosten. Stechender Ammoniakgeruch, bakterielle Kontaminierung, Gerbsäure, Atemwegserkrankungen, Staubbelaustung, etc.: Die Liste der Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier ist lang. Am Anfang schien es fast unmöglich, all diese Gefahren zu eliminieren. Statt Symptome zu bekämpfen, haben wir an der Ursache angesetzt. Die unmittelbare Ableitung des Urins, welches zu einem sauberen und hygienischen Umfeld führt, aber kaum mehr Aufwand beim Ausmistern bedeutet und massiv Kosten und Mist reduziert, machen TERRAM zur All-in-one-Lösung in der Pferdehaltung. Ein neuer Standard in Sachen Hygiene und Gesundheit entsteht.



ENPULSION

ENPULSION

Das Spinn-off Enpulsion baut und vertreibt elektrische Ionenantriebssysteme („FEEP Thruster“) für Micro- und Nanosatelliten. Die grundlegende Technologie dieser „IFM Nano Thruster“ auf Basis von ungiftigem Indium-Treibstoff, wurde von der Fotec GmbH in einem Forschungsprojekt mit der ESA zusammen entwickelt und getestet. Anschließend wurde dieser mN-FEEP-Antrieb umgebaut, sodass der gleiche Antrieb weniger Platz verbraucht und dadurch auch für das CUBESAT-Design (Satelliten der Größe 10x10x10 cm und ganzzahlige Vielfache davon) geeignet ist, was für diese Technologie ein neues Anwendungsgebiet ermöglicht und in das nun vorliegende Produkt mündete. Für viele Satelliten wurden in der Vergangenheit individuell gefertigte Antriebe verwendet. In Zukunft sollen Einsparungen durch Serienfertigungen, wie in diesem Fall, ermöglicht werden.



eFRIENDS

Die eFRIENDS energy GmbH wurde 2015 mit dem Ziel gegründet, ein einzigartiges Konzept auf den Energiemarkt zu bringen und damit den erneuerbaren Energien zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen. „Unser Strom“ ist der Schlüssel zu dieser neuen Energiezukunft. „Strom tauschen und sofort profitieren“ bedeutet: Verbinden Sie sich mit Freunden, Bekannten, Verwandten - mit wem auch immer - und beziehen, erzeugen und teilen Sie 100% reine Sonnenenergie im eigenen, selbstbestimmten Energienetz! Um die oben skizzierte Lösung realisieren zu können, tritt eFRIENDS energy vorerst als Stromanbieter am österreichischen Markt auf. Das bedeutet, KundInnen vollziehen einen Energieanbieterwechsel, bekommen umgehend die eFRIENDS energy-Lösung installiert und können dann sofort beginnen, das eigene Energienetz mit eFRIENDS aufzubauen.

Social Business-Start-ups

Neben der Unterstützung unserer Start-ups ist und war ein wichtiges Merkmal des accent, immer nach Möglichkeiten zu suchen, die auch über den Tellerrand einer klassischen Förderinstitution hinausgehen. Dazu zählt unter anderem auch unser Engagement beim Thema Social Business. Oft ist es ein Kampf gegen Windmühlen, denn Fokussierung auf rein profitmaximierende und wachstumsorientierte Ziele für ein Start-up sind natürlich überaus wichtig, aber

vielleicht in der Zukunft nicht ausreichend. Eine Werteverziehung in Richtung Social Impact als integriertes Ziel eines jungen innovativen Unternehmens, macht aus unserer Sicht großen Sinn! Der Anstoß zu unserer Initiative kam von der AWS, die ebenfalls sehr engagiert für das Thema Social Business brennt. Aussagen von InvestorInnen wie z. B. „ach das sind ja die Projekte, die kein Geld verdienen“ zeigen, dass hier noch ein langer Weg zu gehen ist. Das accent

konnte bereits 2011 Fördermittel für Social Business-Projekte einsetzen und damit einen wichtigen Impuls in diesem Bereich setzen. Das SEF-Social Entrepreneurship Forum des SENAT DER WIRTSCHAFT ist daher eine sehr wichtige und sehr erfolgreiche Maßnahme. Unser erstes Social Business-Projekt, „Talentify“, mit seinem engagierten Gründer Bernhard Hofer, mittlerweile auch Ashoka Fellow, zeigt welches Potential in diesem Bereich steckt. ►



TALENTIFY

Mit einer Online-Plattform will talentify Bildungschancen schwächerer Schüler verbessern, indem diese dort günstig Lernhilfe von älteren, stärkeren SchülerInnen erhalten können. Auf talentify.me dürfen Schüler für eine Nachhilfe-Stunde höchstens zehn Euro verlangen. Die Idee hatte Unternehmensgründer Bernhard Hofer bereits in seiner Schulzeit. Dem damaligen HTL-Schüler sei vor

fast 15 Jahren bewusst geworden, dass „ab der zweiten, dritten Klasse HTL eigentlich nur mehr Kinder aus bildungsaffinen Schichten saßen“. Als Antwort darauf habe man dann ein „Social-Buddy“-System entwickelt, wo ältere Schüler vor allem gefährdeten Jüngeren als Lern- und AnsprechpartnerInnen zur Verfügung standen. Dadurch wurden die Dropout-Raten reduziert. Vom gemeinsamen Lernen profitieren im besten Fall beide Seiten: Die privilegierteren, älteren SchülerInnen kommen auf diese Weise mit Menschen zusammen, die sie in ihrem Umfeld vielleicht nie kennengelernt hätten, was ihnen dabei hilft, die Sozialkompetenz und Kommunikationsfähigkeit zu verbessern.



DORFPLATZ

Das Projekt „Dorfplatz“ ist ein sozio-ökonomisches Zentrum für kooperatives Arbeiten, Lernen und Leben. Seit 2015 gestaltet das Projekt aus einem alten Gestüt in St. Andrä-Wördern, einen „Dorfplatz“. Das ist eine moderne Version eines oft verloren gegangenen Bildes: Ein realer Treffpunkt, denn hier trifft Alt auf Jung, Handwerk auf Dienstleistung, Foodcoop auf Flüchtlinge, Koch-

begeisterung auf eine Vereinsküche. Hier können Ideen umgesetzt, Betriebe eröffnet, Projekte gestaltet und einfach wertvolle Zeit miteinander verbracht werden. Gemeinsam entsteht hier damit ein Treffpunkt für verschiedene Schichten, Ideen und Zugänge – und so entwickelt sich ein soziales Gefüge, das Kooperation, Vernetzung und soziales Engagement ermöglicht.

Wo sehen wir noch Optimierungspotentiale?

Kultur der Unterstützung beim Wiederaufstehen:

Oft wird in den Medien die mangelnde „Kultur des Scheiterns“ bei Start-ups, aber auch bei kleinen und mittelständischen Betrieben bemängelt. Gemeint ist damit der Umstand, dass UnternehmerInnen, wenn ihr Betrieb - aus welchen Gründen auch immer - keine tragfähige Basis mehr hat und schließen muss, sich sehr schwer tun, etwas Neues zu beginnen. Banken sowie langjährige Partner und Wegbegleiter stehen dem Unternehmer sehr zurückhaltend gegenüber und erschweren dadurch einen Neustart. Bei vielen Förderungen wird sogar die Unterstützung eines vorab in Konkurs gegangenen Unternehmers dezidiert ausgeschlossen. Das sogenannte Scheitern passiert vor allem

in der Frühphase, also im klassischen Start-up Bereich, besonders häufig, da viele Unbekannte (technisches Risiko, Markt, Managementteam, dünne finanzielle Decke usw.) gleichzeitig zusammenkommen.

Immer wieder kommen die Jungunternehmer völlig zerknirscht und mit schlechtem Gewissen zu uns, um uns darüber zu informieren, dass sie beschlossen haben das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Aus unserer Sicht müssen wir eine „Kultur des Wiederaufstehens“ entwickeln und die Unternehmer in vollem Umfang bei der Umsetzung einer neuen Idee - mit den Erfahrungen aus dem ersten Scheitern - unterstützen. Wir im accent committen uns dazu, dem Unternehmer immer auch eine zweite

Chance zu geben. Niemand schließt sein Unternehmen ohne triftigen Grund und ein solcher Prozess ist immer schmerhaft! Aber es ist immer auch eine Lernerfahrung, die einen persönlich und beruflich weiterbringt, auch wenn man sich diese Situation in dem Moment nicht wünscht. Ein Unternehmen zu schließen ist aus unserer Sicht kein Scheitern. Es kann sogar die Basis für etwas viel Tragfähigeres in der Zukunft sein!

Abbau der Bürokratie und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen:

Aus Sicht von accent stellt sich die Frage, ob Veränderungen im Gründungsprozess in Österreich notwendig sind, um die Zahl der Gründer



dungen im High-Tech Bereich zu steigern, oder gibt es in der aktuellen GründerInnen-Szene schon optimale Rahmenbedingungen? Finden wir in unserem Land unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen vor? Wir wollen hier ein paar Aspekte anreißen, die für eine aktive Diskussion notwendig sind, um Veränderungen auch in weiterer Folge möglich zu machen.

Formerfordernisse beim Gründungsprozess und Unternehmensänderungen:

Dabei geht es um die österreichischen Strukturen, wie Kosten und Dauer des Gründungsprozesses. Auf der einen Seite sollte dieser aufwändige Prozess keine GründerInnen von der Umsetzung der Idee abhalten, da sicher noch weitaus größere Hürden im Laufe der Startphase auf

die Jungunternehmer zukommen werden. Auf der anderen Seite können diese Rahmenbedingungen auch internationale FTI Gründungen hemmen, da diese komplizierten Erfordernisse für internationale InvestorInnen nur schwer verständlich sind. Für UnternehmerInnen treffen notarielle Formerfordernisse, wie bei Übertragung von Anteilen, Bestellung von GeschäftsführerInnen, Firmenbucheintragung, Standortwechsel etc. oft auf Unverständnis.

Gesellschaftssform:

Die Formerfordernisse der GmbH sind ein Hemmnis und unter Umständen sogar ein Hindernis, bei der Suche nach internationalen InvestorInnen. Die Rechtsform einer GmbH ist eigentlich nur im deutschsprachigen Raum bekannt. Die Vorteile der beschränkten Haftung und die Höhe

der Stammeinlage ist für InvestoRInnen verständlich oft schwer. Der immer wieder angeführte Aspekt des Vermittelns der Ernsthaftigkeit einer Unternehmensgründung durch den Gründungsprozess einer GmbH, spiegelt sich in der „Überlebensrate“ von Start-ups im Vergleich Europa - USA ganz deutlich wieder. Das accent hat eine Überlebensrate seiner inkubierten Projekte von 90%, was einerseits auf den hohen Qualitätsanspruch im Auswahlprozess und auch auf die individuelle Betreuung der Projekte erklärbar ist. Stellt man diese Zahl aber in den USA vor, so führt das in erster Line zu Kopfschütteln beim Publikum. Im amerikanischen Raum gilt der Grundsatz: Mach erst deine Fehler mit ein bis zwei Start-up-Versuchen und bei deinem dritten Start-up werde ich dann in dein Unternehmen investieren.

Startup geht nachhaltig!

Start-ups und das ganze Start-up-Öko-System ist ständigen Schwankungen und Veränderungen ausgesetzt. Aus unserer Sicht ist es bei der Betreuung von Start-ups einerseits sehr wichtig, flexibel und schnell auf die aktuellen Bedürfnisse des Unternehmens einzugehen, gleichzeitig aber auch eine gewisse strategische Kontinuität ein-

zubringen, die im Zuge der unternehmerischen Hektik oft verloren geht. Unsere Projektmanager versuchen laufend, diese beiden Coaching-Ansätze im Sinne einer erfolgreichen Projektentwicklung zu vereinen und bringen neben Engagement, auch ein gehöriges Maß an (Lebens-) Erfahrung mit. Unser Ansatz hat sich

bewährt und wird von den GründerInnen sehr geschätzt. Wir freuen uns daher auf viele neue, spannende Gründungsideen, denen wir bei den ersten Schritten ins UnternehmerInnenleben unterstützend zur Seite stehen können!



**Dr. Thomas Nennadal, MBA und
Mag. Michael Moll**

bilden die Geschäftsführung des accent Gründerservice. Diese GmbH ist im Eigentum der tecnet equity NÖ Technologiebeteiligungs-Invest GmbH, der RIZ Niederösterreichs Gründeragentur GmbH, der Donau Universität Krems und der NÖ Forschungs- und BildungsgmbH mit dem Zweck, Entrepreneurship noch stärker in der attraktiven Zielgruppe der FH- StudentInnen zu positionieren sowie die besten Gründungsideen zu finden und gemeinsam erfolgreich umzusetzen. Das accent Gründerservice ist Mitglied im SENAT DER WIRTSCHAFT.





Miroslav Drmesic / Baumeister, DRMI Bau GmbH

MEINE MIGRATION UND UNTERNEHMENSGRÜNDUNG

Für mich lief Ende der 1980er-Jahre alles bestens. Aus Bosnien-Herzegowina war ich nach Wien gekommen, um als Kunsttischler zu arbeiten. Arbeit gab es reichlich. Meine Frau und Tochter waren in meiner Heimat geblieben, in die ich nach zwei Jahren mit dem verdienten Geld zurückkehrte, um eine Pizzeria und eine Videothek aufzubauen. Aber es sollte leider nicht so bleiben.

1992 wurde durch den Ausbruch des Krieges in Bosnien alles auf den Kopf gesteckt und ich musste mit meiner Familie nach Wien flüchten. Drei Tage und zwei Nächte waren wir unterwegs und kamen unversehrt in Wien an, aber sonst hatten wir alles verloren – auch unsere beiden Unternehmen. Willkommen geheißen wurden wir hier aber nicht. Da wir nichts hatten warf man uns vor, dass wir anderen auf der Tasche liegen und man sagte uns offen, dass die

Menschen vor uns Angst hätten. Mit Gelegenheitsarbeiten hielten wir uns über Wasser und ich nahm alle Arbeiten an, die ich bekommen konnte. Da ich handwerklich sehr geschickt bin, erlernte ich so das Fliesenlegen – hauptsächlich dadurch, dass ich Profis dabei zusah und mir merkte, wie das genau funktioniert. Die Wohnung – soweit man das, wo wir wohnten überhaupt so nennen kann – musste umfassend saniert werden, was ich alles selbst erledigte

und sie so bewohnbar machte. In weiterer Folge sanierte ich für jemand eine weitere Wohnung und durch die hohe Qualität der Arbeit, die ich erbringen konnte, folgten rasch weitere Aufträge.

So wurde ich zum Unternehmer. 1996 eröffnete ich meine Firma mit dem Schwerpunkt der Sanierung von Altbauten. Mittlerweile arbeite ich und meine über 30 MitarbeiterInnen permanent an ca. 700 bis 1.000 m² Wohnfläche.

Integrationsfaktoren

Warum Integration so schwer gelingt liegt aus meiner Sicht hauptsächlich daran, dass die Menschen nicht miteinander reden. Sie fliegen auf Urlaub in fremde Länder, aber haben noch nie mit ihren türkischen, kroatischen, serbischen oder bosnischen Nachbarn gesprochen. Dass man sich gegenseitig einlädt und so versucht,

den Anderen zu verstehen und seine Geschichte zu erfahren, ist nahezu undenkbar.

Sprachkenntnisse sind bei alledem das Um-und-auf. Erst wenn ich mit jemandem sprechen kann, kann ich beurteilen, ob mir jemand zu Gesicht steht. Durch die Sprache entsteht auch eine Bindung zum neuen

Zuhause. Meine Heimat z. B. ist Bosnien, weil ich dort geboren bin. Aber zu Hause fühle ich mich hier, in Österreich. Dazu gehört auch, dass man Dinge schätzen lernt, die besser sind als anderswo. In Österreich ist das z. B. die Ordnung. Viele Dinge funktionieren hier einfach besser als anderswo.

Unternehmerische Rahmenbedingungen

Was dringend verbessert gehört, sind die Bedingungen, unter denen man als Unternehmer hier arbeitet. Es gibt eine Menge von Gesetzen und Regularien, von denen sich wohl kaum jemand gefragt hat, ob man sie

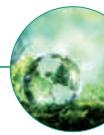
alle wirklich braucht. Vieles davon ist vollkommen unnötig – zumindest empfinde ich das so – und macht das Unternehmerleben noch schwieriger, als es ohnedies schon ist. Denn Unternehmertum ist ein eben-

falls wichtiger Integrationsfaktor. Integration ist für mich nämlich, wenn sich Menschen auf ihre neue Heimat einlassen und wenn diese Menschen auch entsprechend willkommen geheißen werden. 

Miroslav Drmesic

arbeitete in seiner Heimatstadt Vares (nahe Sarajewo) als Geldeintreiber für das örtliche Finanzamt. Ende der 1980er-Jahre kam er nach Wien, arbeitete als Kunsttischler und kehrte in die Heimat zurück, um eine Pizzeria und eine Videothek zu gründen. 1992 flüchtete er 32-jährig vor dem Krieg nach Österreich und verlor in seiner Heimat alles. Er gründete DRMI Bau, die bislang auch sechs Eigenprojekte mit ca. 100 Eigentumswohnungen errichtet hat. Er ist mit seinem Unternehmen Mitglied im SENAT DER WIRTSCHAFT.





Markus Kreisel | CEO Vertrieb & Marketing, Kreisel Electric

BEST-PRACTICE KREISEL ELECTRIC: ALLE FACETTEN DER ELEKTROMOBILITÄT

EIN UNTERNEHMEN AUF KRÄFTIGEM WACHSTUMSKURS

Kreisel Electric, ein Mitgliedsunternehmen des SENAT DER WIRTSCHAFT, drückt weiter aufs Tempo, um die Elektromobilität in all ihren Facetten – vom Go-Kart bis zum Stratosphären-Flugzeug – mit der einzigartig leistungsfähigen Batterietechnologie voranzutreiben. Zur Bewältigung des raschen Wachstums stockte das Cleantech-Unternehmen massiv auf. Neben fachlich-personeller Kapazitäten wurde eine neue Fabrik mit einer Kapazität von 1.200.000 Kilowattstunden geschaffen.

Die drei Kreisel-Brüder haben sich einerseits als einer der wenigen europäischen Batteriehersteller für mobile und stationäre Stromspeicher und andererseits als enger Partner für die spannendsten Elektromobilitäts-Projekte weltweit etabliert. Im Zentrum stehen dabei die herausragenden Eigenschaften der Kreisel-Batterietechnologie im Hinblick auf die Leistungsdichte, aber auch auf die kompakte Bauweise, die vorteilhaften Ladezeiten, die hohe Sicherheit, das

innovative Thermomanagement und die hohe, garantierte Lebensdauer.

Der Automobilzulieferer Magna präsentierte beispielsweise einen Leichtbaurahmen für elektrisch angetriebene LKWs. Der innovative Rahmen V4.0 ist um 35 Prozent leichter als herkömmliche Rahmen und gleicht so das Zusatzgewicht des Akkus im Vergleich zu LKWs mit Verbrennungsmotoren aus.

Damit können Hersteller von Nutz-

fahrzeugen das maximale Ladevolumen erhalten, ohne auf innovative Antriebslösungen zu verzichten – ein klarer Vorteil für Transport- und Logistikunternehmen. Der neue Leichtbaurahmen bietet einen Schutzraum für die fahrzeugseitige Installation von Elektromotoren und für ein bis drei modulare Akkupacks – diese werden im Rahmen einer Kooperation von Kreisel Electric geliefert.





Kreisel-Batterietechnologie in die Stratosphäre

Zu den beeindruckenden Elektromobilitäts-Projekten zählt zweifelsohne das Flugzeug „StratosSolar“, das erstmals eine Person im Raumanzug auf die Rekordhöhe von bis zu 25.000 Meter bringen wird. Zum Projekt des Abenteurers und Solar-Pioniers Raphaël Domjan tragen die leichtgewichtigen Akkus (4,1 Kilogramm je Kilowattstunde) von Kreisel Electric entscheidend bei: Denn gerade im Weltraum zählt jedes Gramm Gewicht. „Die Herausforderung besteht darin, die Akkus fit zu machen für die besonderen Bedingungen in 25

Kilometer Höhe: Minus 70 Grad und extrem niedrige Druck“, sagt Kreisel-CTO Philipp Kreisel. Dazu trägt besonders das Thermo-Management bei: Einzigartig ist, dass die Zellen direkt von einer Flüssigkeit umspült werden, die innerhalb des Akkus zirkuliert.

Auf den Rekordflug vorbereitet wird der Abenteurer in einem Hangar auf dem Payerne Airport Aeropole im Schweizer Kanton Vaud - dort werden in einem Flugsimulator Start, Landung und Notfälle trainiert.

Entwickelt wurden Simulator und Solarflugzeug vom bayerischen Unternehmen PC-Aero. Domjan hatte es als Erster geschafft, die Welt mit einem Solarschiff zu umrunden. Auf die Idee, im nächsten Schritt als erster Mensch mit einem Flugzeug in die Stratosphäre zu fliegen, kam Domjan während der Fahrt mit dem Solar-Katamaran. Mit SolarStratos möchte Domjan im Jahr 2018 15 Minuten in der Stratosphäre fliegen. Der Aufstieg soll zwei und der Abstieg drei Stunden dauern.

eMobility-Herausforderungen werden durch Innovation gelöst

In den Medien werden die angebliechen Problematiken der Elektro-Mobilität immer wieder thematisiert. Es wird jedoch dramatisch unterschätzt, wie schnell innovative Unternehmen diese Herausforderungen anpacken. Hier ein Beispiel von Kreisel Electric: Die aktive Kühlung und Heizung der Akkus über ein flüssiges Medium.

Durch das patentierte Kreisel Electric Thermo-Management wird jede Zelle mit Flüssigkeit umspült. Das Einbauvolumen wird dadurch nicht verändert und die Sicherheit der Batterie sogar weiter erhöht. Die chemisch unbedenkliche Flüssigkeit leitet keinen Strom, wirkt brandhemmend und hält alle Zellen bei konstanten Temperaturen zwischen 25° und 29° Grad, gleichgültig ob die Batterie gerade geladen oder entladen wird. Daraus resultiert vor allem eine bessere

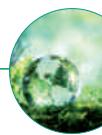
Reichweite an heißen Sommertagen oder in kalten Wintern - gleichzeitig erhöht sich die Lebensdauer der Zellen deutlich.

Durch das patentierte Kreisel Electric Thermo-Management der neuen High Performance Batterie kommt es bei Schnellladungen jenseits der 50 kW-Grenze zu keiner nennenswerten Erhöhung der Zelltemperatur. Bei herkömmlichen Schnell-Ladesystemen wird häufig bereits nach zehn Minuten Ladezeit die Stromstärke reduziert, um Überhitzungen zu vermeiden. Bei den neuen Kreisel-Batterien ist die Limitierung aufgrund von Zelltemperaturen nicht notwendig, da jede Zelle einzeln gekühlt wird und über den gesamten Ladezeitraum im „Temperatur-Wohlfühlbereich“ bleibt. Durch diese Technologie bleibt auch die Ladeleistung bis

zum Erreichen der erlaubten maximalen Zellenspannung konstant und es ist erstmals eine Ultra-Schnellladung mit Gleichstrom mit bis zu 235 kW Ladeleistung möglich. Dadurch kann z.B. ein 85 kWh-Akku in nur 18 Minuten auf 80% SOC aufgeladen werden, womit dem Elektroauto-Fahrer ca. 300 km Reichweite konkurrenzlos schnell zur Verfügung stehen (Vollladen auf 100% SOC in 28 min).

„Sichere Reichweite von min. 200 km und Schnellladen ist für einen schnellen Durchbruch der Elektromobilität erforderlich. Superschnelles Laden ist für uns kein 5 Jahres-Projekt, diese Technologie ist für uns Stand der Dinge. Fast jeder kann sich eine Idee ausdenken - was wirklich zählt ist die Umsetzung eines Produktes.“, meint Phillip Kreisel dazu.





Innovation braucht das ideale Umfeld

Das neue Forschungs- und Entwicklungszentrum unterstreicht die Technologieführerschaft des Unternehmens. Das Headquarter in Rainbach im Mühlkreis umfasst auf 7.000m² eine Prototypenwerkstatt und eine komplett automatisierte Fertigungsline für Kreisel Electric Batteriespeicher zur Ausstattung von PKW-, LKW-, Bus-, Boot- oder Flugzeug-Kleinserien sowie Speicherlösungen. Das neue Gebäude ermöglicht es dem Unternehmen, Lizzenzen zu vergeben sowie Kleinserien selbst zu fertigen und so die gestiegene Nachfrage weltweit zu bedienen. So will Kreisel Electric die Technologieführerschaft auf internationalem Niveau mit B2B-Kunden aus Europa, USA, Indien und Asien insgesamt weiter ausbauen und seine Position als globaler Anbieter von Stromspeicherlösungen stärken.

Das neue High-Tech Forschungs- und Entwicklungszentrum greift dabei auf eigens produzierten Strom zurück: Eine Photovoltaik-Anlage mit einer Leistung von 273 kWp, ein Bat-

teriespeicher mit 1248 kWh Kapazität, ein 17.000 Liter fassender Warmwasserspeicher sowie die Nutzung von Abwärme und Wärmepumpen helfen, die notwendige Energie zur Batteriefertigung selbst zu erzeugen und in das eigene Stromnetz einspielen zu können. Die Division Kreisel Systems zeichnet für die Planung und Umsetzung des gesamten Gebäudekonzepts verantwortlich.

Mit dem neuen Standort, an dem 2018 über 200 Mitarbeiter beschäftigt sein werden, will Kreisel Electric seinen Wachstumskurs beschleunigen und sein Geschäft im Bereich der E-Mobilität international ausweiten. „In Österreich haben wir den Grundstein gelegt. Von hier aus wollen wir nun mit unseren Lösungen die Kunden in aller Welt begeistern“, sagte Christian Schlägl, der für die strategische Entwicklung verantwortliche CEO bei Kreisel Electric.

Unterstützt wird Kreisel Electric künftig von dem in Los Angeles ansässigen Unternehmer und Rechtsan-

walt Patrick Knapp-Schwarzenegger, Neffe des ehemaligen kalifornischen Gouverneurs Arnold Schwarzenegger, der eine Gruppe strategischer Partner anführt, welche sich durch die US-Gesellschaft Clean Machine Inc. an Kreisel Electric beteiligt. Knapp-Schwarzenegger und seine Partner verfügen über ein weltweites Netzwerk in Politik und Wirtschaft, speziell in den USA, und werden mit ihrer Erfahrung eine führende Rolle bei den internationalen Expansionsplänen einnehmen.

„Technologien von Kreisel Electric gehört die Zukunft. Kalifornien hat es bereits vorgemacht: Mit erneuerbaren Technologien kann man Arbeitsplätze und Gewinne schaffen. Und das mit einem positiven Effekt auf die Umwelt. Unser Ziel ist es, Kreisel Electric zu einem globalen Marktführer der eMobility zu machen und ich freue mich auf eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem hervorragenden Kreisel-Electric-Team“, äußert sich Patrick Knapp-Schwarzenegger.

Markus Kreisel

Er ist der mittlere der drei Kreisel Brüder und war schon in frühen Jahren von der Idee beseelt, die Mobilität im Straßenverkehr effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten. Sein täglicher Anfahrtsweg zum elterlichen Betrieb durch eine schöne Naturlandschaft ließ bald Ambitionen heranreifen, die Emission so gering wie nur möglich zu halten, ohne auf Fahrspaß und Dynamik verzichten zu müssen. Bei Kreisel Electric ist Markus Kreisel für die Bereiche Vertrieb, Finanzen, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.





Dir. Dr. Gerhard Vitek / Direktor, Mozarthaus Vienna – ein Museum der Wien Holding

WAS NÜTZT DIE SPRACHE DER KULTUR, WENN SIE KEINER SPRICHT?

DIE SICHT EINES ENGAGIERTEN KULTUR-MANAGERS
AUF AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

Ein promovierter, kulturbefreiter Jurist verbindet seinen gelernten Beruf mit seiner Leidenschaft: Als Direktor des Mozarthaus Vienna, einem Museum der Wien Holding, kann Dir. Dr. Gerhard Vitek seine gesamten fachlichen Kompetenzen einbringen, um das kulturelle Erbe Mozarts zu bewahren, zu entwickeln und einer großen Schar von BesucherInnen zugänglich zu machen. Im Interview mit Jochen Ressel gibt er Einblick in seinen Zugang zur Bewältigung aktueller Herausforderungen.



Herr Dir. Vitek, Nikolaus Harnoncourt, einer der maßgeblichen Mozart-Interpreten der letzten Jahrzehnte, sagte bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele im Mozartjahr: Was nützt die Sprache der Kultur, wenn sie keiner mehr spricht. Sehen Sie das auch als Gefahr?

Kultur ist weder in der öffentlichen noch in der politischen Diskussion ein bestimmendes Thema – und das, obwohl unser Land ganz wesentlich von Kultur lebt, wie z. B. die Tourismuswirtschaft. Die in Wien und in unserem Österreich erlebbare Kunst und Kultur ist eine Visitenkarte für unser Land und unsere Stadt. Die Rahmenbedingungen, unter denen Kunst und Kultur möglich wird, spie-

geln diese Bedeutung jedoch nicht wider. Wir verfügen über Schätze, die stiefmütterlich behandelt werden, auch wenn EntscheiderInnen davon überzeugt sein mögen, dass ohnedies bereits unglaublich viel getan wird. Ich fordere in diesem Zusammenhang gerne auf, sich eine Frage selbst zu beantworten: Was wird im Jahr 2117, in 100 Jahren, von all dem bleiben, was wir 2017 geschaffen haben?

Wir kommen nicht umhin, zuzugeben, dass wir mit zeitgenössischer Kultur in unserem Land zu wenig wertschätzend umgehen. Heimische KünstlerInnen erfahren im Ausland oft ein Vielfaches an Wertschätzung. Insbesondere Musik kann verbinden, über alle Grenzen hinweg, sie ist die Sprache der gesamten Welt.



Unterliegen gerade Institutionen wie das Mozarthaus Vienna, das auch als Tourismusmagnet wirkt, vorwiegend wirtschaftlichen Betrachtungen?

Es ist im Grunde genommen eine einfache Rechnung: Jeder Euro, der in Kultur investiert wird, kommt um ein Vielfaches wirtschaftlich zurück. Das reicht aber oft nicht aus, um die Investmentwilligkeit merklich zu forcieren.

Was die wirtschaftlichen Parameter des Mozarthaus Vienna betrifft,

möchte ich zwei Aspekte hervorheben: Erstens verfügen wir über ein Thema mit großem Bekanntheitsgrad, aber wir haben in unserer Stadt viel Konkurrenz und es ist nicht einfach, sich in der Fülle von Kulturinstitutionen zu behaupten. Zweitens geht es uns ähnlich wie anderen Institutionen und Einrichtungen auch: Ein großer Teil des Budgets fließt in Perso-

nal und Infrastruktur. Damit wird der sehr erfolgreiche Museumsbetrieb im Haus aber erst dem Grunde nach ermöglicht. Der Spielraum für inhaltliche Arbeit ist eingeschränkt. Wir haben das Glück, mit der Wien Holding eine Eigentümerin zu haben, für die Kulturthemen einen großen Stellenwert besitzen.

Sind strukturelle Änderungen nötig, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen?

Nicht unbedingt. Ich sehe die Verantwortung hier auch bei uns selbst.

Wir sind es, die die Notwendigkeit haben, verschiedene Aufgaben nicht

nur wirtschaftlich, sondern auch im Sinne des Gemeinwohls darzustellen.



Wie bewerten Sie die Bedeutung Ihrer Tätigkeit für die Gesamtgesellschaft?

Das Mozarthaus Vienna ist nicht nur ein Platz, wo Kultur und Tourismus wertschöpfend zusammenfinden. Es geht hier um das Bewahren und Vermitteln des musikalischen Erbes Mozarts und seiner Ideale. So wie auch die Oper einem Aufklärungsanspruch folgt, so sollen unsere BesucherInnen auch motiviert werden zu reflektieren und nachzudenken, was all das, was Mozart ausmacht, für uns

heute, für unser Denken und Handeln, bedeutet.

Gerade bei Mozart ist es eine besondere Herausforderung, sich außer mit seinem gewaltigen musikalischen Wirken, auch mit seinem geistigen Umfeld und seiner Gedankenwelt auseinanderzusetzen. Mozart kam auch hierher, weil Wien neben Paris und London damals das Zentrum

der Aufklärung war. Hier passierte Zukunft und er wollte ein Teil davon sein. Er wusste um die Bedeutung von sozialen Netzwerken, die er selbst aufbaute, förderte und für sich nutzte. Er durchlebte auch große Krisen und wir erfahren, wie er damit umging und sie bewältigte. All das ist für uns heute von essentieller Wert und kann für das eigene Leben nutzbar gemacht werden. ►



Dieser Anspruch bringt eine große Verantwortung mit sich. Wie gehen Sie ganz persönlich damit um?

Es ist mein Anspruch, dass wir im Mozarthaus Vienna diesen einen Schritt mehr gehen - den Schritt, der grundsätzlich nicht erwartet oder gefordert wird. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dass oft nur mehr das getan wird, was gerade nötig ist, aber darüber hinaus wenige Ambitionen und Motivationen bestehen. Ein praktisches Beispiel: Aufgrund der Dokumentation über das Gebäu-

de haben wir historisch nicht korrekte bauliche Veränderungen bemerkt, und bemühen uns dem Zustand der Mozartzeit sorgfältig wieder näher zu kommen. Jetzt kann man sagen: „Deswegen kommt doch kein einziger Museumsbesucher zusätzlich ins Mozarthaus Vienna.“ Stimmt! Oder doch nicht? Die Summe dieser Kleinteile macht das gesamte Flair des Mozarthaus Vienna aus. Es stellt

sich also die Frage: Muss man sich um solche Kleinigkeiten nun kümmern, oder nicht? Ich meine: Ja, man muss! Denn das Mindeste zu tun, ist einfach nicht genug, um mit einem guten Gefühl in die Zukunft zu gehen. Das gilt für jedes Unternehmen und auch für die Gesamtgesellschaft.

Herzlichen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Jochen Ressel.



Im 4. Stock des Mozarthaus Vienna, Domgasse 5, 1010 Wien, entsteht eine Mozart-Business-Lounge, die von Unternehmen genutzt werden kann und im Frühjahr 2018 fertiggestellt sein wird. Da eine große Nachfrage nach dieser besonderen Location erwartet wird empfehlen wir:

INFORMIEREN SIE SICH SCHON JETZT ÜBER MÖGLICHKEITEN, WIE SIE ALS UNTERNEHMEN DIE BUSINESS-LOUNGE IM MOZARTHAUS VIENNA NUTZEN KÖNNEN.

Dir. Dr. Gerhard Vitek steht Ihnen für Auskünfte gerne zur Verfügung:
+43 1 512 17 91 oder
office@mozarthausvienna.at

Direktor Dr. Gehard Vitek

Nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften in Wien beginnt er zunächst im Projektmanagement des Konzerns Wien Holding GmbH, unter anderem in den Bereichen Entwicklung und Umsetzung von Initiativen zur Stärkung der Region Wien, mit Schwerpunkt Donauraumentwicklung und Gemeinwohlfunktionen im öffentlichen Dienst. Ab 2000 ist er vermehrt im Kultursektor des Konzerns mit Ausstellungs-, Shop- und Personalmanagement und insbesondere ab 2003 mit der Neupositionierung des „Figaro-Hauses“ in Wien für das Mozartjahr 2006 tätig. 2004 übernahm er die Funktion des geschäftsführenden Direktors der zu diesem Zweck neu gegründeten MOZARTHAUS VIENNA Errichtungs- und Betriebs GmbH. Das Mozarthaus Vienna ist ein Museum der Wien Holding und erfreut sich seit 9 Jahren stetig steigender BesucherInnenzahlen. Bis Jahresende werden über 180.000 Menschen diese Kulturstätte besucht haben. Das Mozarthaus Vienna ist Mitglied des SENAT DER WIRTSCHAFT.



Fotocredit: © PHOTO SIMONIS Wien



Dipl.-Pol. Anja Linhart / Vorstand, Kultur für Kinder

Golli Marboe / Filmproduzent, Obman VsUM

EIN ÖFFENTLICH-RECHTLICHER TV-SENDER FÜR KINDER MUSS HER!

WIE IM ZUGE EINER ORF-REFORM DER BILDUNGSAUFTAG
WAHRGENOMMEN WERDEN MUSS.



Ende der 90er Jahre, gab es die Teletubbies im Fernsehen und Eltern parkten ihre kleinen Kinder und Babys vor den „Winke-Winke“-Püppchen Tinky-Winky, Laa-Laa, Dipsy und Po vor dem Fernseher. Dieses „Staunfernsehen“ in Babysprache mit seinen ständigen Wiederholungen war gemacht für Kinder bis fünf Jahre, fasizierte und beeinflusste sie und war in gewisser Weise ein Vorreiter für früheste Kinder-Unterhaltung. Heute sind die zweijährigen im Kinderwagen bereits am Tablet oder Smartphone und bedienen es teilweise professioneller, als so mancher Erwachsene. Wie hängt diese Entwicklung mit dem Bildungsauftrag öffentlich-rechtlicher Fernsehanstalten, wie dem ORF, zusammen?

Der US-Psychologe Jim Taylor warnt bereits vor dem sogenannten „iPhone-Syndrom“: Wenn Eltern ihren gelangweilten Kindern ihr Smartphone zustecken, um sie zu beruhigen, lernen sie schnell, dass sie, wenn sie quengeln, unterhalten werden – und nicht, geduldig sein müssen oder gar aus der Langeweile heraus mit eigenen Ideen etwas zu machen. Spiele und Ideen entstehen jedoch oft aus Langeweile. Man hört und liest allenthalben, wie problematisch es sei,

dass unsere Kinder den ganzen Tag am Handy in sozialen Medien, oder bei internationalen Serien vor dem Bildschirm zu finden sind. Aber wir bieten den Kindern ja kaum noch öffentlich rechtlichen Content aus Österreich an!

Wir alle nutzen heute Medien in den unterschiedlichsten Formen mehrmals täglich – teils bewusst, teils unbewusst. Und auch die meisten Kinder wachsen in einer Umgebung auf, in

der sie mit Medien selbstverständlich umgehen. Begrenzen lässt sich dieser Medienkonsum schwerlich. Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Umgang mit Medien bereits in den Schulen gelehrt wird und die Medien, die von den Kindern genutzt werden, inhaltlich gute Programme bieten. Was wir brauchen, ist eine altersgerechte Mediennutzung für Kinder, ohne Werbung und mit wertvollen Inhalten – sprich einen öffentlich rechtlichen Kinderkanal! ▶



Auswirkungen von Medienkonsum bei Kindern

Unzählige Studien sagen ganz klar, dass Kinder, die zu viel fernsehen, Probleme beim Lernen, Schlafen, in ihrer Sprachentwicklung und in ihrem Verhalten bekommen können. Je mehr Fernsehen pro Tag, desto schlechter. Es ist aber die Realität, dass bis zum Alter von 10 Jahren das Fernsehen bei Kindern immer noch das Leitmedium ist. Erst nach dem Volksschulalter gewinnt das Internet rasant an Bedeutung. Ein TV-Sender hat die einzige Chance, Kompe-

tenz insbesondere für den Konsum von neuen Medien zu vermitteln. 11 % der Kinder in der Altersgruppe bis 13 Jahre kommen im Internet bereits mit Gewalt und Pornografie in Kontakt und empfinden das als unangenehm. (Quelle: KIM-Studie 2016 <https://www.mfps.de/studien/kim-studie/2016/>)

Fernsehen ist das erste Medium, das Kinder zur Entwicklung ihrer Identität verwenden. Sie suchen nach ei-

nem Programm, das ihnen geeignet erscheint und das Bezug zu ihrer eigenen Lebenswelt hat. Es braucht dazu einen verlässlichen Ort, an dem sie dieses Programm finden. Ein Kinderprogramm zu sehr eingeschränkten Zeiten, das außerdem sehr häufig auch noch Sportübertragungen zum Opfer fällt, bietet diese Verlässlichkeit nicht – das kann nur ein eigener TV-Kanal.

Der internationale Vergleich zeigt: Österreich hinkt hinterher!

Kinderfernsehen gibt es ja schon überall: Im deutschsprachigen Raum allein gibt es um die 15 verschiedene Sender. Manche davon mit Programm rund um die Uhr – und Werbung. Die BBC investiert 6 % ihrer Mittel für Kinderprogramme, der ORF lediglich 0,6%. Hier sollte es dringend ein Umdenken und eine Umschichtung der ORF-Mittel geben. Wäre es nicht mehr als angebracht, dass nach ORF III und ORF Sport+ im Zuge einer nächsten Überarbeitung des ORF Gesetztes ein eigener linearer Sender (und eine Plattform im Internet) für Kinder und deren Eltern mit gewalt- und werbefreien Angeboten geschaffen wird?

Der deutsche Sender KiKA (von ARD und ZDF) behauptet sich mit Identität und Verlässlichkeit als

Marktführer gegenüber seinen Riesenkonkurrenten von Super RTL und Disney. Ein eigener österreichischer Kinderkanal, eben so wie der deutsche KiKA, wäre daher eine gute Alternative, vor allem für sechs- bis elf-Jährige: Keine Werbung, altersgerechte Programme mit Unterhaltung, Bildung und Information.

Derzeit sind lediglich rund 20 Stunden pro Woche Kinderprogramm auf ORF zu sehen. Weniger als 1 % des Gesamtbudgets fließen in Programme für diese Zielgruppe. Die BBC leistet sich im Gegensatz dazu sogar zwei ganze Sender für die Zielgruppe der Kinder bis 13 Jahre – für 6 % ihres TV-Budgets. Aber auch mit Österreich vergleichbar große Länder, wie Tschechien, Schweden oder Belgien, bieten eigene TV-Kanäle für

Kinder an. Derzeit gibt es in Europa folgende Kindersender von öffentlich-rechtlichen TV-Anstalten (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- VRT, Belgien (Ketnet)
- BBC, Großbritannien (CBBC, CBeebies)
- RAI, Italien (Rai Gulp, Rai YoYo)
- ARD und ZDF, Deutschland (KiKA)
- CT, Tschechien (CT: D)
- SVT, Schweden (Barnkanalen)
- DR, Dänemark (DR Ramasjang, DR Ultra)
- NRK, Norwegen (NRK Super)
- NPO, Niederlande (NPO Zap-pelin)
- TVE, Spanien (Clan)

Quellen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kinderfernsehsender> und Studie "Media Ownership - Children's TV channels in Europe" der European Audvisual Observatory des Europarats, Link: <https://goo.gl/ygkT7a>

Die Verantwortung des ORF

Mit einem eigenen Kinderkanal könnte der ORF österreichische Identität in der wichtigsten Phase der Entwicklung von Menschen fördern, würde damit außerdem alle Altersgruppen der Bevölkerung in ausgewogenerer Relation abbilden und seine Unverwechselbarkeit gegenüber anderen TV-Sternen stärken. Das entspräche dann auch seinem gesetzlichen Auftrag. Außerdem sind Kinder sind die TV-Zuschauer von morgen. Der

ORF kann in der Phase, in der das Fernsehen das Leitmedium ist, eine nachhaltige Bindung schaffen und gleichzeitig Gewissheit für Eltern bieten, die sichergehen wollen, dass ihre Kinder pädagogisch wertvolles Programm konsumieren. Eine grundlegende Verantwortung muss allerdings im Bewusstsein von uns allen verankert werden: Mehr Raum für Kreativität mit Kindern ist notwendig, auch wenn das oftmals Arbeit bedeutet. Leider passiert diese Kulturarbeit viel

zu selten zu Hause und in der Schule. Freies Spielen fördert Kleinkinder auf jeden Fall auf optimale Weise und diesen gesellschaftlichen Bildungsauftrag kann Eltern und Lehrkräften kein TV-Sender abnehmen. Ein verantwortungsvoll gestaltetes Programm eines öffentlich-rechtlichen TV-Kinderkanals kann dabei jedoch wesentliche Unterstützung leisten! 



BILDUNG

Dipl.-Pol. Anja Linhart

studierte Politikwissenschaften an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität und arbeitete in Folge als Journalistin und Redakteurin in Deutschland bei Radio und Fernsehen. Seit 2008 ist sie in Wien tätig, u.a. beim Wiener Kindertheater, der Bildungsinitiative „Schule für das Leben“, sowie als Mitglied bei Neustart Schule (IV).
2015 gründete sie mit Mag. Monika Jeschko den Verein „Kultur für Kinder“, dessen stellvertretende Vorsitzende sie als Mitglied des Vorstands ist.



Golli Marboe

war über zwanzig Jahre TV und Filmproduzent von vielen hundert Dokumentationen. Inzwischen arbeitet er als freier Journalist, unterrichtet an etlichen Hochschulen zu Medien und Journalismus. Im Jahr 2016 gründete er VsUM, den Verein zur Förderung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien (vsum.tv)

Fotocredit: © hummel-berger



ÖKOSOZIALER WOHNBAU - EIN KONZEPT FÜR DIE ZUKUNFT

**Umweltcenter
Raiffeisenbank Gunskirchen**

Das Umweltcenter der Raiffeisenbank Gunskirchen finanziert mit dem gemeinnützigen Verein B.R.O.T. ein **generationsübergreifendes Wohnprojekt** in Pressbaum.

Gesellschaftliche Veränderungen verlangen neue sowie nachhaltige Wohnkonzepte für alle Generationen. Das

ziert nachhaltige Projekte und hat bisher 22,9 Mio. Euro investiert. „Das Gemeinschaftswohnprojekt in Pressbaum ist ein innovatives Projekt und ermöglicht das Leben in einer vielfältigen Gemeinschaft. Es erfüllt höchste ökologische Qualitätsstandards. So kann nachhaltiges Wohnen in der Zukunft aussehen“ erklärt Dr. Hubert Pupeter, Geschäftsleiter der Raiffeisenbank Gunskirchen.

Generationsübergreifendes Wohnen
Auf rund 14.000 m² wird das neue generationsübergreifende Wohnprojekt in Pressbaum (NÖ) gebaut. Die elf Häuser mit flexibel nutzbaren Gemeinschafts- und Kinderspielräumen realisieren ein ökosoziales Gemeinschaftswohnprojekt für Jung und Alt. Neben der sozialen Komponente, ist den Beteiligten ein ökologischer Baustil wichtig. Dabei werden die Häuser als Holzriegelbau

errichtet. Ein eigenes Biomasse-Nahwärmenetz sorgt für die Heizenergie und Warmwasserversorgung, eine PV-Anlage wird realisiert und ein modernes Mobilitätskonzept wird umgesetzt. „Das Wohnprojekt wird ressourcenschonend und energieeffizient erbaut. Die Errichtung der Wohnhäuser in hochwertiger Bau- und Wohnqualität ist gelebte Nachhaltigkeit. Mit der Finanzierung des ökosozialen Projekts übernehmen wir gesellschaftliche Verantwortung für Generationen“ erläutert Pupeter. Wenn auch Sie Ihre Energie in Umwelt-Projekte stecken möchten, melden Sie sich unter 07246 7411 33123.



Das Umweltcenter der Raiffeisenbank Gunskirchen finanziert ein Gemeinschaftswohnprojekt in Pressbaum: Ökosozialer Wohnbau für die Zukunft.

Konzept des ökosozialen Wohnbaus gestaltet ein ökologisches und solidarisches Zusammenleben. Das Umweltcenter der Raiffeisenbank Gunskirchen finan-

Weitere Informationen unter
www.umweltcenter.at



Johannes Gschwandtner / CEO, technosert electronic GmbH

AUSBILDUNGSANFORDERUNGEN DER WIRTSCHAFT VON HEUTE

ÜBER AKTUELLE VERÄNDERUNGEN BEI ARBEITNEHMER/INNEN UND ARBEITGEBER/INNEN

Gesellschaftliche, technologische und wirtschaftliche Veränderungen haben Auswirkungen auf die Anforderungen an Ausbildungsinstitutionen und an AbgängerInnen, aber auch an Unternehmerinnen und Unternehmer. Im Interview mit Jochen Ressel umreißt Johannes Gschwandtner, Gründer und Geschäftsführer des Technologieunternehmens technosert, seine Sicht auf die aktuelle Situation.



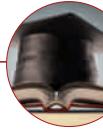
Herr Gschwandtner, Sie beschäftigen als stark wachsendes Technologieunternehmen laufend AbgängerInnen technischer Lehranstalten. Welche Veränderung nehmen Sie mit dem Blick auf die letzten Jahre wahr?

Aus meiner Sicht gibt es zwei Dimensionen der Veränderung: Einerseits die fachliche Komponente und die Veränderung des Lebensempfindens der Gesamtgesellschaft. Bei diesem zweiten Aspekt ist stark spürbar, dass Teamfähigkeit sowie die holistische Betrachtung von Aufgabenstellungen immer wesentlicher wird. Die Qualität einer technischen Lösung muss angereichert sein mit der Wahrneh-

mung ethischer Faktoren: Wir wirkt die Lösung auf die Ökologie und mit welchen sozialen Wirkungen ist zu rechnen?

Zur Frage der fachlichen Komponente ist zu sagen, dass die Spezialisierungen der technischen Bereiche immer selektiver werden. Das wird zusätzlich potenziert durch eine wachsende Differenzierung zwischen den

Unternehmen. Anders ausgedrückt: Außer einer steigenden Anzahl von technischen Fachbereichen variieren die Ausbildungsanforderungen zusätzlich, ob ich nun für ein Start-up, einen Familienbetrieb oder einen internationalen Konzern tätig werden will. All das macht Ausbildung im technischen Bereich zu einer sehr komplexen Angelegenheit.



Hat das Bildungssystem überhaupt die Chance, diesen Gordischen Knoten zu lösen?

Es gibt Punkte, die man diskutieren muss, um herauszufinden, was sinnvollerweise getan werden kann, um die Situation für Arbeitssuchende und ArbeitgeberInnen gleichermaßen zu verbessern. Ich denke, dass die Diversität, die wir gerade angeprochen haben, in der Ausbildung zu wenig berücksichtigt wird, bzw. dass wir uns in die falsche Richtung bewegen. Denn immer mehr verschiedene Anforderungen können nicht bedeuten, dass wir immer mehr Spezialisierungen einführen. Im Ge-

genteil: Je mehr es gibt, desto breiter und umfassender muss mein Denkkonzept sein, weil ich sonst für den Großteil der Anforderungen zu spezialisiert bin.

Es muss daher eine Lernstruktur überlegt werden, die breit angelegtes Denken fördern kann. Aus meiner Sicht geht das u.a. durch weniger frontales oder experimentelles Lernen, wie z. B. in Schulwerkstätten, und durch eine massive Ausweitung von Praxiszeiten in Unternehmen,

damit ein Verständnis entsteht, was in der Wirtschaft überhaupt gebraucht wird – und dabei spreche ich vorwiegend von Soft Skills.

Eine fortschreitende technische Spezialisierung der Ausbildung bringt auch aus einem weiteren Grund wenig. Die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts potenziert sich. Je spezialisierter ich bin, desto schneller „veraltet“ das technische Wissen und ich bleibe nur in dem kleinen Bereich meiner Spezialisierung up-to-date.

Was bedeutet das alles für UnternehmerInnen, die AbsolventInnen beschäftigen wollen?

Wir müssen kapieren, dass wir eine Verbindung von langfristiger Unternehmensstrategie und kurzfristiger Projektarbeit herstellen müssen. Wir müssen wissen, wohin wir auf lange Sicht gesehen hinwollen und brauchen eine Vorstellung, mit welcher Art von Menschen wir das erreichen können. Auf der anderen Seite haben

wir Projekte, die ein oder zwei Jahre dauern und wo wir eine ganz besondere Anforderung vorfinden, die wir durch eine Person abdecken, die wir am Arbeitsmarkt für diesen Projektzeitraum „einkaufen“. Die junge Generation hat damit auch kein Problem – sie ist flexibel und weiß, dass sie einmal dort und einmal da arbei-

tet. Aber wenn sich Lebenskonzepte verändern, verändert sich auch der Zugang zur Projektarbeit, weg von der Kurz- und hin zur Langfristigkeit, und dann müssen die Menschen wissen, bei welchen Unternehmen sie andocken können.

Die Frage der Lang- und Kurzfristigkeit hängt mit dem Vergütungssystemen unmittelbar zusammen. Welche Trends merken Sie in diesem Bereich?

Vielen AbgängerInnen wurde im Rahmen ihrer Ausbildung suggeriert, dass sie über nobelpreiswürdiges Wissen verfügen, dass der Markt unglaublichen Bedarf hat und dass sie daher unglaublich viel Wert sind. Die Sache hat nur einen Haken: Das hat mit der Realität nichts zu tun. Die meisten Unternehmen stehen unter Druck und haben ihre Kostenstruktur sehr sorgfältig im Blick. Es stimmt, momentan braucht der Markt viele technisch versierte Arbeitskräfte, aber nicht zu jedem Preis.

Es ist daher keine gute Zeit für überzogene Gehaltsvorstellungen. Noch dazu, wo sich der Bedarf durch eine einzige technische Innovation innerhalb kürzester Zeit von einer Spezialisierung zu einer anderen verändern kann, was wir ja laufend erleben.

AbsolventInnen sind daher gut beraten an Firmen anzudocken, die außer einer kurzfristigen Projektorientierung auch langfristig Perspektive bieten. Denn die jungen Menschen leben auch noch lange und im Laufe

der ersten Jahre nach dem Berufseintritt verändert sich für die meisten sehr viel: Am Beginn spielt das Geld eine größere Rolle, aber nach einem oder zwei Jahren gibt es eine fixe Freundin, es werden Familien gegründet und plötzlich diskutiert man nicht mehr über das Geld, sondern über Arbeits- und Freizeit-Regelungen. Lebensprioritäten ändern sich und das muss Arbeitsuchenden wie auch ArbeitgeberInnen bewusst sein.





Abschließend die Frage, was die Gesamtgesellschaft beitragen kann, um die Ausbildungssituation zu verbessern?

Freude am Lernen und an der Arbeit ist ok! Das muss als Wert vermittelt werden. Wenn ein Radiosender am Montag die Diktion ausgibt, dass es nur noch fünf Tage dauert, bis das Leben wieder schön ist, denn dann

ist wieder Wochenende, läuft etwas in der Gesamtgesellschaft in die falsche Richtung. Alles, was Freizeit verhindert, wird vielfach stigmatisiert. Daher müssen Familie, Freunde, Kindergarten, Grundschule bis hin

zur Höheren Lehranstalt und Uni vermitteln, dass man Lernen und Arbeiten freudvoll erleben kann, weil es das eigene Talent fördert. Wie wir Talentmanagement leben, wird daher von entscheidender Bedeutung sein!

Herzlichen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Jochen Ressel. 



Johannes Gschwandtner ist einer der Mitinitiatoren der Bildungs-Initiative „WEITBLICK-CHAMPIONS“. Dabei werden HTL-Abschlussarbeiten prämiert, die zusätzlich zur technischen Lösung auch die Wirkung auf Ökologie und Gesellschaft darstellen.

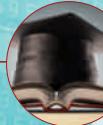
**UNTERNEHMEN KÖNNEN DIESE INITIATIVE
ÖFFENTLICHKEITSWIRKSAM UNTERSTÜTZEN!**

Alle Informationen unter www.weitblick-champions.at

Johannes Gschwandtner

absolvierte nach seiner Grundschulausbildung eine Lehre als Betriebselektriker und bildete sich an der Abendschule für Elektronik und Regelungstechnik weiter. So absolvierte er in weiterer Folge die HTL für Elektro- und Nachrichtentechnik, belegte die Ausbildung zum Sachverständigen und erlangte die Lehrberufsberechtigung. Er unterrichtete 12 Jahre lang an der Technischen Abendschule. Parallel gründete er 1988 das Unternehmen technosert, das sich seither höchst erfolgreich auf die Konzeption, Entwicklung und Produktion elektronischer Geräte inkl. Assembling und Prototypenherstellung spezialisiert hat. technosert ist ein Mitgliedsunternehmen im SENAT DER WIRTSCHAFT.





BILDUNG



ZRK – Zentrum für Risiko- & Krisenmanagement

DI Johannes Göllner, MSc / Vorstandsvorsitzender

Jochen Ressel / Kommunikations-Management

SICHERHEIT IN UNTERNEHMEN ALS ENTWICKLUNGS- UND BILDUNGSFRAGE

IM RAHMEN DER IKT-SICHERHEITSKONFERENZ WURDE BEWUSSTSEIN GESCHÄRFRT

Sicherheit gibt es nicht umsonst und schon gar nicht automatisch. Sicherheit ist das Ergebnis von Verstehen, Wissen, Abwägen, Planen, Umsetzen und Kontrollieren. Gerade im unternehmerischen Bereich ist das Bewusstsein dafür wenig ausgeprägt. Das europäische wissenschaftliche Forschungsprojekt „ASGARD-Analysis System for Gathered Raw Data“ zielt daher darauf ab, im Umgang mit Daten neue Maßstäbe zu setzen und für Unternehmen und Institutionen neue Sicherheitsstandards zu schaffen. Gemeinsam mit dem SENAT DER WIRTSCHAFT hat das ZRK die in diesem Zusammenhang relevanten Themen bei der IKT-Sicherheitskonferenz (Informations- und Kommunikations-Technologie) in Villach aufgegriffen und diskutiert.

Die Herausforderung ist gewaltig. Mittlerweile sprechen wir von Petabytes von Online- und Offline-Daten, die teils öffentlich zugänglich sind, aber meist unstrukturiert, in verschiedenen Sprachen, verschiedenen Datenformaten und verschiedensten Medien, teils anonymisiert. Wie sollen Exekutivorgane mit all dem umgehen und die Daten extrahieren, die für eine Sicherheitseinschätzung relevant sind? Die gesamte Wirtschaft vertraut diesen Organen, dass sie in der Lage sind, einen Sicherheitsrahmen zu gewährleisten, in dem Wirtschaft überhaupt möglich ist und auf dem die individuellen Sicherheits-

konzepte von Unternehmen und Institutionen aufsetzen können.

Daher wurde das europäische Horizon2020-Forschungsprojekt ASGARD als Konsortium der führenden Institutionen dieses Fachbereichs aus ganz Europa ins Leben gerufen bzw. initiiert. Das ZRK - Zentrum für Risiko- und Krisenmanagement ist auf österreichischer Seite gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres und dem AIT - Austrian Institute of Technology, als Partner Teil des ASGARD-Konsortiums. Neben den primären Entwicklungs-Ergebnissen des Forschungsprojekts, soll ein

aktives und nachhaltiges Netzwerk verschiedener Stakeholder-Gruppen entstehen, die Exekutivorgane und in weiterer Folge auch wirtschaftliche Einheiten, wie Unternehmen und Institutionen, dabei unterstützen, Fähigkeiten zu entwickeln, die einen effizienten und zielgerichteten Umgang mit großen Datenmengen ermöglichen. Dafür werden für Forensik-, Intelligence-, und Foresighting-Analyse-Aufgaben eine praktikable und IT-Technologie -gestützte Plattformen sowie zugehörige Instrumente bis 2020 entwickelt und bei Law Enforcement Agencies implementiert.





Die Leitveranstaltung Europas zeigt den Weg

Das Österreichischen Abwehramt des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport richtet die europäische Leitveranstaltung zu allen Themen der Sicherheit, die IKT-Sicherheitskonferenz, jährlich aus. Als Konsortiumpartner des Forschungsprojekts ASGARD wurde ZRK eingeladen, im Rahmen dieser Konferenz einen ganztägigen Workshop bei der Konferenz abzuhalten, an dem auch SenatorInnen aus Österreich und Deutschland teilnehmen konnten.

An den beiden Tagen kamen über 2.400 TeilnehmerInnen aus mehr

als fünfzehn EU-Ländern nach Vilach, darunter RepräsentantInnen von Regierungsinstitutionen, der Industrie, der Mittelstands-Wirtschaft, sowie von Betreibern „Kritischer Infrastruktur“ (z. B. Stromnetze, Datennetze etc.) sowie von Universitäten und Hochschulen. Der von ZRK organisierte Workshop, der von ASGARD-Koordinator Juan Arraiza (VICOM, Spanien) und vom Leiter des Abwehramts des Öst. Bundesheeres, Generalmajor Rudolf Striedinger, eröffnet wurde, fokussierte einerseits auf die Darstellung des ASGARD-Projekts und auf Beispie-

le aus der Praxis, und die Bedeutung von Sicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft.

Der international anerkannte Cyber-Experte, Univ.-Prof. DDr. Gerald Quirchmayer und DI Johannes Göllner sowie weitere Vortragende zeigten in diesem Zusammenhang auf, dass Cyber Democracy, Cyber Development und Cyber Defence unsere Gesamtgesellschaft von Grund auf verändert. Dabei spielt das Risikobewusstsein eine essentielle Rolle und es ist für alle Player unabdingbar notwendig, sich intensiver damit auseinanderzusetzen.

Cyber verändert gesamte Berufsbilder und Branchen

Was das in der Praxis bedeutet machte Franz Rauchbauer, Geschäftsführer der Multicont Revisions- und Treuhand GmbH, am eigenen Unternehmensbeispiel klar. Multicont ist seit über 40 Jahren als Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft tätig. Die KlientInnen kommen vorwiegend aus dem Handels- und Produktionsbereich sowie aus dem Finanzdienstleistungssektor. Zu den Tätigkeitsbereichen zählen die Wirtschaftsprüfung genauso wie IT- und IKS-Prüfungen, Steuerberatung, Interne Revision, die betriebswirtschaftliche Beratung und die Qualitätsprüfung nach dem Abschlussprüfungsqualitätssicherungsgesetz.

Er stellte dar, dass die Grundsätze, nach denen das Unternehmen seit langer Zeit erfolgreich agiert, durch die Cyber-Thematik vollkommen neu diskutiert werden müssen. Wenn Rechnungen, offene Posten-Listen, Bilanzen, Bankauszüge usw. nur mehr elektronisch zur Verfügung stehen, ist die Bewältigung von Daten-

mengen, sowie deren Verifizierung bzw. Falsifizierung eine ganz besondere Herausforderung, vor allem unter rechtlich noch nicht eindeutigen Rahmenbedingungen. Gleches gilt für die Unternehmensbewertungen, bei denen immaterielle Werte, wie z. B. Daten, eine immer größere Bedeutung bekommen.

Andreas Schlayer und Martin Kreuzer von der Münchner Rückversicherung zeigten ergänzend auf, dass die Risikobewertung als Unternehmensgegenstand einer Versicherung, durch Cyberaspekte einer Neubewertung unterliegt. Zu evaluieren, welchen Angriffen aus dem Cyberraum ein Unternehmen ausgesetzt sein kann und aufgrund des Unternehmensgegenstands mitunter auch mehr oder weniger wahrscheinlich sein wird, ist für die Versicherungen eine ganz besondere Herausforderung. Gleches gilt für die Annahme von Schadenssummen. Beide Aspekte beeinflussen jedoch die Versicherungskosten für das Unterneh-

men in ganz erheblichem Ausmaß. Mit einigen Beispielen zeigten sie auf, welche ungeheuren Schadenssummen durch Cybercrime entstehen. So waren durch den Trojaner „Wannacry“ 150 Länder und viele der namhaftesten Unternehmen betroffen. „Petya“ folgte nur kurze Zeit später. Laut den Zahlen der Münchner Rück gehen 1% der globalen Wirtschaftsleistung (GDP) durch Cyber-Kriminalität verloren. Das entspricht einem Wert von unglaublichen 1 Trillionen Dollar (1.000.000.000.000.000,- Dollar)! Da die Anzahl der digital vernetzten Geräte zunimmt (durch Digitalisierung, IoT und fortschreitende technische Entwicklung in Emerging Markets) wird geschätzt, dass sich der Schaden bis 2020 auf 4,7% des Global-GDP erhöht, wenn keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden. Mit anderen Worten: Der Schaden würde sonst 3.300.000.000.000.000,- Dollar betragen, was die Gefahr einer globalen Rezession und Kapitalmarktkrise in sich birgt.



BILDUNG

Muss man kapitulieren, oder gibt es ein Rezept?

Es wird ein oft beklagtes und bisher ungelöstes Problem der Wirtschaft durch solche Fälle offensichtlich: Viele Firmen schützen sich nur unzureichend gegen Cyberrisiken. Selbst medienwirksame Berichte mit gewaltigen Schadenssummen ändern bislang daran wenig. Aber es nützt

nichts: Das muss sich jetzt ändern! Das ZRK versucht daher, die Cyberthematik in den Unternehmen zur Chefsache zu machen. Gemeinsam mit dem SENAT DER WIRTSCHAFT arbeiten wir gerade an einer umfassenden Lösung, die auch für Mittelstands-Unternehmen ganz

konkrete, relevante und finanziell hilfreiche Hilfe leistet. Denn Kapitulation ist kein gangbarer Weg! Hans Harrer, Vorstandsvorsitzender des SENAT DER WIRTSCHAFT, begründigt diese Sichtweise: „Die Menschheit hat sich vielen beängstigenden Herausforderungen im Laufe ihrer Existenz gestellt und sie bewältigt. Warum soll das diesmal nicht auch gelingen?“



Das ZRK-Team und -Partner bei der IKT-Sicherheitskonferenz: (vlnr) Univ.-Prof. DDr. Gerald Quirchmayer, Franz Rauchbauer, Hans Harrer, Brigadier a.D. Norbert Fürstenhofer, DI Johannes Göllner, Jochen Ressel



Generalmajor Rudolf Striedinger und ASGARD-Koordinator Juan Arraiza eröffnen den ASGARD-Workshop des ZRK



DI Johannes Göllner, MSc

ist Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender des ZRK, das ins Leben gerufen wurde, um relevantes Know-how zu den Bereichen Sicherheits-, Risiko-, und Krisenmanagement aus dem wissenschaftlichen Bereich sowohl der Wirtschaft, als auch Institutionen und Organisationen, zur Nutzung bereitzustellen. Das ZRK ist auf österreichischer Seite, neben dem Bundesministerium für Inneres und dem AIT - Austrian Institute of Technology, der dritte Konsortiumpartner des europäischen Forschungsprojekts ASGARD. Johannes Göllner unterrichtet an der Masaryk-Universität in Brünn, leitet den Bereich „Wissensmanagement“ bei der Landesverteidigungsakademie Wien des Österreichischen Bundesheeres und ist Autor einer Vielzahl von Veröffentlichungen, Kommentaren und Büchern zu seinem Fachgebiet. ZRK ist Mitglied im SENAT DER WIRTSCHAFT.



Jochen Ressel

ist Teil des ZRK-Teams im Bereich „Kommunikations- & Veranstaltungs-Management“. Für das ASGARD-Forschungsprojekt ist „Dissemination“, d.h. die Verbreitung der Projektergebnisse, vor allem in die Wirtschaft, ein wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzepts. Sein Know-how zu den Bereichen Sicherheits-, Risiko-, und Krisenmanagement aus dem wissenschaftlichen Bereich sowohl der Wirtschaft, als auch Institutionen und Organisationen, zu



Mag. Brigitte Rumpold | Geschäftsführerin, REPULS Lichtmedizintechnik GmbH

DAS GESUNDHEITSSYSTEM BRAUCHT RULEBREAKERINNEN!

VERKRUSTETE SYSTEME BRAUCHEN INNOVATIVE MEDIZINISCHE BEHANDLUNGSLÖSUNGEN

Dass unser Gesundheitssystem finanziell an seine Grenzen stösst, ist allgemein bekannt. Doch was wird getan, um eine zukunftsfähige Struktur zu schaffen? Wie werden Behandlungslösungen evaluiert, die abseits der Schulmedizin einen Beitrag für Therapie und Prävention leisten können? Unsere Sicht auf die Situation deckt sich mit der vieler ExpertInnen: Es braucht veränderte Zugänge und den Blick für das Gesamte!

Doch ein verkrustetes Gesundheitssystem aufzubrechen, ist nicht einfach. Dafür müsste das „Narrow-minded“ der EntscheiderInnen verändert werden, damit wirkliche Innovation im Gesundheitssystem möglich wird und damit das System diesen Namen auch verdient. Denn momentan leben wir in einem

„Krankheits-System“. Das zeigt sich u.a. an den im Gesundheitsbereich zugelassenen Berufsbildern. „HeilpraktikerInnen“ sind in Österreich z. B. nach wie vor nicht anerkannt. Sie zählen in der BRD jedoch zu der Berufsgruppe, die vor allem auf innovative Lösungen setzen. Dort hat die große Transformation bereits

eingesetzt und scheint unaufhaltbar zu sein. Mittlerweise sind es in der Bundesrepublik bereits über 70.000 SchulmedizinerInnen, die die Komplementärmedizin als ergänzenden Faktor ihrer Behandlungsmethoden anerkennen und wählen – zum Wohl der PatientInnen, aber auch zum Wohl des Gesamtsystems.

Für das Wohl der PatientInnen

Der aktuelle DHK-Gesundheitsreport weist aus, dass es sich bei den meistverbreiteten Krankheitsbildern um folgende Probleme handelt:

1. Probleme mit dem Skelett, d.h. Gelenksschmerzen, Rückenschmerzen usw. Über ein Drittel aller Menschen leidet an chronischen Schmerzen!
2. Psychische Erkrankungen, wie Depressionen, Burn-out und –

oftmals als auslösender Faktor – mangelnde Schlafqualität.

Natürlich gibt es eine Menge von Tabletten, Tropfen, Salben u.v.m., die hier Abhilfe schaffen. Aber zu welchem Preis? Nebenwirkungen und Wechselwirkungen verschiedener Medikamente sind kaum mehr durchschaubar und die Beipackzettel bedingen nahezu ein Medizinstudium, um sie zu verstehen. Abgesehen

davon, sind viele Medikationen eine Lösung, die nur bei dauerhafter Einnahme wirken und daher unglaubliche Kosten verursachen. Darum wird man Behandlungsmethoden forcieren müssen, die alle Formen der neuen Zivilisationskrankheiten ursächlich anpacken und das Problem an der Wurzel lösen – nicht lediglich an der Behandlung der Auswirkungen.



Zum Wohl des Gesamtsystems

Bei der Kostenübernahme durch die Kassen zählt vordergründig ein einziger Faktor: Die direkten Behandlungskosten. Überhaupt nicht in die Entscheidung miteinbezogen werden vermiedene Kosten durch Präventivwirkungen und die Kosteneinsparung durch teils dramatische Reduktionen

der Behandlungsdauer. Das muss sich daher ändern! Bei den Kosten muss eine Gesamtbetrachtung Einzug halten, damit innovative und wissenschaftlich eindeutig bestätigte Methoden durch Kostenwahrheit einem Vergleich mit anderen Behandlungen standhalten können. Einige private

Anbieter haben das bereits erkannt und übernehmen derartige Behandlungskosten im Rahmen der privaten Gesundheitsvorsorge, weil sie wissen, dass hier präventiv Kosten entstehen mögen, die aber um ein Vielfaches geringer sind, als die Kosten einer Behandlung im Krankheitsfall.

Das Praxisbeispiel REPULS: Licht als Medizin

Stellvertretend für viele Methoden, die von ähnlichen Problematiken betroffen sind, können wir das wissenschaftlich untermauert für unser Produkt darstellen.

Licht als Medizin bekommt einen immer höheren Stellenwert. Weltweite Forschungen und klinische Ergebnisse zeigen, dass mit entsprechenden Wellenlängen ganz gezielt sowohl akute, wie auch chronische Erkrankungen, erfolgreich therapiert werden können. Gleichzeitig ermöglicht die Lichtmedizin eine ganzheitliche Gesundheitsvorsorge und -management. Das wissenschaftliche Konsortium von REPULS forscht seit Jahren an vorderster Stelle am Gebiet der Lichtmedizin und so konnten neue, wissenschaftliche Erkenntnisse in zukunftsweisende Be-

handlungsformen überführt werden. Durch Bestrahlung mit tiefeindringendem, kaltem Rotlicht werden Entzündungsprozesse günstig beeinflusst. Die therapeutische Wirkung von Rotlicht bei Entzündungen verschiedenster Art – ohne Einsatz eines Photosensibilisators – wurde von Prof. Ing. Walter Toriser entdeckt. Diese Prozesse unterliegen einem komplizierten Regelungsmechanismus, bei dem organische Moleküle eine entscheidende Rolle spielen. Der positive Effekt des kalten Rotlichtes und seine hohe Wirksamkeit beruhen auf der hohen Eindringtiefe, die durch folgende Eigenschaften gegeben ist. „Wir wählen Rotlicht in jedem Frequenzbereich, wo Wasser so gut wie nicht absorbiert. Durch eine sehr hohe Eindringtiefe können wir bei hoher, aber noch ungefährlicher

Leistungsdichte die elektromechanischen Molekülschwingungen im Frequenzbereich des Ultravioletts anregen.“ erklärt em. o. Univ.-Prof. DI Dr. Fritz Paschke.

Der Effekt: Neben der erwiesenen Prävention können auch im Krankheitsfall gewaltige Verbesserungen erzielt werden. Universitäten in ganz Österreich bestätigen auf wissenschaftlich nachgewiesener Basis, dass sich die Zeit der Wundheilung durch unsere Methode um 80 % verkürzt! Die Kassen übernehmen die Kosten dennoch bislang nicht. Dort muss daher ein Umdenken stattfinden und sich ein Bewusstsein bilden, dass sich in der UnternehmerInnenchaft bereits seit einiger Zeit entwickelt.

Was UnternehmerInnen für eine Rolle spielen

Eine immer größere Anzahl von UnternehmerInnen haben bereits erkannt, dass sie durch ein Betriebliches Gesundheitsvorsorgekonzept von und mit ihren MitarbeiterInnen profitieren können. Diese EntscheiderInnen betrachten die Wertschöpfungskette gesamtheitlich und ihnen wird dabei klar, dass auch für die Unternehmen bereits jetzt Potenziale genutzt werden können, wenn der

Gesundheitszustand der MitarbeiterInnen in körperlicher wie mentaler Hinsicht optimiert wird. Die Leistungswilligkeit und -fähigkeit steigt nachweisbar an. Das sind empirische Erfahrungen, die wir mit Unternehmen gemacht haben, die unser Behandlungssystem REPULS bereits durch Eigenengagement anbieten. Betriebliche Gesundheitsvorsorge wird auch immer entscheidender

wenn es darum geht, High-Potentials und Fachkräfte zu attraktivieren. Dieser Aspekt wird ein immer wesentlicheres Entscheidungskriterium, wenn es darum geht, welchem Unternehmen ich meine Arbeitskraft zur Verfügung stelle. Nachweislich wirksame Instrumente, wie z. B. REPULS, werden so zu einem Entscheidungsfaktor im Bereich Recruiting und HR. ►



Auf in Richtung nachhaltiger Gesundheitsförderung!

Wir sind davon überzeugt: Durch die fortschreitende Knappheit der finanziellen Mittel im traditionellen System wird es eher früher als später keine Alternative zu einer wirklichen Reform geben, bei der nur mehr ei-

nes zählen wird: Die gesamtheitlich betrachtete und erwiesene Wirkung einer Methode. Dieser Trend ist nicht aufzuhalten und wird einen wesentlichen Beitrag zu einer gesunden Gesellschaft und Wirtschaft leisten.

Durch die Etablierung sinnvoller Konzepte können Unternehmen schon heute als Rulebreaker für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem im eigenen Mikrokosmos wirken.

Mag. Brigitte Rumpold

studierte an der Universität Klagenfurt Anglistik, Germanistik und ließ sich in den verschiedensten Bereichen der komplementären Medizin ausbilden (Farbtherapie, Massage, Ernährung, Fußreflexzonen, orthomolekulare Medizin). Seit 2002 entwickelt sie die RELUX Lichtfrequenztherapie anhand der Durchführung diverser Studien mit. 2007 übernahm sie die Geschäftsführung der REPULS Lichtmedizintechnik GmbH, mit dem Fokus auf Forschung und Entwicklung. Seit 3 Jahren forscht sie mit FFG, dem Ludwig Boltzmann Institut für klinische und experimentelle Traumatologie, der Universitätsklinik Wien und Graz und der Universität Salzburg. 2011 wurde sie als Gesundheitsmanagerin des Monats ausgezeichnet, erhielt 2017 den WKÖ Businesswoman Award und 2015 den Mercure Award. Sie ist mit ihrem Unternehmen Mitglied im SENAT DER WIRTSCHAFT.



ZELLENERGIE IST LEBENSENERGIE

REGENERATION VOR REHABILITATION ALS SCHLÜSSELPRINZIP SINNVOLLER PRÄVENTION.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Überforderungs-syndrome wie Burnout und

chronische Erkrankungen vor allem bei jungen Menschen immer mehr die Regel als die Ausnahme sind. Wenn man zudem die demographische Entwicklung betrachtet, so muss man kein Experte sein um zu erkennen, dass wir sozioökonomisch vor einem Riesenproblem stehen.

In einer immer älter und kränker werdenden Gesellschaft ist es unumgänglich, auch in der Medizin neue, innovative Wege zu gehen. Ständige Reizüberflutung, chronischer Bewe-gungs- und Sauerstoffmangel, einhergehend mit zunehmender Umweltbelastung, sind mitunter Ursachen

einer physisch und psychisch degenerierenden Bevölkerung.

Es ist an der Zeit, die Reißleine zu ziehen und Regeneration für Körper & Geist in den Fokus einer nachhaltigen Salutogenese zu stellen. Sinnvolle und zeitgemäße Prävention statt oft teurer und zeitintensiver Rehabili-tation! Dazu gilt es individuelle Ur-sachen für Regulationsstörungen zu erkennen und entgleiste Prozesse wieder zu normalisieren. Ein multi-modaler und ganzheitlicher Ansatz ist dringend notwendig und ausschließlich symptomorientierte Therapiekonzepte sicher nicht zielführend.



Dr. Günther Beck

Allgemeinmediziner,
Geschäftsführer

Medical Health Resort Villa Vitalis

villavITALIS
Medical Health Resort

www.villa-vitalis.at

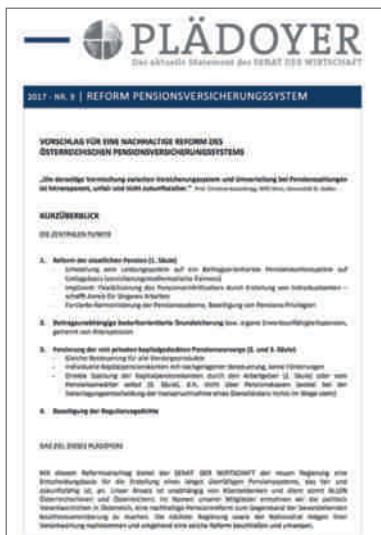


SENATS-AKTIVITÄTEN

Informationen aus dem SENAT / Rück- und Ausblicke

SENAT schlägt konkrete Reform des Pensionsversicherungssystems vor

Am 19. September 2017 veröffentlichte der SENAT DER WIRTSCHAFT das bereits neunte PLÄDOYER des Jahres, in dem ein Vorschlag für eine nachhaltige Reform des Pensionsversicherungssystems unterbreitet wurde. Die



Ausgangslage stellt Prof. Christian Keuschnigg, WPZ Wien, Universität St. Gallen, wie folgt dar: „Die derzeitige Vermischung zwischen Versicherungssystem und Umverteilung bei Pensionszahlungen ist intransparent, unfair und nicht zukunftssicher.“

Die zentralen Punkte des Vorschlags:

1. Reform der staatlichen Pension (1. Säule)

- Umstellung vom Leistungssystem auf ein Beitragsorientiertes Pensionskontensystem auf Umlagebasis (versicherungsmathematische Fairness)
- Impliziert: Flexibilisierung des Pensionseintrittsalters durch Erstellung von Individualkonten – schafft Anreiz für längeres Arbeiten
- Forcierte Harmonisierung der Pensionssysteme, Beseitigung von Pensions-Privilegien

2. Beitragsunabhängige bedarfsorientierte Grundsicherung bzw. eigene Erwerbsunfähigkeitspension, getrennt von Alterspension

3. Forcierung der rein privaten kapitalgedeckten Pensionsvorsorge (2. und 3. Säule)

- Gleiche Besteuerung für alle Vorsorgeprodukte
- Individuelle Kapitalpensionskonten mit nachgelagerter Besteuerung, keine Förderungen
- Direkte Speisung der Kapitalpensionskonten durch den Arbeitgeber (2. Säule) oder vom Pensionsanwärter selbst (3. Säule), d.h. nicht über Pensionskassen (wobei bei der Veranlagungsentscheidung der Inanspruchnahme eines Dienstleisters nichts im Wege steht)

4. Beseitigung der Regulierungs-dichte

Das PLÄDOYER, das in vollem Umfang am Webportal des SENAT DER WIRTSCHAFT zum Download bereit steht (www.senat-oesterreich.at/plaedyer-aktuell), wurde - maßgeblichen politischen AkteurInnen übermittelt (Ministerien, Partei-zentralen, Parlamentsclubs etc.) - sowie auch allen Mitgliedern des neu formierten Nationalrats der Par-teien, die in Regierungsverhandlun-gen eingetreten sind und daher die Möglichkeit haben, den Vorschlag in der Umsetzung von Reformprogrammen zu berücksichtigen.

Der SENAT erhielt ausschließlich positive Reaktionen und wird dieses Thema weiter forcieren. Ein herzlicher Dank gilt allen im PLÄDOYER genannten Institutionen und Perso-nen, die an der Erstellung des Reformvorschlags beteiligt waren!





Umfassende Kooperation der Agenda Austria

mit dem SENAT vereinbart

Geleitet von Franz Schellhorn, ist die Agenda Austria ein von Staat, Parteien, Kammern und Interessenverbänden unabhängiger Think-Tank und wurde mit dem Ziel gegründet, dieses Land in gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Belangen zu öffnen und neue Antworten auf die großen Herausforderungen zu liefern. Das Institut erarbeitet zu diesem Zweck die von einem Beirat qualitätsgesicherten, wissenschaftlich fundierten Studien, deren Inhalt mit niemandem abgestimmt werden muss, denn die Agenda Austria finanziert sich ausschließlich aus Wirtschaft und



Gesellschaft. Schon aus dieser Beschreibung ist erkennbar, dass die Tätigkeit der Agenda Austria die SENATS-Aktivitäten optimal ergänzt. Daher wurde eine umfassende Zusammenarbeit der beiden Institutionen vereinbart.

SenatorInnen haben daher ab sofort vollen Zugriff auf alle verfügbaren Agenda Austria-Studien und werden mit allen Publikationen des Instituts ausgestattet. Die Themen des SENAT DER WIRTSCHAFT entlang der vier Schwerpunkte Wirtschaft, Ökologie, Bildung und Gesundheit fließen in die wissenschaftliche Arbeit der Agenda Austria ein. Damit wird einerseits die Serviceleistung des SENAT für seine Mitgliedsunternehmen wesentlich erweitert und auch die wissenschaftliche Untermauerung der SENATS-Tätigkeit verstärkt.

Erweiterung der SENATS-Mediakooperationen

mit der VGN-Gruppe

Zusätzlich zu bestehenden Mediakooperationen mit namhaften Verlagen des Landes, wie dem Österreichischen Wirtschaftsverlag, den Wirtschaftsnachrichten, dem New Business-Verlag, dem Portal Wirtschaftszeit, dem aurum-Verlag und dem Industrieverlag, konnte nun eine umfassende Zusammenarbeit mit der Verlagsgruppe News vereinbart werden, um die Themen und

Inhalte des SENATS, vor allem im Hinblick auf die KLIMA- und MITTELSTANDS-ALLIANZ, wie auch zu den politischen Themen und Reformvorschlägen, einer noch breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit erhält der SENAT, und damit auch seine Mitgliedsunternehmen, eine stark verbesserte Aufmerksamkeit in Österreichs Medien-Berichterstattung.



Ethik-Beirat des SENAT schärft Bewusstsein

für UN-Nachhaltigkeitsziele

Der innerhalb des SENAT DER WIRTSCHAFT installierte Ethik-Beirat hat im Laufe der Tätigkeit der letzten Monate einige Instru-

mente entwickelt, um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die sogenannten SDGs (Sustainable Development Goals), stärker in den

Fokus von UnternehmerInnen zu rücken.



Es wurden zwei Würfel entwickelt und produziert, die z. B. auf Besprechungstischen, in Wartebereichen und Aufenthalträumen von Unternehmen usw. platziert werden können, um BesucherInnen und MitarbeiterInnen kurze Inputs zu geben, die zum Nachdenken über das eigene Verhalten anregen.

- Würfel 1 thematisiert den Bereich „**Wasser**“ (SDGs Nr. 2 und 12)
 - Würfel 2 macht das Thema „**Ernährung**“ bewusst (SDGs Nr. 2 und 12)
- Die Würfel können unter office@senat-oesterreich.at angefordert werden.



Auf Initiative des Ethik-Beirats wurde außerdem erstmals zur Einreichung für den SDG-Award des SENAT DER WIRTSCHAFT eingeladen, der im Rahmen der Jahresausklangs-Veranstaltung auf Schloss Mondsee erstmals vergeben wird. Pioniere bei der Umsetzung der SDGs im wirtschaftlichen Handeln und der Unternehmensausrichtung, sollen durch diese Auszeichnung einem breiteren Publikum bekannt gemacht werden. Über die PreisträgerInnen informieren wir Sie in der nächsten Ausgabe unseres Wirtschaftsmagazins SENATE.

SENATS-Initiative „Weitblick-Champions“

erhält volle Unterstützung



Im Rahmen der Initiative „Weitblick-Champions“ wird der SENAT DER WIRTSCHAFT im Juni 2018 erstmals AbsolventInnen oberösterreichischer HTLs mit ihren Diplomarbeiten prämieren, die zusätzlich zur technischen Lösung, gesellschaftliche und ökologische Aspekte berücksichtigen und dokumentieren. Die vom SENATS-Mitgliedsunternehmen technosert mit Geschäftsführer Johannes Gschwandtner angeregte

Initiative, wurde verschiedenen Unternehmen und Institutionen bereits vorgestellt und erhält bereits jetzt breite Unterstützung!

Landesschulinspektor HR Mag. Wilfried Nagl ist Leiter der Abteilung für berufsbildende mittlere und höhere Schulen am Landesschulrat für Oberösterreich und verantwortet den Inspektionsbereich der technischen und gewerblichen Lehranstalten. Er hat die Initiative zum Schulbeginn bereits allen HTL-DirektorInnen vorgestellt und unterstützt die Umsetzung mit voller Kraft.

Die Oberösterreichischen Nachrichten konnten als Exklusiv-Medienpartner gewonnen werden. Damit erhalten AbsolventInnen, die teilnehmenden HTLs, aber auch unterstützende Unternehmen optimale mediale Multiplikation.

OÖNachrichten

Außer der technosert konnten bereits weitere namhafte Unternehmen als Unterstützer der „Weitblick-Champions“-Initiative gewonnen werden. Darunter das LCM - Linz Centre of Mechatronics, die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, hali Büromöbel und emporia Telecom. Für diese und weitere Unternehmen, die Bedarf an AbsolventInnen von technischen Lehranstalten haben, ist die Initiative ideal, um sich als attraktiver Arbeitgeber in der Region, abseits der großen Konzerne, zu positionieren.

Weitere Informationen zur Initiative erhalten Sie

unter www.weitblick-champions.at und bei der

Projekt-Koordinatorin Frau Sylvia Foissy unter +43 664-384 349 4 oder

via Email unter s.foissy@foissy.at.



KLIMA-ALLIANZ wird bereits von über 100 Unternehmen genutzt



Vor nahezu fünf Jahren entstand die erste Idee für eine KLIMA-ALLIANZ. Hans Harrer als Vorstandsvorsitzender des SENAT DER WIRTSCHAFT ortete Orientierungslosigkeit in den Unternehmen, wie man an die Aufgabe, klimaneutral und energieeffizient zu werden, herangeht. Daher forcierte er den Aufbau eines umfassenden Netzwerks mit hoher Wirkungsrelevanz. Mittlerweile nutzen bereits über 100

Unternehmen die Serviceleistungen der KLIMA-ALLIANZ zur Erreichung eines energieeffizienten und klimaneutralen Wirtschaftens. Dabei durchlaufen die Unternehmen vier unkomplizierte Schritte:

1. Messen des CO2-Fußabdrucks,
2. Reduzieren der Emissionen, wo dies möglich und sinnvoll ist,
3. Substituieren von Emissionen durch alternative Möglichkeiten und
4. Kompensieren von unvermeidbaren Rest-Emissionen.

Ein umfassendes Kompetenznetzwerk unterstützt bei jedem einzelnen Schritt. Auf der Webseite der KLI-

MA-ALLIANZ (www.klima-allianz.com) werden diese Umsetzungspartner zusätzlich zu den Unternehmen genannt, die sich durch die Initiative klimaneutral gestellt haben.

Dr. Johannes Linhart, Geschäftsführer der KLIMA-ALLIANZ, lädt Unternehmen ein, ein aktiver Teil dieser Initiative zu werden. „Es geht uns um eine möglichst große Breitenwirkung, denn wir müssen in diesem Bereich noch viel tun, um unsere Zukunftsfähigkeit im ökologischen Bereich sicherzustellen!“

**Mehr Information unter
www.klima-allianz.com und
bei Dr. Johannes Linhart
j.linhart@senat-oesterreich.at**

Senator Karl Kaiblinger pusht Demokratieplanspiel „ZAG-Zukunft aktiv gestalten“ immer weiter!

Das vom Geschäftsführer des Planspielzentrums, Senator Karl Kaiblinger, als Mastermind entwickelte und vom SENAT DER WIRTSCHAFT unterstützte Demokratieplanspiel zieht immer größere Kreise. Nach dem Gewinn des Europäischen Trainingspreises in Silber im Jahr 2016 ist die weitere Verbreitung und Verankerung in Bildungsinstitutionen nun das Hauptziel. Hier ein Kurzüberblick der aktuellen Ergebnisse:

Bei einem Netzwerktreffen von teach for austria (Tfa) wurde ZAG sehr erfolgreich vor ca. 100 interessierten LehrerInnen und WorkshopleiterInnen vorgestellt. Neben einer Präsentation im Rahmen des offiziellen Programms wurden am Infostand eine Vielzahl von Gesprächen mit InteressentInnen geführt.

In den letzten Monaten wurden Meetings mit mehr als zehn Organisationen, die im Schulbereich aktiv

sind und ZAG eventuell unterstützen könnten, durchgeführt. Dabei wurden auch Möglichkeiten für Synergien evaluiert. Zu den Institutionen zählen



Kommission und des Europaparlaments in Österreich, RepräsentantInnen von Schulen, an denen ZAG bereits als Pilotprojekt durchgeführt wurde, sowie die zuständigen Personen des Landes Niederösterreich für Polytechnische Lehrgänge.

Am 14. Oktober fand die erste ZAG-Zertifizierung für PädagogInnen statt, an der 20 Personen teilnah-

men. Damit sind diese Lehrkräfte in der Lage, das Demokratieplanspiel selbstständig an ihren Schulen durchzuführen. Die ZAG-Zertifizierung umfasst die Vermittlung aller organisatorischen, didaktischen und pädagogischen Informationen, die im Zuge der Planspielentwicklung von der Pädagogischen Expertin des Projekts ZAG, Mag. Zuzana Kobesova, erarbeitet wurden.

Die Pädagogische Hochschule Niederösterreich hat sich bereit erklärt, ZAG als Weiterbildungsprogramm in das Angebot für PädagogInnen aufzunehmen. Aktuell werden kommunikative Maßnahmen an die Zielgruppe der Lehrkräfte geplant, damit diese auch über ZAG Bescheid wissen und so motiviert werden können, die Ausbildung zu belegen.



Die Pädagogische Expertin von ZAG, Mag. Zuzana Kobesova, mit Pia Maria Perina, Leiterin Development & Fundraising bei teach for austria

WAS ZAG JETZT BRAUCHT:

Unternehmen, die an einer Schule in ihrer Stadt/Region ZAG durchführen lassen und so aktiv das Demokratiebewusstsein fördern. Die gesamte Organisation und Abwicklung übernimmt das ZAG-Team, inkl. medialer Multiplikation.

Firmen, denen Demokratieentwicklung wichtig ist und mit einem Förderbeitrag die weitere Verbreitung ermöglichen, z.

B. durch Finanzierung von Informationsmaterial an Lehrkräfte.

Weitere Informationen anfordern bei:

Jochen Ressel, Geschäftsführer - Operations, SENAT DER WIRTSCHAFT (j.ressel@senat-oesterreich.at)

Senator Karl Kaiblinger, Geschäftsführer Planspielzentrum & ZAG-Masstermind (kk@kaiblinger-partner.com)

Erfolgreiches EEDF – EUROPEAN ECONOMIC DANUBE FORUM im Rahmen

der Danube Macro Region Business Week vom 2. bis 6. Oktober 2017

Mit dem Aufakt und dem Abschluss einer Woche, die im Zeichen des Donauraums stand, setzte der SENAT DER WIRTSCHAFT im Rahmen seiner Initiative EEDF wieder einen Meilenstein für die Wirtschaftsentwicklung im Donauraum.

Beim Aufakt in den Räumlichkeiten der OSCE in der Wiener Hofburg stand, in Fortsetzung des 2016 aufgegriffenen Themas, die Ökolo-

gisierung des Donauraums im Zentrum. Hochkarätige Referenten wie Manfred Seitz (Managing Director, Pro Danube Management), der einen Überblick der Entwicklung der LNG-Struktur (LNG = Light Natural Gas) für das Schiffswesen und den Straßen-Schwerverkehr im Donauraum gab, Matthias Krön (Gründer und Geschäftsführer von Donau Soja), der die Klima-Auswirkung einer Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion in Richtung Soja zeigte, und das Panel mit Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.nat.techn. Rupert Wimmer (BOKU, Bio Resources & Technology), Univ.Prof. Mag. Dr. Barbara Hinterstoisser (BOKU, Material Sciences & Processes) und Thomas Resl (Direktor der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, BMLWW), bei dem die gewaltigen Möglichkeiten der Bioökonomie des Donauraums dargestellt wurden, liefern Top-Input für die Gäste aus über 10 Ländern. Darunter der chinesische Unternehmer und Berater



verschiedener Regierungsstellen, Dr. Ting Ho, sowie James Malloy, CEO von Amertria LL.C aus Kalifornien, der die Unterschiede der offiziellen Sicht der US-Administration zu Ökologiethemen und dem, was die amerikanische Gesamtgesellschaft empfindet, aufzeigte. Es wurden sowohl in Richtung China wie USA potenzielle Möglichkeiten für Informations- und Know-how-Transfer in beide Richtungen, was Umweltechnologien und Capacity-Building betrifft, geortet, die in der inhaltlichen Nachbearbeitung der EEDF aufgegriffen werden.



vlnr: SENATs-GF Jochen Ressel, Dr. Johannes Sollgruber (EU-Kommission), SENATs-Vorstand Gabriele Stowasser, Botschafter Dir. Dr. Emil Blix (Dipl. Akademie), SENATs-Präsident Dr. Erhard Busek, EUSDR-Priority Coordinator Dr. Rudolf Schicker, SENATs-Vorstandsvorsitzender Hans Harrer



Dr. J. Sollgruber (EU-Kommission), Dr. Ting Ho (Berater der chin. Regierung), Danube Region Business-Week-Koordinator Dr. Ernst Schmied



James Malloy, CEO von Amertria LL.C aus Kalifornien



Finanzierungs-Panel mit Dipl.-BW Jürgen Raizner (CEO des Steinbeis-Transferzentrums), Ing. Daniel Horak (Co-Founder der Crowdfinancing-Plattform CONDA), Dir. Günter Bergauer (Bankhaus Schelhammer & Schattera) und Mag. Dr. Andreas Strasser (HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG)



Smart-City-Architekt Prof. Dr. Ramesh Biswas



VIE-Panel mit Mag. W. Scheibenpflug (Real Estate, VIE), Ing. W. Haider (Borealis AG), Ing. W. Ernst (OMVAG), Mag. F. Lehr (Wiener Hafen) und Univ. Prof. DI Dr. F. Zibuschka

Das Konzept „SMART DANUBE REGION“ stand im Zentrum des EEDF-Symposiums am Freitag, 6. Oktober 2017 in der Diplomatischen Akademie Wien. In den einleitenden Worten zeigten sowohl Dr. Erhard Busek, wie auch der Repräsentant der EU-Kommission, Dr. Johann Sollgruber, dass jetzt die Notwendigkeit für die Etablierung kluger Lösungen besteht, um den Donauraum schnellstmöglich mit dem auszustatten, was für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung notwendig ist. Im Dialog mit dem international tätigen Smart-City-Architekten Prof. Dr. Ramesh Biswas zeigte GF-Operations Jochen Ressel, was das neu entwickelte „Smart Danube Region“-Konzept bedeutet und welche Aspekte dabei wesentlich sind (siehe auch den ent-

sprechenden Artikel im Wirtschaftsteil dieser Ausgabe).

Anschließend wurde im Panel mit Dipl.-BW Jürgen Raizner (CEO des Steinbeis-Transferzentrums), Ing. Daniel Horak (Co-Founder der Crowdfinancing-Plattform CONDA), Dir. Günter Bergauer (Bankhaus Schelhammer & Schattera) sowie Mag. Dr. Andreas Strasser von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, aufgezeigt, wie unterschiedlichen Finanzierungskonzepte bei Projektrealisierung zusammenspielen können.

Wie das konkret aussehen kann, wurde anhand der Entwicklung der Region Vienna International Airport bei dem von Mag. Wolfgang Schei-

benpflug, Vizepräsident Real Estate des Vienna International Airport, geleiteten Podium klar. Ing. Wolfgang Haider (Prokurist, Borealis AG), Ing. Wolfgang Ernst von der OMV AG, Mag. Fritz Lehr (Vorstand, Wiener Hafen) und Univ.Prof. DI Dr. F. Zibuschka (Vorstand Regional Consulting) zeigten im Anschluss, wie die Einbindung verschiedener Unternehmen in das Projekt gelang.

Zwischen den Programmteilen bot das Symposium viel Zeit für Dialog und für die Beantwortung konkreter Fragen zu den Projektumsetzungen. Jetzt geht es mit voller Energie in die Gespräche mit EntscheidungsträgerInnen auf Europäischer und regionaler Ebene, damit die Projektumsetzung realisiert werden kann.



Medien-Talk „Ein öffentlich-rechtlicher Fernseh-Kanal für Kinder muss her!“

Bei dem 13. Oktober 2017 vom „Verein für einen selbstbestimmten Umgang mit Medien“ (VsUM) in Zusammenarbeit mit dem SENAT DER WIRTSCHAFT im Wiener Looshaus durchgeführten Medien-Talk wurde das Medienangebot für Kinder in öffentlich-rechtlichen TV-Sendern beleuchtet. Golli Marboe, Obmann von VsUM, erfahrener Medienprof und Filmemacher, gestaltete einen

hochinteressanten Nachmittag mit kompetenten Podiumsgästen. Politikberater Feri Thierry zeigte die europäische Dimension unter dem Motto „Wo in Europa gibt es öffentlich-rechtliche Kinderkanäle und wie ist die Situation in Österreich?“ auf. Was anspruchsvolle Kinderprogramme ausmacht diskutierten Stefan Piëch (Fernsehveranstalter von Kindermedien) und Nils Jonas Greiner

(Staatskanzlei Thüringen) auf. Im zweiten Teil des Symposiums wurde die Wirkung von Kinderkanälen thematisiert. Dazu nahmen Margret Albers, (Medienexpertin), Viola Gabielli (Kids Regio) und die Bloggerin Asma Aiad Stellung. Die Ergebnisse des Talks erfahren Sie im entsprechenden redaktionellen Artikel im Bildungs-Teil dieses Magazins.



Organisator Golli Marboe bei der Eröffnung des Mediensymposiums



Spannend besetzte Podien zeigten Änderungsnotwendigkeiten in der Medienlandschaft

Am Tag des Mittelstands wurden die HeldInnen des Mittelstands geehrt

Beim kürzlich abgehaltenen 3. Tag des Mittelstands zeichneten der SENAT DER WIRTSCHAFT mit seiner MITTELSTANDS-ALLI-

ANZ, die Plattform Lobby der Mitte und der Öst. Gewerbeverein (ÖGV) sechs „hervorragende Persönlichkeiten und Vorbilder“ des Mittelstands als Heldinnen und Helden aus. Aber nicht nur weil sie in den 5 Bewertungskategorien Innovation, Mut, Nachhaltigkeit, Kooperation und Engagement die Jury überzeugt hatten, sondern auch weil sie – so Award-Erfinder und Jury-Vorsitzender Wolfgang Lusak von Lobby der Mitte – mit ihren Erfolgen und Netzwerken „die Position des unternehmerischen Mittelstands als Wähler-Zielgruppe gegenüber der Politik und deren Verwaltung wesentlich stärken“.

Vor der Verleihung der Awards forderte Hans Harrer als Vor-

standsvorstand des SENAT in Richtung Politik vor allem mehr Parteien-Demokratie statt Sozialpartnerschaft-Diktat. Er wendet sich vehement gegen die „Zwangs-Mitgliedschaft“ in den Kammern und verlangt „mehr Leadership“ von PolitikerInnen: „Es ist notwendig, sich über zukünftige Strukturen Gedanken zu machen, ein ministerienübergreifendes Gesamtkonzept zu entwickeln, welches diesen Staat ‚enkelfit‘ macht.“ ÖGV-Präsident Andreas Gnesda legte in seinem Statement vor allem Wert auf gesetzliche Möglichkeiten zur steuerbegünstigten Schaffung von Eigenkapital im Unternehmen sowie der teilweisen steuerlichen Absetzbarkeit von Investition in Un-



Hans Harrer (SENAT DER WIRTSCHAFT), Marco Fitz (Viterma), Michaela Reitterer (ÖHV), Kuno Haas (Grüne Erde), Bettina Steinbrugger & Annemarie Harant (erdbeerwoche), Willi Hilbinger (duomet), Klaus Höpperger (Höpperger Umwelt), Initiator und Jury-Vorsitzender Wolfgang Lusak



ternehmensanteile: „Wir brauchen mehr Eigenkapital in den Betrieben“. Wolfgang Lusak forderte, ganz dem Motto der MITTELSTANDS-ALLIANZ folgend, die Klein- und Mittelbetriebe zur „Selbstermächtigung“ auf: „Wir müssen uns eben für die Politik interessanter machen!“

Inputs zu aktuellen Aufgabenstellungen gaben im Bereich der Lehrlingsausbildung Robert Frasch von lehrlingspower.at, sowie die zuletzt

ausgezeichneten Mittelstands-HeldInnen Eva Burtscher (Securo Zaunbau), Ing. Friedrich Riess (Riess KELLOmat) und Herbert Wimberger (WIMTEC). Ergänzend zeigte Dr. Johannes Linhart als GF der MITTELSTANDS-ALLIANZ des SENAT DER WIRTSCHAFT, was diese neue Initiative für den Mittelstand durch eine Fokussierung der Kräfte verschiedener Institutionen und durch Mittelstands-Unterneh-

men an konkreten Themenfeldern bearbeitet.

Den Abschluss des offiziellen Programms bildete die stilvolle Ehrung der Mittelstands-HeldInnen und -Helden. Marco Fitz (Viterma), Michaela Reitterer (Boutiquehotel Stadthalle), Kuno Haas (Grüne Erde), Bettina Steinbrugger & Annemarie Harant (erdbeerwoche), Willi Hilbinger (duonet) und Klaus Höpperger (Höpperger Umwelt) durften sich über die Ehrung freuen! Der SENAT DER WIRTSCHAFT gratuliert diesen außergewöhnlichen UnternehmerInnen von ganzem Herzen!



SENATs-Präsident Dr. Erhard Busek
formulierte klar, warum der Mittelstand gestärkt werden muss.



Über 120 Gäste versammelten sich zur Ehrung der Mittelstands-HeldInnen im Grand Hotel Wien.

Symposium „Das gute Geld“

bei der Raiffeisenbank Gunskirchen

„Jeder kann ethisch und nachhaltig anlegen“ war die zentrale Botschaft des Nachhaltigkeits- & Finanz-Business-Talks der Raiffeisen Gunskirchen, des Klimabündnisses Oberösterreich und des SENAT DER WIRTSCHAFT. Rund 200 interessierte Besucherinnen und Besucher aus ganz Österreich, nahmen am ersten Forum „Das ‚gute‘ Geld - Investieren mit MehrWert“ teil, das am 24. Oktober 2017 im Veranstaltungszentrum Gunskirchen stattfand. Unter den Gästen waren die Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz von den Grünen und der Bürgermeister von Gunskirchen, Josef Sturmair. Nach der Intro-Keynote von SENATs-Vorstandsvorsitzenden Hans Harrer folgte ein Feuerwerk an hochrelevanten Informationen, die in verschiedenen

Roundtables mit den BesucherInnen diskutiert wurden.

Der renommierte deutsche Zukunftsforscher und Finanzexperte, der im Rahmen des SENAT DER WIRTSCHAFT Deutschland den Vorstandsbereich „Ökonomie und Finanzmarkt“ leitet, Prof. Dr. Dirk Solte, referierte über Investitionen der Zukunft und wohin das Finanzsystem in Zukunft steuern wird. „Wann haben wir genug? Es liegt an jedem einzelnen, diese Schlüsselfrage für sich zu entscheiden. Als weltweites Kollektiv bestimmen wir durch unser daraus abgeleitetes Handeln über weit mehr als die Stabilität des Weltfinanzsystems. Wir entscheiden jetzt über unsere Zukunft“, appelliert Solte an die Besucherinnen und Besucher, Verantwortung zu überneh-

men. In der vom SENATs-Geschäftsführer-Operations, Jochen Ressel, moderierten Podiumsdiskussion wurden die zentralen Botschaften und Handlungsoptionen nochmals zusammengefasst und beim anschließenden Get-together diskutiert.



Die Veranstalter des Symposiums (vlnr):
SENATs-Vorstandsvorsitzender Hans Harrer,
Raiffeisen Gunskirchen-Direktor Hubert Pupeter,
SENATs-Geschäftsführer Jochen Ressel, Finanzexperte Prof. Dr. Dirk Solte und Norbert Rainer vom Klimabündnis Oberösterreich.



Musikalischer Club im Mozarthaus Vienna:

Kultiviert und ideenreich in die Zukunft

Das Mozarthaus Vienna - über seinen Freundesverein - und der SENAT DER WIRTSCHAFT veranstalteten am 6. Nov. bereits zum zweiten Mal einen „Musikalischen Club.“ Mozarthaus Vienna-Direktor Dr. Gerhard Vitek und Dr. Helga Häupl-Seitz als Obfrau des Vereins der Freunde des Mozarthaus Vienna begrüßte die über 70 Gäste. Gabriele Stowasser als Vorstandsmitglied des SENAT DER WIRTSCHAFT skizzerte anschließend, warum Initiativen wie diese so wesentlich sind: Es geht um den Geist der Aufklärung, um ein Weiterdenken bestehender Rahmenbedingungen, damit Kunst und Kultur als wesentliche Aspekte unserer Zukunftsfähigkeit weiterentwickelt werden können. In einer fesselnden Keynote zeigte der ehem. Vorstand und Prinzipalgeiger der Wiener Philharmoniker, Prof. Dr. Clemens Hellsberg, was Mozart für unsere Gesamtgesellschaft heute bedeutet. Nach einem hochklassigen musikalischen Impuls des Hellsberg-Trios mit Prof. Dr. Clemens, Dominik und Benedikt Hellsberg, gaben SENATs-Vorstand Gabriele Stowasser und SENATs-Geschäftsführer-Operations Jochen Ressel einen Über-

blick der SENATs-Aktivitäten im Bereich „Compliance“.

An vier Tischen standen daraufhin verschiedene WissensträgerInnen bereit. Prof. Dr. Clemens Hellsberg gab über Mozart und seine Zeit, über die Situation großer Klangkörper heute und die Bedeutung der Unterstützung aus der Zivilgesellschaft Auskunft. Die Künstlerin MMag.^a Ingrid Pröller und Dr.^{im} Iris Stöckl (Kunstsammlerin und -expertin) informierten über

Kunst im privaten und öffentlichen Räumen und ihre Bedeutung in einer verkommerzialisierten Gesellschaft. Dir. Dr. Gerhard Vitek umriss Möglichkeiten zur Mobilisierung kulturinteressierter Personen und die Rolle der UnternehmerInnen. Golli Marboe, Filmemacher, Regisseur und Obmann von VsUM, referierte über den Einfluss der Bewegtbild-Medien.



SENATs-Vorstand Gabriele Stowasser bei der Eröffnung des „Musikalischen Clubs“



Das Hellsberg-Trio als musikalische Umrahmung

Junger Senat: HR neu denken im Looshaus Wien

Um die aktuellen Herausforderungen im Bereich HR zu thematisieren, veranstaltete der JUNGE SENAT DER WIRTSCHAFT mit fünf innovativen Sozialunternehmen, ein HR-Frühstück in den Räumlichkeiten des Wiener Looshauses. Nicht die Präsentation der Leistungen stehé im Vordergrund, kündigte Moderator Robert Frasch den zahlreich anwesenden HR-Führungskräften an, sondern der Austausch untereinander. Seiner Aufforderung „reden Sie mit den anwesenden Unternehmen über deren Lösungen und entscheiden Sie selbst, ob Sie ein dazu

passendes Problem haben“ wurde von den Gästen sehr aktiv in die Tat umgesetzt. Neben vielen Gesprächen mit den Vertretern von talentify, Sindbad, More Than One Perspektive und lehrlingspower.at wurde auch untereinander diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht.

Miteinander sprechen, einander kennenlernen, hat auch viel mit Neugierde in deren positivem Sinn zu tun. Diese gesunde Neugierde betonte auch der Key Note Speaker dieses Vormittags, Dr. Erhard Busek, Präsident des SENAT DER WIRTSCHAFT. Er empfahl allen Anwe-

senden, dieses miteinander reden zu kultivieren. Aus dem aktiven Austausch untereinander entstehen jene Ideen, die für die Zukunft unseres Landes wichtig sind.



Der JUNGE SENAT begeistert bei der Sache!



WIRTSCHAFTS

NEWS

Top-Informationen aus Top-Unternehmen

capito-App mehrfach ausgezeichnet

Nach dem Einzug ins Finale des „Fast Forward Awards“ in Graz ist die capito-App Österreich-Sieger in der Kategorie „Inklusion und Empowerment“ des „World Summit Award“ in Wien. Mit der capito-App erhalten Kundinnen und Kunden leicht verständliche Texte direkt auf ihr Smartphone – individuell wählbar in verschiedenen Sprachstufen. Der Weg zur leicht verständlichen Informationen ist dabei denkbar einfach: Die Kundinnen und Kunden scannen den capito QR

Code auf dem Original-Dokument, geben die gewünschte Sprachstufe an – und schon erscheint die Übersetzung am Handy. Die capito Methode ist die einzige im deutschsprachigen Raum, die jährlich TÜV-zertifiziert wird. Wir gratulieren dem Sozialunternehmen capito von Senatorin Walburga Fröhlich, MA und Senator Mag. Klaus Candussi, MAS zu dieser großartigen Lösung für barrierefreie Kommunikation!



Kreisel Electric gewinnt den Österreichischen Klimaschutzpreis

Das weltweit tätige innovative SENATs-Mitgliedsunternehmen Kreisel Electric aus Oberösterreich wurde Anfang November mit dem Österreichischen Klimaschutzpreis in der Kategorie „Unternehmen Energiewende“ von Bundesminister Andrä Rupprechter ausgezeichnet. „Mit ihren innovativen Ideen und ihrem

unermüdlichen Engagement sind sie wichtige Vorbilder und motivieren viele Menschen, ihrem Beispiel zu folgen. Der Klimaschutzpreis ist eine Erfolgsstory der Bewusstseinsbildung“, hob Bundesminister Rupprechter hervor.

Der Österreichische Klimaschutzpreis wird seit 2008 gemeinsam vom

Umweltministerium und dem ORF in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzinitiative klimaaktiv und Partnern vergeben. In den vergangenen zehn Jahren wurden aus insgesamt fast 3.000 Einreichungen 186 ausgewählt und präsentiert.

Fotocredit: ORF/ Thomas Jantzen



vlnr. Bundesminister Andrä Rupprechter, das Kreisel-Team mit André Felker, Gernot Friedhuber, Christian Schlägl, Philipp Kreisel, Markus Kreisel, Johann Kreisel, Siemens Generaldirektor Wolfgang Hesoun, ORF-GI Alexander Wrabetz



DELTA Holding feiert 40-Jahr-Jubiläum

Das SENATs-Mitgliedsunternehmen Delta Holding feierte im September 2017, ihr vierzigjähriges Bestehen mit zahlreichen Attraktionen. Zahlreiche Ehrengäste, darunter SENATs-Vorstandsvorsitzender Hans Harrer, würdigten die gewaltige Entwicklung des Unternehmens im Rahmen des Festaktes in den Sofiensälen in Wien. Knut Drugowitsch, Firmengründer der DELTA Gruppe, wurde zum Interview auf die Bühne gebeten. „Es stimmt mich zufrieden zu sehen, dass

wir in der ersten Generation eine solide Basis für ein zukunftsorientiertes Unternehmen legen konnten“, so Drugowitsch. Highlight des Abends war Josef Hader mit dem Kabarettstück „Best of Hader“. „Mit Josef Hader verbindet uns sehr viel. Er ist gebürtiger Oberösterreicher. Er ist nicht nur in Österreich, sondern international erfolgreich“, so DELTA-Geschäftsführer Senator Wolfgang Kradischnig. Der SENAT gratuliert herzlich zum Jubiläum!



DELTA-Geschäftsführer Wolfgang Kradischnig

Senator Thomas Zembacher ist neuer ÖZV-Präsident

Bei der Vollversammlung des Österreichischen Zeitschriften- und Fachmedienverbandes (ÖZV) im Ringturm der Vienna Insurance Group wurde der Geschäftsführer des Wirtschaftsverlags, Senator Thomas Zembacher zum neuen Verbandspräsidenten gewählt. Der frisch gewählte ÖZV-Präsident Zembacher forderte in seiner Antrittsrede einen Neustart in der Medienpolitik: „Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen von einer künftigen Bundesregierung auch endlich Taten sehen.

Steuerfairness, der urheberrechtliche Schutz verlegerischer Leistungen und flexiblere Rahmenbedingungen im Arbeits- und Sozialrecht – wir haben bereits zahlreiche Konzepte für eine nachhaltig erfolgreiche und vielfältige Zeitschriften- und Fachmedienbranche auf den Tisch gelegt.“ Der ÖZV vertritt die Interessen von knapp 150 Verlagen mit mehr als 300 Publikationen. Neben medienpolitischen Tätigkeiten will der Verband in den kommenden Jahren seinen Mitgliederservice – etwa im Hinblick auf

die Datenschutz-Grundverordnung – weiter stärken. Wir wünschen Thomas Zembacher in seiner neuen Funktion alles Gute!



Millionen-Investment für Wiener HR-Start-up JobRocker

Das Wiener HR-Start-up und SENATs-Mitgliedsunternehmen JobRocker sichert sich in seiner ersten großen Finanzierungsrounde einen Millionenbetrag. Beim Lead Investor handelt es sich um den Münchener VC SURPLUS Invest. Mit aktuell über 50 Mitarbeitern zählt die digitale Headhunting-Plattform zu den schnellst wachsenden HR-Start-ups sowie Personalberatern Europas. Mit dem zusätzlichen Kapital wird die Expansion über die Grenzen Österreichs offiziell eingeleitet und die allgemeine Präsenz von JobRocker am

Markt vorangetrieben. Sechsstellige Umsätze werden bereits aus eigener Kraft monatlich erzielt und man ist operativ positiv.

Neben dem Ausbau des Teams um weitere Schlüsselpositionen sowie der Weiterentwicklung der einzigartigen Matching-Technologie, wird in Kürze die erste umfassende Marketing-Kampagne in Österreich und Deutschland gestartet. Darüber hinaus wird auf die bevorstehende Eröffnung von zusätzlichen Standorten in München, Frankfurt und Berlin

vorbereitet. Der SENAT gratuliert zu dieser großartigen Unternehmensentwicklung.



Das Jobrocker Management-Team: Senator Günther Strenn (CEO), Martin Pauer (CDO), Gregor Weihs (COO), Klaus Furtmüller (CTO)



Geriatische Gesundheitszentren der Stadt Graz gewinnen EFQM

EXCELLENCE AWARD und den Austrian Patient Safety Award 2017

In Madrid wurden die GGZ - Geriatrische Gesundheitszentren der Stadt Graz, die Mitglied im SENAT DER WIRTSCHAFT sind, zum zweifachen EFQM Prize Winner gekürt: Die Kategorie „Mit Vision, Inspiration und Integrität führen“ und auch der Bereich „Durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich sein“

wurden gewonnen!

Darüber hinaus sind die GGZ mit ihrem Projekt „Implementierung einer flächendeckenden EDV-gestützten Surveillance aller Gesundheitssystem-assoziierten Infektionen“ Preisträger in der Kategorie Hygiene des Austrian Patient Safety Award 2017. Alle 2 Jahre verleiht die Plattform

Patientensicherheit einen Preis für innovative Leistungen zur Erhöhung von Patientensicherheit und Qualität in Gesundheitseinrichtungen. Ziel ist es, hervorragende Projekte der Öffentlichkeit zu präsentieren. Herzliche Gratulation zu diesen Auszeichnungen!



Senator Prof. Dr. Gerd Hartinger in Begleitung seines Teams bei der EFQM-Preisverleihung



Dr. Brigitte Ettl (Leitung Plattform Patientensicherheit Österreich), Preisträger Christian Pux (Hygienefachkraft GGZ), Sandra Frauenberger (Wiener Stadträtin für Soziales, Gesundheit und Frauen) bei der Preisübergabe

JETZT ENTSTEHT EINE ZUKUNFTSFÄHIGE GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT!



JETZT AKTIV MITGESTALTEN!

Im SENAT DER WIRTSCHAFT verbinden sich GründerInnen, EigentümerInnen und EntscheiderInnen, um gemeinsam eine Ökosoziale Marktwirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, zu etablieren.

Gestalten Sie jetzt im Rahmen dieser vollkommen überparteilichen Wirtschaftsorganisation aktiv mit! Seien Sie dabei, denn jetzt entsteht eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft.

Um zu erfahren, wie Sie der SENAT DER WIRTSCHAFT mit seinen über 540 Mitgliedsunternehmen dabei aktiv unterstützt, wenden Sie sich an uns, um ein persönliches Gespräch zu vereinbaren!

+43-1-505 35 48-0 oder office@senat-oesterreich.at.





FRAGE NICHT, WAS DEIN LAND
FÜR DICH TUN KANN

**FRAGE VIELMEHR,
WAS DU FÜR DEIN LAND
TUN KANNST!**

JOHN F. KENNEDY

Für Nachhaltigkeit und
eine Ökosoziale Marktwirtschaft

6B47
REAL ESTATE INVESTORS

6b47.com

E DA
European Danube Academy

donaukademie.eu

IDM

idm.at

**Das
Gesundheits
politische
FORUM**

gesundheitspolitischesforum.at

powered by
PORR

porr.at

Sedlak
Immobilien

sedlak-immobilien.at

backaldrin

backaldrin.com

SCHNECKENREITHER
INTERNATIONALE SPEDITION

schneckenreither.com

allrisk
LEUE & NILL
INTERNATIONAL INSURANCE BROKER

allrisk-leue.at

LENZING
PAPIER

lenzingpapier.com

Partner-Institutionen und Partner-Unternehmen des

**SENAT DER
WIRTSCHAFT**

IMPRINT

Herausgeber: Dr. Erhard Busek, Dieter Härthe, Hans Harrer // Verantwortlich für Inhalt, Veröffentlichung und Druckauflage: SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich, Rotenturmstraße 5–9, A-1010 Wien, Telefon +43 1 505 35 48, www.senat-oesterreich.at //

Chefredaktion: Jochen Ressel //

Rechnungsprüfer: Ulrich Lankmayer, Steuerberater // Dr. Thomas Freylinger, Jurist // Mag. Dr. Eduard Tschofen, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer

Autoren dieser Ausgabe: Univ.Prof. Anton Pelinka, Vizekanzler a.D. Dr. Erhard Busek, Andreas Kovar, Christian Birnbaum, Hans Harrer, Karl Kaiblinger, Dipl.-BW Nina Schulmeister, Joseph Kap-herr, Mahdi Allagha, Vuk Markovic, Patricia Staniek, Dr. Franz Schellhorn, Dr. Michael Kropiunig, Dr. Ursula A. Vavrik, Mag. a Karen Wendt, S.E. Botschafter Dr. Ebadollah Molaei, S.E. Botschafter Dr. Emil Brix, Mag. Markus Stender, Jochen Ressel, Mag. Dr. Andreas Strasser, Rainer Schultheis, Mag. Michael Moll, Dr. Thomas Nennadal, MBA, Miroslav Drmesic, Markus Kreisel, Dr. Gerhard Vitek, Dipl.-Pol. Anja Linhart, Golli Marboe, Johannes Gschwandtner, DI Johannes Göllner, MSc, Mag. Brigitte Rumpold //

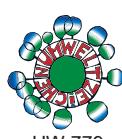
Abbildungen: © 2003-2017 Shutterstock Inc. Cover, 3-10, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 30, 32-33, 36, 38-39, 41, 43, 46, 48, 50-51, 53, 57-58, 61, 63, 68, 72-73, 75, 78, 81, 84 //

Layout: REX Werbeagentur OG, Prinz-Eugen-Str. 35, 4020 Linz, www.rex-werbeagentur.at //

Druck: Bösmüller Print Management, Wien - Stockerau; T: +43/1/214 70 07, www.boesmueller.at, office@boesmueller.at //

Hinweis: Hinweis zur Gender-Formulierung: Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wurde.

CO₂-neutral produced through the Bösmüller-for-Climate-Zertifikate
on paper from reforested forests





**KLIMA
ALLIANZ**



„Klimawandel ist die prägende Aufgabe unserer Zeit“

Ban Ki-moon

Eine Initiative des
**SENAT DER
WIRTSCHAFT**



Im Rahmen der KLIMA-ALLIANZ des SENAT DER WIRTSCHAFT werden Unternehmen praxisgerecht unterstützt, um in vier Schritten optimale Energieeffizienz und CO₂-Neutralität zu erreichen.

Bei Rückfragen zur KLIMA-ALLIANZ:

SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich

Tel: +43 1 505 35 48

office@senat-oesterreich.at
www.senat-oesterreich.at